



Antragsbuch

Unterbezirksparteitag

SPD-Unterbezirk Region Hannover

18. April 2015

Veranstaltungszentrum Burgdorf

A – Parteiarbeit der Zukunft

B – Demokratie und Wahlrecht

C – Familie/Soziales

D – Bildung

E – Internationales

F – Verschiedenes

Mitglieder der Antragskommission

Name	Vorname
Andres	Katharina
Konietzny	Fritz-Joachim
Kreisz	Philipp
McCallin	Katharina
Meyer-Grosu	Frauke
Onwordi	Adin
Sadow	Michael
Schubert	Rudolf
Terbuyken	Gregor
Wernstedt	Thela
Aller	Heiner
Mohr	Claus Arne
Müller	Sylvie
Rödel	Bernd
Schmalstieg	Philipp
Schüssler	Claudia
Biermann	Uta M.

ANMERKUNG:

Aufgrund der Vielzahl der Anträge ist eine zweite Sitzung der Antragskommission notwendig, um zu allen Anträgen ein inhaltliches Votum abgeben zu können.

Dieser zweite Termin war wegen der Osterpause nicht mehr vor Drucklegung des Antragsbuches möglich. Die fehlenden Voten werden auf dem Parteitag nachgeliefert.

Vielen Dank für euer Verständnis!

Lfd. Nr.	Ortsverein/ Gliederung	Antrag	BE.:	Empfehlung der Antragskommission	Seitenzahl
A1	UBV	Leitantrag – Das Morgen denken	Sylvie Müller/ Thela Wernstedt	Annahme in der Fassung der Antragskommission	1
A2	UBV /Strukturkommission	Mitmachen-Mitbestimmen Parteiarbeit der Zukunft	Heiner Aller	Annahme in der Fassung der Antragskommission	12
A3	OV Mitte	Einrichtung eines Arbeitskreises HumanistInnen und Säkuläre beim Bezirksvorstand	Thela Wernstedt	Annahme in der Fassung der Antragskommission	18
A4	OV Mitte OV Vahrenheide-Sahlkamp ASF	Organisationsstatut ändern – Doppelspitze in Gliederungen ermöglichen	Philipp Schmalstieg	Annahme	20
A5	OV Mitte	Keine Abstimmung über Empfehlungen der Antragskommission	Bernd Rödel	Überweisung an die Strukturkommission; Bitte um verständliche Gestaltung des Abstimmungsverfahrens auf dem UB-Parteitag	21
A6	UBV	Satzungsänderung § 9, UB-Statut	Claudia Schüssler	Annahme	22
A7	UBV	Satzungsänderung § 16, UB-Statut	Claudia Schüssler	Annahme	23
A8	OV Oststadt/Zoo	Transparenz bei der Antragsumsetzung	Claudia Schüssler	Annahme	24
A9	OV Oststadt/Zoo	Urwahl der KanzlerkandidatInnen der Zukunft	Philipp Kreis	Annahme	25

A10	OV Oststadt/Zoo	Transparenz bei der Arbeit der Antragskommission	Bernd Rödel	Überweisung an die Strukturkommission	26
A11	Jusos/ASF	Weiblichere, jüngere und buntere Aufstellung von Listen zu Wahlen	Philipp Schmalstieg	Annahme in der Fassung der Antragskommission	27
A12	OV Vahrenheide-Sahlkamp OV Bothfeld	Änderungsantrag zum Antrag ‚Mitmachen-Mitbestimmen‘ der Strukturkommission	Heiner Aller	Annahme von Punkt 1-4, Ablehnung von Punkt 5.	28
A13	OV Bothfeld, OV List-Nord, OV Mitte, OV Vahrenheide-Sahlkamp	Gemeinsam die Parteistrukturen reformieren	Heiner Aller	Ablehnung	30
A14	OV Mitte OV Vahrenheide-Sahlkamp OV Bothfeld	Wahlkampfanalysen	Heiner Aller	Annahme in der Fassung der Antragskommission	31
A15	Jusos	Klare Kante gegen Radikalnationalismus und rechtes Gedankengut	Philipp Schmalstieg	Votum erfolgt auf dem Parteitag	33
A 16	Jusos	Wahl zu LPT, BezPt und BPT Delegationen	Philipp Schmalstieg	Votum erfolgt auf dem Parteitag	34
A17	Jusos	Reihung von Vorstellung von KandidatInnen	Philipp Schmalstieg	Votum erfolgt auf dem Parteitag	35
B1	OV List-Süd	Verfahrensrichtlinien für relevante Entscheidungsprozesse	Bernd Rödel	Annahme	36
B2	OV Mitte	Abschaffung des Gotteslästerungsparagrafen	Bernd Rödel	Weiterleitung an die inhaltlich involvierten SPD-Arbeitsgemeinschaften mit der Bitte um Stellungnahme	39

B3	OV Mitte	Wahlrecht auf kommunaler Ebene für Nicht EU-BürgerInnen (aktiv und passiv nach zeitlicher Frist)	Sylvie Müller	Weiterleitung an die Landtagsfraktion	40
B4	OV List-Süd	Dezentralisierung der Entscheidungsstrukturen in der Landeshauptstadt Hannover	Bernd Rödel	Weiterleitung an den Stadtverbandsparteitag	41
B5	OV Mitte	Wahlrecht demokratisieren – ungerechte Mandatsvergabe bei Direktwahlen verhindern	Katharina Andres	Weiterleitung mit Änderungen an Bezirks- und Landesparteitag, sowie Landtagsfraktion	43
B6	OV Döhren	Rassebegriff streichen – Grundgesetz auffrischen	Katharina Andres	Weiterleitung an den UBV mit der Bitte um inhaltliche Debatte	45
B7	OV Oststadt/Zoo	Politische Offenheit	Philipp Schmalstieg	Erledigt durch Beschluss des Bundesparteitages	46
B8	OV Oststadt/Zoo	Stärkung des Asylrechts in Deutschland	Bernd Rödel	Votum erfolgt auf dem Parteitag	47
B9	OV Oststadt/Zoo	Wiederbelebung der Vermögenssteuer	Heiner Aller	Annahme	49
B10	OV Oststadt/Zoo	Stärkung der kommunalen Finanzen	Heiner Aller	Annahme in der Fassung der Antragskommission	50
B11	OV Oststadt/Zoo	Leiharbeit	Claudia Schüssler	Überweisung als Material an die AfA	52
B12	Jusos	Integrationsräte in der Region	Bernd Rödel	Votum erfolgt auf dem Parteitag	53

C1	OV Mitte OV Vahrenheide ASF	Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit	Claudia Schüssler	Ablehnung	54
C2	OV Mitte OV Vahrenheide ASF	Stärkung der Mitbestimmung und Änderung im Betriebsverfas- sungsgesetz	Claudia Schüssler	Annahme	55
C3	OV Mitte	Keine Gewalt gegen Kinder	Sylvie Müller	Annahme in der Fassung der Antragskommission	56
C4	OV Laatzen	Eckpunkte für eine Reform des Niedersächsischen Kindertages- stättengesetzes	Rudolf Schubert	Überweisung an die Land- tagsfraktion	61
C5	OV Mitte	Gleichbehandlung der Entgelt- fortzahlungen im Krankheitsfall des Kindes und bei Pflege	Katharina Andres	Prüfauftrag für die Bundes- tagsfraktion	63
C6	AFA	Arbeitsförderung	Bernd Rödel	Votum erfolgt auf dem Par- teitag	64
C7	OV Ost- stadt/Zoo	Gesetzliche Krankenversicherung	Bernd Rödel		65
C8	OV Gehrden OV Mitte OV Ost- stadt/Zoo	Unterstützung von sozialen Ein- richtungen und Vereinen	Katharina Andres	Votum erfolgt auf dem Par- teitag	66
C9	AFA	Pflegekammer	Claudia Schüssler	Nichtbefassung, Planung einer Themenveran- staltung und spätere Be- schlussfassung im UBB	68

C10	AFA	Flexible Übergänge Rente-Teilrente	Philipp Kreis	Votum erfolgt auf dem Parteitag	70
C11	OV Vahrheide Sahlkamp ASF	Berufliche Integration mit Migrationshintergrund	Bernd Rödel	Votum erfolgt auf dem Parteitag	73
C12	OV Wunstorf	Rentenniveau stabilisieren	Sylvie Müller	Votum erfolgt auf dem Parteitag	74
C13	Jusos	Hebammenschule in kommunaler Trägerschaft	Philipp Kreis	erledigt	75
C14	Jusos	Faire Finanzierung von Kinderwunschbehandlungen	Thela Wernstedt	Votum erfolgt auf dem Parteitag	76
D1	AFB	Planstellen für Förderschullehrkräfte	Rudolf Schubert	Votum erfolgt auf dem Parteitag	77
D2	AFB	Weg zu einer inklusiven Gesellschaft	Adin Onwordi	Votum erfolgt auf dem Parteitag	79
D3	AFB	Keine Stundenkürzung in Musik und Kunst	Adin Onwordi	Votum erfolgt auf dem Parteitag	82
D4	AFB	Kompetenzen nutzen	Philipp Kreis	Votum erfolgt auf dem Parteitag	84
D5	ASJ	Einführung der Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen	Heiner Aller	Votum erfolgt auf dem Parteitag	85

E1	OV Kleefeld	TTIP, TISA und CETA Fair und sozial gerecht gestalten	Michael Sandow	Votum erfolgt auf dem Parteitag	86
E2	OV Oststadt/Zoo	Waffenexporte	Bernd Rödel	Votum erfolgt auf dem Parteitag	89
E3	Jusos	Asyl dort beantragen, wo es gebraucht wird	Bernd Rödel	Votum erfolgt auf dem Parteitag	90
E4	Jusos	TiSA, so nicht	Michael Sandow	Votum erfolgt auf dem Parteitag	93
E5	Jusos	Wir wollen mehr Europa	Sylvie Müller	Votum erfolgt auf dem Parteitag	95
E6	Jusos	Europäische Jugendintegration	Sylvie Müller	Votum erfolgt auf dem Parteitag	98
E7	Jusos	Wirtschaftsprofit vor Menschenrecht? Nicht mit uns!	Philipp Kreis	Votum erfolgt auf dem Parteitag	100
E8	Jusos	Verantwortung wahrnehmen – Schutz bieten	Philipp Schmalstieg	Votum erfolgt auf dem Parteitag	103
F1	ASJ	Bilanzierung in den Unterbezirken	Sylvie Müller	Votum erfolgt auf dem Parteitag	105

1 A 1 Das Morgen denken – neue Herausforderungen in der Region 2 Hannover politisch gestalten

3 *Antragsteller: SPD Unterbezirksvorstand Region Hannover*

4 Ziele und Arbeitsvorhaben des SPD-Unterbezirk Region Hannover

5 Von der Marienburg zur Medizinischen Hochschule, vom Steinhuder Meer zur Eilenrie-
6 de, vom Ballungsraum zur ländlichen Idylle – die Region Hannover hat viel zu bieten.
7 Wirtschaftskraft, Vielfalt, Know how und jede Menge Kultur im Kleinen und Großen –
8 die Region Hannover hat Lebensqualität und ein enormes Potenzial. Sie hat Stadt und
9 Natur. Die Menschen leben und arbeiten hier gern. Und die Region liegt zentral – gut
10 erreichbar in den großen Verkehrslinien von Ost nach West und vom Norden zum Sü-
11 den.

12 Vielfalt – Aufstieg - Chancengleichheit: Dreiklang mit Zukunft: Region Hannover

13 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben die Landeshauptstadt, den frühe-
14 ren Landkreis, den Kommunalverband Großraum Hannover und nun auch die heutige
15 Region Hannover maßgeblich geprägt und für Zukunftsfähigkeit gesorgt. Unser ge-
16 meinsames Ziel ist es, mit guter sozialdemokratischer Politik auf allen Ebenen auch in
17 Zukunft die Region als gutes Beispiel einer wirtschaftlich starken, sozial gerechten und
18 nachhaltig schönen Region mit Lebensqualität zu entwickeln.

19 Schon heute ist das innovative Projekt, Stadt und Umland in einer Region zu bündeln
20 und Synergieeffekte aus dem Miteinander zu heben, Vorbild für andere Städte, Ge-
21 meinden und Regionen. Es war gut für die Stadt Hannover, sehr frühzeitig zu erkennen,
22 dass Stadt und Umland davon gleichermaßen profitieren. Daran anknüpfend müssen
23 nun Perspektiven entwickelt werden:

- 24 • Wie wird die Region Hannover 2030 aussehen – und welche Entscheidungen
25 wollen wir gemeinsam umsetzen, um die Lebensqualität der Region zu sichern
26 und weiter auszubauen – angesichts von demografischem Wandel, von Fach-
27 kräftemangel und weiterer Zuwanderung, von neuen Anforderungen an die Ba-
28 lance von Arbeit und Privatleben?
- 29 • Welche Chancen bietet die Stadt - welche Vorteile hat das Umland?
- 30 • Wie bringen wir beides zueinander?

31 Lösungen und Fortschritte auf diesem Weg wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozi-
32 aldemokraten im Diskurs mit allen gesellschaftlichen Gruppen erarbeiten – denn wir
33 sind überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger der Region „Experten in eigener Sa-
34 che“ sind. Alltagserfahrung und Fachwissen, aber auch die Erwartungen und Ziele der
35 Menschen in Stadt und Umland sind ein entscheidender Gradmesser, an dem wir ge-
36 meinsam die Zukunft der Region für das Wohl aller gestalten können.

37 Um diese Aufgabe erfolgreich angehen zu können, müssen wir als Partei gut aufge-
38 stellt sein. Bevor wir dazu den Blick nach vorne richten, lohnt ein kurzer Rückblick auf
39 die vergangenen zwei Jahre seit unserem letzten Parteitag.

40 **Wahlen seit 2013**

41 Die Arbeitsperiode des UB-Vorstandes vom Mai 2013 bis April 2015 war geprägt von
42 Wahlen: Die Bundestagswahl im September 2013 und die gleichzeitig stattfindende
43 Wahl des Oberbürgermeister von Hannover, Direktwahlen zu Beginn 2014, die Europa-
44 wahl 2014, die Wahl des Regionspräsidenten sowie eine Vielzahl von Bürgermeister-
45 und Bürgermeisterinnenwahlen am selben Tag in der Region, die zum Teil Stichwahlen
46 erforderlich machten.

47 Ausdrücklich ist positiv hervorzuheben, dass die Partei auf allen Ebenen – von den
48 Ortsvereinen bis zum Vorstand, von Arbeitsgemeinschaften und hauptamtlich Be-
49 schäftigten und natürlich von den Kandidatinnen und Kandidaten selbst - mit enor-
50 mer Energie gekämpft und für die sozialdemokratischen Ziele geworben hat. Ohne die-
51 ses Engagement, das in allen Wahlkämpfen deutlich zu spüren war, wären die Präsenz
52 und die Erfolge der SPD in der Region Hannover nicht denkbar. Die Beteiligung reicht
53 dabei von den Debatten zur Aufstellung des Wahlprogramms, insbesondere mit inhalt-
54 lichen Veranstaltungen zur Vorbereitung der Bundestagswahl, über die Mobilisierung
55 und vielfältigen Aktionen von Infoständen bis hin zur wirksamen Plakatierung.

56 **Die Ergebnisse müssen analysiert werden**

57 Die Ergebnisse der Bundestagswahl im September 2013 zeigen für die SPD ein gemisch-
58 tes Bild in der Region. In der Landeshauptstadt Hannover liegt SPD vor der CDU, im Um-
59 land der Region Hannover liegt insgesamt die CDU vorn.

60 Bei der Oberbürgermeisterwahl in der Landeshauptstadt Hannover am selben Tag er-
61 reichte Stefan Schostok 48,9 Prozent, sein Gegenkandidat Matthias Waldruff von der
62 CDU 33,8 Prozent. Für die Stichwahl schaffte die SPD eine beeindruckende Mobilisie-
63 rung mit Erfolg: Stefan Schostok gewann mit 66,3 Prozent! Dabei wurde er nicht nur
64 von den GRÜNEN und LINKEN unterstützt, er erhielt auch fast 9.500 Stimmen von
65 Wählerinnen und Wählern, die noch im ersten Wahlgang für Matthias Waldruff ge-
66 stimmt hatten.

67 Das Jahr 2014 begann dann sehr verheißungsvoll für die SPD: In der Gemeinde Wede-
68 mark musste der Bürgermeister neu gewählt werden, da Tjark Bartels zum Landrat von
69 Hameln-Pyrmont gewählt wurde. Als Nachfolger trat in der Wedemark für die SPD Hel-
70 ge Zychlinski an, der mit 51,8 Prozent im ersten Wahlgang glatt erfolgreich war.

71 Eine Woche später gewann Axel Düker, der Kandidat der SPD, die Bürgermeisterwahl in
72 Burgwedel mit 51,6 Prozent. Dies war für viele überraschend, da in Burgwedel seit vie-
73 len Jahren die CDU den Bürgermeister stellt. Deren öffentlich ausgetragene Streitigkei-
74 ten strafften die Menschen ab. Eine geschlossen auftretende SPD profitierte für sich und
75 mit einem überzeugenden Wahlsieg.

76 Wir halten fest: Gute, solidarische Arbeit der SPD an der Seite ihrer Spitzenkandidaten
77 machen Wahlsiege sowohl aus der „Regierung“ als aus der Opposition heraus möglich.
78 Die Wedemark und Burgwedel sind dafür zwei überzeugende Beispiele in der Region.

79 Nach diesem gelungenen Einstieg in das Wahljahr standen im Mai 2014 die Europa-
80 wahl, die Wahl des Regionspräsidenten und die Direktwahl von Bürgermeisterinnen

81 und Bürgermeistern in zehn Städten und Gemeinden der Region an. Eine weitere au-
82 ßerordentliche Herausforderung an die Gliederungen der Partei, an ihre ehrenamtli-
83 chen und hauptamtlichen Mitglieder, für zwei bzw. drei Wahlen die Wahlberechtigten
84 zu motivieren, zu informieren und zu überzeugen, die SPD und ihre Kandidatinnen und
85 Kandidaten zu wählen. Die Ergebnisse brachten dann Licht und Schatten.

- 86 • Bei der Europawahl mit dem unermüdlichen Einsatz der Kandidaten Bernd Lan-
87 ge MdEP und Nils Hindersmann steigerte sich die SPD um 4,9 Prozentpunkte auf
88 34,2 Prozent. Sie konnte sich damit knapp vor der CDU positionieren.
- 89 • Die Wahl zum Regionspräsidenten schien eine klare Sache für den amtierenden
90 SPD-Regionspräsidenten Hauke Jagau zu sein. Das Ergebnis von 47,3 Prozent zu
91 38,7 Prozent des CDU-Kandidaten bei insgesamt sechs Bewerberinnen und Be-
92 werbern war eine gute Ausgangsposition für den zweiten Wahlgang. Am Ende
93 gewann Hauke Jagau knapp mit 50,9 zu 49,1 Prozent. Was war passiert? Zum ei-
94 nigen war die Wahlbeteiligung zum Stichwahltag von 44 auf 28 Prozent gefallen.
95 Ein Grund dafür war der Abstand zwischen dem 1. und 2. Wahlgang von drei
96 Wochen. Zum anderen scheint ein Regionspräsident für die Bürgerinnen und
97 Bürger gegenüber Bürgermeistern einer Kommune weiter weg zu sein. Die Regi-
98 on ist für viele weniger greifbar, als das Rathaus mitten in der Stadt oder Ge-
99 meinde. Und offenbar hat die CDU in den Umlandgemeinden stärker für ihren
100 Kandidaten mobilisieren können.
- 101 • Die Direktwahlen in zehn weiteren Kommunen waren für die SPD Achterbahn-
102 fahrten. Eindeutig erfolgreich waren die Wiederwahlen von Claus-Dieter
103 Schacht-Gaida mit 67,6 Prozent in Hemmingen und von Werner Backeberg in
104 Uetze mit 60,7 Prozent. In Pattensen verpasste Ramona Schumann zunächst
105 knapp die Wahl im ersten Wahlgang, um dann im zweiten Wahlgang haushoch
106 zu gewinnen. In Gehrden lag Cord Mittendorf im ersten Wahlgang deutlich zu-
107 rück und gewann dann klar die Mehrheit im zweiten Wahlgang.
- 108 • Parallel zu diesen Erfolgen gab es jedoch bittere Niederlagen. So verlor die SPD
109 Laatzten bereits im ersten Wahlgang die Bürgermeisterwahl (hier holte Hauke
110 Jagau über 50 Prozent!), in Garbsen und Langenhagen verliert die SPD die Bür-
111 germeisterwahl bei den Stichwahlen. Im Oktober 2013 ging bereits die Stichwahl
112 in Ronnenberg verloren.

113 Oberflächlich betrachtet könnte man sagen: Viermal gewonnen und viermal verlo-
114 ren. Zwar sind die Erfolge in der Wedemark, Burgwedel, Pattensen und Gehrden
115 hoch zu schätzen, aber die Verluste betreffen die großen Städte der Region, nämlich
116 Garbsen, Laatzten und Langenhagen. Damit geht ein hoher Anteil der Wahlbevölke-
117 rung verloren, die für die kommenden Kommunal-, Bundestags- und Landtagswah-
118 len für die Mehrheit der SPD von großer Bedeutung sind. Eine sorgfältige und kriti-
119 sche Analyse vor Ort ist – auch jetzt noch - dringend notwendig, sowohl zu den
120 (wieder-) gewonnenen Wahlen, vor allem aber zu den Niederlagen.

121 Unsere künftigen Herausforderungen

122 Es geht um die drei großen P: Partei, Programm und Personen. Gerade in überschauba-
123 ren Wohnbereichen gucken die Menschen sehr genau hin.

- 124 • Wie stellt sich Partei nach außen hin dar? Ist sie im Gespräch mit den Menschen,
125 erkennt sie rechtzeitig Tendenzen, die gegen sie laufen? Werden die Menschen
126 beteiligt?
- 127 • Welche Angebote macht die Partei zur Lösung von Problemen? Werden Zu-
128 kunftsperspektiven aufgezeigt? Ist das Profil erkennbar und unterscheidbar ge-
129 genüber den politischen Mitbewerbern?
- 130 • Mit welchen Personen wird für Partei und Programm geworben? Steht die Partei
131 zu ihren Kandidatinnen und Kandidaten? Gibt es kritische Diskussionen über die
132 konkrete Politik ohne verletzend zu sein?

133 Die drei P können zur Betrachtung der Wahlergebnisse, die hinter uns liegen, gut an-
134 gewandt werden. Wenn sie im Einklang miteinander stehen, können sie zum Erfolg
135 führen, wenn nicht, führen sie zum Misserfolg.

136 **Unsere Entwicklungsarbeit hat bereits begonnen - Politikentwicklung für die Region** 137 **von morgen**

138 In der zweiten Jahreshälfte 2014 – nach den mit großem Engagement geführten Wahl-
139 kämpfen – haben wir einen Strukturprozess in der Partei angestoßen, der u.a. das Ziel
140 hat, die Parteiarbeit selbst zu überprüfen (u.a. durch eine UB-weite Fragebogenaktion
141 über die Instrumente und Arbeitsweise in der Regionspräsidenten- und Europawahl)
142 und, wo notwendig, zu erneuern. Wir alle spüren: Veränderungen in der Gesellschaft –
143 von der Arbeitswelt bis zur Medienlandschaft, aber auch beim Zusammenleben - erfor-
144 dern neue Angebote politischer Arbeit, um weiterhin Menschen zum Mitmachen und
145 Mitgestalten zu gewinnen.

146 Auch die Randbedingungen unserer Politik ändern sich fortlaufend. Der demografische,
147 gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel, die digitale Revolution, die Globalisie-
148 rung und die Veränderungen des Klimas sind zentrale Trends, die das Leben der Men-
149 schen in der Region Hannover und ihren Regionskommunen immer weiter bestimmen
150 werden. Vor ihrem Hintergrund sind Fragen der gleichen Lebensbedingungen wie Zu-
151 gangschancen zu Bildung, Arbeit und öffentlichen Gütern sowie den Einrichtungen der
152 öffentlichen Daseinsvorsorge genauso zu beantworten, wie Fragen der sozial-
153 ökologischen Modernisierung und demokratischen Beteiligung und Mitwirkung der
154 Menschen an den Entscheidungen über die Entwicklung ihrer Städte und Gemeinden.

155 **Zukunftswerkstatt Region Hannover 2030**

156 Mit unserem Projekt „Zukunftswerkstatt Region Hannover 2030“ haben wir in den letz-
157 ten zwei Jahren den offenen Austausch sowohl innerhalb der SPD als auch mit Interes-
158 sierten aus Gesellschaft, Wissenschaft sowie Vereinen und Verbänden gesucht.

159 Mit Blick auf die Arbeit und Bildung von morgen, auf die Anforderungen der Inklusion,
160 auf die notwendige Infrastruktur, auf Gleichstellung, Integration und die Herausforde-
161 rungen des demografischen, aber auch wirtschaftlichen, gesellschaftlichen sowie digi-
162 talen Wandels sind zahlreiche Anregungen, Hinweise, Ideen und Meinungen im Rah-
163 men dieses Dialogprozesses in die Arbeit der Zukunftswerkstatt eingeflossen.

164 In einem ergebnisoffenen Dialog haben wir daraus erste Vorstellungen und auch wich-
165 tige programmatische Impulse für die Weiterentwicklung der Region Hannover aufge-

166 nommen. Dies ist eine gute Grundlage für unsere Politikgestaltung der SPD Region
167 Hannover in den nächsten zwei Jahren.

168 **Aufbruch 2015**

169 Im Februar diesen Jahres haben wir in einer Klausurtagung des Unterbezirksvorstandes
170 und des geschäftsführenden Stadtverbandsvorstandes mit dem Regionspräsidenten,
171 dem Oberbürgermeister der LHH, den BürgermeisterInnen der Umlandkommunen so-
172 wie den Fraktionsvorsitzenden bzw. Fraktionsvorständen einen gemeinsamen Blick von
173 Partei, Verwaltungsspitzen und MandatsträgerInnen auf unsere Perspektive für Stadt
174 und Region 2030 geworfen. Im Zusammenspiel der Möglichkeiten auf den drei Ebenen
175 – neue Beteiligungsverfahren der Verwaltungen, inhaltliche Initiativen der Kommunen
176 und Fraktionen sowie programmatische Akzente und neue Arbeitsweisen einer zu-
177 kunftsfähig aufgestellten Partei - lässt sich ein spannendes Bild einer sozialdemokrati-
178 schen Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft und die Erwartungen der Men-
179 schen in Stadt und Umland entwerfen. Diese Form der Tagung ist auf sehr gute Reso-
180 nanz gestoßen und wir werden diesen Prozess mit ähnlichen Formaten fortsetzen.

181 **Und so geht es weiter: Alle werden einbezogen**

182 Der Unterbezirksvorstand legt dem Parteitag in Zusammenarbeit mit einer Struktur-
183 kommission einen Antrag „**Mitmachen -Mitbestimmen: Parteiarbeit der Zukunft**“ zur
184 Debatte vor, der vor allem eines zum Ziel hat: Einen Anstoß zu geben, um gemeinsam
185 mit den Ortsvereinen an einem inhaltlich und in der Form attraktiven Politikangebot
186 für unsere Mitglieder und die Menschen in der Region Hannover zu arbeiten. Dieser
187 Prozess ist nicht abgeschlossen. Wichtige inhaltliche Impulse z.B. zur Internationalisie-
188 rung der Partei, zur familienfreundlichen Parteiarbeit, zu einem attraktiveren Angebot
189 für Jugendliche oder die digitale Szene, wurden u.a. im Rahmen der Klausur im Februar
190 erarbeitet und werden in die weitere Arbeit der Gruppe einfließen.

191 Im Rahmen der Zukunftswerkstatt werden wir mit einem **Orientierungsrahmen Region**
192 **Hannover 2030** die kommunalpolitischen Ziele und Leitlinien für die SPD-Ortsvereine
193 und den SPD-Unterbezirk in der Region Hannover vom Jahr 2015 bis zum Jahr 2030 fest-
194 legen. Auf der Grundlage der allgemeinen Zielsetzungen des Hamburger Programms
195 der SPD wollen wir mit allen Gliederungen im Unterbezirk Region Hannover ein über-
196 einstimmendes und gemeinsames kommunales Leitbild entwickeln.

197 Der Orientierungsrahmen Region Hannover 2030 beinhaltet zwei konkrete Angebote:
198 Erstens soll er bei der Erarbeitung von Kommunalwahlprogrammen vor Ort behilflich
199 sein. Zweitens wollen wir den Blick über die nächste Kommunalwahl hinaus richten
200 und langfristige kommunalpolitische Leitlinien über mehrere Wahlperioden verab-
201 schieden. Er soll damit für uns und die Öffentlichkeit ein Bewertungsmaßstab und Hilfe
202 sein, um die tagespolitischen Schritte und Kompromisse vor dem Hintergrund der mit-
203 tel- bis langfristigen Zielsetzungen beurteilen und richtig einzuordnen können.

204 **Engagierte Köpfe für unsere Politik gewinnen und qualifizieren**

205 Lokale Demokratie ist eine wichtige Säule für politische Partizipation und Teilhabe. Sie
206 wird für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten durch Hunderte von ehren-
207 amtlichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern in der Region Hannover geprägt.

208 Sie übernehmen Verantwortung für ein kommunales Gemeinwesen und gestalten mit
209 unseren Grundwerten die konkreten Lebensumstände der Menschen vor Ort.

210 Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl am 11. September 2016
211 stehen für sozialdemokratische Grundwerte. Mit Leidenschaft und Kompetenz vertre-
212 ten sie die Interessen der Bevölkerung in den Räten und sind Expertinnen und Experten
213 in eigener Sache. Deswegen wollen wir ein breites Angebot machen können und unse-
214 re Listen mit Menschen vielfältiger Altersgruppen, Berufe und sozialen Hintergründen
215 aufstellen. Frauen und Männer sollen sich gleichberechtigt auf Listen und Räten wie-
216 derfinden. Wir wollen mehr Menschen mit Migrationsgeschichte zur Teilhabe aktivie-
217 ren. Wir öffnen unsere Listen für Kandidaturen von Nicht-Parteimitgliedern, weil wir
218 interessierte Menschen in kommunale Prozesse miteinbeziehen wollen.

219 In vielen Räten stehen zur Kommunalwahl Altersumbrüche bevor. Langjährige Rats-
220 mitglieder verzichten auf eine erneute Kandidatur und junge Räte ziehen ein. In diesem
221 Prozess wollen wir einen Wissenstransfer organisieren, der Erfahrungen, Kompetenzen
222 und Kenntnisse sichert.

223 Die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik darf für ehrenamtliche Kommunalpoli-
224 tik nicht nur ein Stichwort für Sonntagsreden sein, sondern muss sich im praktischen
225 Handeln zeigen. Die Ausübung eines kommunalen Mandats ist mit dem Recht auf Frei-
226 stellung verbunden. Keiner darf an der Ausübung dieser Tätigkeit behindert werden.
227 Gleichzeitig gilt es, jungen Eltern durch Hinterfragen von Zeiten und Rahmenbedin-
228 gungen den Weg in die Räte zu ebnen.

229 Kandidaturen für die SPD müssen sich an klaren Kriterien orientieren. Dazu gehören
230 unsere Grundwerte, Gleichstellung und Qualifikation. Wir werden unsere Kandidatin-
231 nen und Kandidaten zur Übernahme von Mandaten befähigen. Unsere Nach-
232 wuchsakademie ist hierfür ein wichtiges Instrument. Für die Region Hannover sollen
233 junge Menschen für Kandidaturen und das Ausüben eines Mandates qualifiziert wer-
234 den. Dabei sind für uns sowohl Inhalte auch als Methodenkompetenzen entscheiden.
235 Instrumente zur Bürgerbeteiligung und Aktivierung von Menschen für kommunale
236 Prozesse sollen ein Schwerpunkt der Nachwuchsakademie werden.

237 Wir wollen mehr Menschen an kommunalen Entscheidungen beteiligen und sie nicht
238 ausgrenzen. Die von manchen geforderte Verkleinerung von kommunalen Räten ist für
239 uns ein Zeichen abnehmender Demokratie und Beteiligungsmöglichkeiten. Dabei ste-
240 hen mögliche Kosteneinsparungen in keiner Relation zum entstehenden Demokra-
241 tiedefizit.

242 Wir legen in den nächsten Monaten den Grundstein für starke sozialdemokratische
243 Fraktionen in der Region Hannover in Ortsräten, Bezirksversammlungen, Gemeinderä-
244 ten und der Regionsversammlung. Kommunalpolitik bekommt ein Gesicht durch viele
245 Kandidatinnen und Kandidaten, die mit Herz und Verstand für die Sozialdemokratie
246 stehen.

247 **Mitgliederwerbung ist Politik! Die Erneuerung der Strukturen fortsetzen!**

248 Die Werbung neuer Mitglieder ist eine der großen Herausforderungen unserer Partei.
249 Unser Ziel ist es, in den nächsten zwei Jahren eine Vielzahl neuer Mitglieder aus allen

250 Bereichen der Gesellschaft zu gewinnen. Die Gesamtverantwortung liegt bei allen
251 Gremien auf allen Ebenen!

252 Angesichts der veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse, der demographischen
253 Entwicklung, der Arbeitsverdichtung in der Berufswelt und Fehlern bei der Politikge-
254 staltung muss es uns gelingen, das Interesse an der SPD mit neuen Angeboten zur Mit-
255 arbeit in den Vordergrund zu stellen. Eine Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten
256 der Mitglieder muss stärker genutzt und öffentlich gemacht werden. Für neue Mitglie-
257 der müssen flexible Angebote zur Verfügung stehen, denn nicht jedes Mitglied hat das
258 Zeitbudget, sich umfassend in politischer Arbeit zu engagieren. Man sollte direkt vor
259 Ort die Politik mitgestalten oder auch „nur“ projektbezogen mitarbeiten können.

260 Um die Mitgliederwerbung als ständige Aufgabe zu festigen, wird der Unterbezirk un-
261 ter anderem Workshops, regelmäßige Treffen der Mitgliederbeauftragten aus den
262 OVEN und zentrale Aktionen wie die Nachbarschaftskampagne anbieten. Mit einer
263 Ortsvereinsmesse werden einzelne gute Aktionen zur Mitgliedergewinnung aufgezeigt,
264 so dass ein breit gefächertes Ideenpool entsteht. Die Arbeitsgemeinschaften werden
265 ebenfalls verstärkt in ihren Interessengruppen werben.

266 Unseren Ortsvereinen kommt in diesem Prozess besondere Verantwortung zu, in dem
267 sie offen und aktiv auf neue Mitglieder zugehen und sie in die Parteiarbeit bzw. in spe-
268 zielle Projekte einbinden. Der Unterbezirk wird mit Neumitgliederabenden und einem
269 ansprechenden Rahmenprogramm langjährige und neue Parteimitglieder ins Gespräch
270 bringen und sie über die vielfältigen Möglichkeiten der Mitarbeit informieren.

271 Unverzichtbar ist die Betreuung und Aktivierung von vorhandenen Mitgliedern. In vie-
272 len Ortsvereinen gibt es ein ungenutztes Potenzial aus passiven Mitgliedern, die bei
273 entsprechender Ansprache und Wertschätzung durchaus wieder aktiviert werden kön-
274 nen. Dazu gehört sicher auch ein Blick auf die allgemeine Arbeit vor Ort jenseits der
275 Wahlkämpfe. Welches Angebot machen wir unseren Mitgliedern - sind wir noch at-
276 traktiv und fordern wir zur Mitarbeit auf? Ausgehend von diesen Fragen werden wir
277 gemeinsam ein Leitbild und „Kernaufgaben“ für die Arbeit der Ortsvereine beschreiben
278 und den ‚Ortsverein für die Zukunft‘ auf den Weg bringen.

279 **Nachbarschaftskampagne**

280 Die bundesweite Nachbarschaftskampagne der SPD hat das Ziel, die Bindungs- und
281 Kampagnenfähigkeit sowie die Vernetzung vor Ort der Partei zu stärken.

282 Im Rahmen der Kampagne wollen wir daher auch neue Aktions- und Veranstaltungs-
283 formen ausprobieren bzw. weiterentwickeln, die die Menschen vor Ort ansprechen und
284 mit denen wir mit ihnen noch besser ins Gespräch kommen.

285 Vor allem wollen wir den Menschen in unserem Umfeld auf Augenhöhe begegnen, ih-
286 ren Sorgen und Anregungen zuhören und nach gemeinsamen Lösungen suchen. Das
287 schafft und sichert Vertrauen, es hilft, unsere Politik auf eine breitere Basis zu stellen.

288 Dabei geht es nicht um Ein-Mal-Effekte. Kontinuierlicher Einsatz und Nachhaltigkeit
289 sind entscheidend für den dauerhaften Erfolg. Nur das bleibt im Gedächtnis haften.
290 Denn unsere Politik- und Durchsetzungsfähigkeit – und nicht zuletzt unsere Wahler-

291 gebnisse - hängen ganz entscheidend von unserer Glaubwürdigkeit bei unseren Mit-
292 bürgerinnen und Mitbürgern ab.

293 **Sozialdemokratische Politik (auch) über die Region hinaus!**

294 Die Lebensverhältnisse in der Region werden nicht allein durch die regionale Politik
295 bestimmt. Politische Entscheidungen in Europa, Bund und Land bestimmen über die
296 Lebensverhältnisse vor Ort mit. So kann insbesondere eine gute öffentliche Daseins-
297 vorsorge nur gelingen, wenn die übergeordneten Ebenen faire Rahmenbedingungen
298 und eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen sicherstellen. Durch
299 Austausch und eine gute Vernetzung mit unseren MandatsträgerInnen auf diesen Ebe-
300 nen wollen wir als SPD in der Region Hannover einen aktiven Beitrag zu leisten.

301 Seit Februar 2013 wird Niedersachsen von einer Rot-Grünen Landesregierung mit Ste-
302 phan Weil als Ministerpräsidenten regiert. Acht Abgeordnete der SPD aus der Region
303 Hannover sind Mitglieder des Niedersächsischen Landtags und wichtige Interessenver-
304 treter. Mit viel Sachverstand und Empathie für kommunales Handeln wird seit dem
305 Regierungswechsel in Niedersachsen auch eine Veränderung in politischen Fragen und
306 einer veränderten Beteiligungskultur deutlich. Politik wird wieder miteinander ge-
307 macht, ohne dabei die Ebenen gegeneinander auszuspielen. Auch dazu wollen wir wei-
308 terhin mit klaren sozialdemokratischen Akzenten beitragen.

309 Von 7,7 Millionen Niedersachsen sind 1,1 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner der
310 Region Hannover. Die Region Hannover ist nicht nur das sozialdemokratische Herz Nie-
311 dersachsens, sondern auch ein wichtiger Wirtschaftsstandort und Impulsgeber für das
312 gesamte Land.

313 Die Region Hannover ist die mit Abstand größte Gebietskörperschaft in Niedersachsen.
314 Bei der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs fordern wir die Niedersächsi-
315 sche Landesregierung auf, für ein angemessenes Verhältnis von EinwohnerInnen, Flä-
316 che und Sozialausgaben zu sorgen. Eine weitere einseitige Benachteiligung der Region
317 Hannover zugunsten von anderen Landesteilen lehnen wir entschieden ab.

318 Der Öffentliche Personennahverkehr in der Region Hannover besticht landesweit durch
319 seine Qualität und seine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. Die Finanzierung des
320 ÖPNVs ist jedoch eine Herausforderung. Das Land Niedersachsen steht in der Pflicht,
321 für eine hinreichende finanzielle Förderung von Infrastruktur in Form von Strecken,
322 Fahrzeugen und dem barrierefreien Ausbau des Netzes zu sorgen. Im Rahmen der Fö-
323 deralismusreform fallen Bundesmittel weg, die dann durch das Land Niedersachsen zu
324 kompensieren sind.

325 In allen Kommunen ist die menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen ein
326 drängendes Thema. Der Bund muss das Land Niedersachsen und die Städte und Ge-
327 meinden bei der nachhaltigen Schaffung von Wohnraum unterstützen und erprobte
328 Instrumente der Wohnraumförderung durch zusätzliche finanzielle Mittel für diesen
329 Personenkreis öffnen. Auch bei steigenden Flüchtlingszahlen sind menschenwürdige
330 Unterkünfte, Angebote zur psychosozialen Betreuung, Teilhabe durch die Möglichkeit
331 zur Arbeit und ausreichende Sprachkurse zu sichern, das sind Bestandteile einer geleb-

332 ten Willkommenskultur. Die rot-grüne Landesregierung hat hier in den letzten Mona-
333 ten Maßstäbe gesetzt, die wir nun weiterentwickeln wollen.

334 Wir sind die Region der Integrierten Gesamtschulen in Niedersachsen. Die Volksinitia-
335 tive für Gute Bildung ist stark aus der Region Hannover getragen worden. Mit der Lan-
336 desregierung wollen wir letzte weiße Flecken auf der Landkarte schließen und ein flä-
337 chendeckendes Angebot für Gesamtschulen in der Region Hannover möglich machen.
338 Mit allen Möglichkeiten wollen wir auch die Inklusion fördern: Gelingende Inklusion
339 braucht gute Rahmenbedingungen und darf keine Seite überfordern.

340 Die Diskussion um eine tragfähige Krankenhauslandschaft in der Region Hannover hat
341 die drastische Unterfinanzierung im Gesundheitssystem gezeigt. Wir begrüßen die Ini-
342 tiative von Sozialministerin Cornelia Rundt für eine weitere Erhöhung des Landesbasis-
343 fallwerts, der Niedersachsen im Vergleich der westdeutschen Bundesländer auf den
344 letzten Platz fallen lässt. Die Investitionskostenförderung des Landes für Krankenhäu-
345 ser muss erhöht werden, um wichtige Investitionen in die Zukunftsfähigkeit zu ermög-
346 lichen.

347 **Dialogforum der SPD Region Hannover**

348 Die Diskussion um die besten Lösungen spannender gesellschaftspolitischen Fragestel-
349 lungen auf regional-, landes-, bundes- oder europapolitischer bzw. internationaler Ebe-
350 ne im Kontext sozialdemokratischer Zielvorstellungen und Programmatik wollen wir
351 im Rahmen eines Dialogforums der SPD Region Hannover als neues inhaltliches Ange-
352 bot für unsere Mitglieder auf den Weg bringen. Darüber hinaus wollen wir den Dialog
353 gezielt für interessierte Bürgerinnen und Bürgern, die Fachöffentlichkeit und wichtige
354 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der Region öffnen, um Austausch und Netz-
355 werke in der Region zu stärken.

356 **Interessante Köpfe und Begegnungen bereichern unsere Partei!**

357 Bei der Auswahl der Themen und Köpfe in den Veranstaltungen und Podien beziehen
358 wir bewusst die Menschen ein, die mit ihrer Fachlichkeit und ihrer Person für die Zu-
359 kunftsthemen in der Region stehen: wir gehen z.B. auf junge Frauen zu, um mit ihnen
360 über die Möglichkeiten zu mehr Chancengleichheit in der Berufswahl und -ausbildung
361 zu sprechen, sprechen mit engagierten Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern
362 über die Gestaltung „Guter Arbeit“, beziehen die NGOs und Umweltverbände in unsere
363 Debatten über „Gutes Leben“ ein und tauschen uns mit Aktiven der digitalen Szene
364 über Chancen und Risiken der Vorratsdatenspeicherung aus. Wir sind sicher: Durch die-
365 sen Dialog werden wir programmatisch Kompetenz und Profil gewinnen und gleichzei-
366 tig neue Gesichter für die SPD interessieren und gewinnen.

367 Neben den genannten Beispielen werden wir uns auch weiterhin anlassbezogen aktu-
368 ellen Fragen der Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Strukturpolitik, der Bildungs- und
369 Gleichstellungspolitik, der sozialen Teilhabe, der Energiewende und des Klimaschutzes,
370 der Einwanderungs- und Integrationspolitik, der gerechten und friedenssichernden
371 Weltordnung sowie der demokratischen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger widmen
372 – und uns mit unseren Diskussionen und Positionen auf allen Ebenen in die Willensbil-
373 dung der SPD einbringen.

374 **Unsere Stärke heißt: Gemeinsames, solidarisches Handeln!**

375 Der Unterbezirk Region Hannover ist der mitgliederstärkste Unterbezirk der SPD bun-
376 desweit. Das soll so bleiben und dazu tragen wir mit solidarischer, attraktiver Politikge-
377 staltung alle bei. Und wir haben Erfolg: Wir sind auf allen Ebenen in Regierungsver-
378 antwortung und gestalten gute sozialdemokratische Politik.

379 Um die damit verbundene Verantwortung dauerhaft wahrnehmen zu können, müssen
380 wir uns fortwährend organisationspolitisch und inhaltlich weiterentwickeln – wir müs-
381 sen „Das Morgen denken!“

382 Diese Herausforderung wollen wir gemeinsam in den kommenden zwei Jahren an-
383 nehmen!

384 **Empfehlung der Antragskommission:**

385 *Seite 2, Zeile 74*

386 *Ersetze „...strafen die Menschen ab“ durch „waren in Burgwedel wahlentscheidend“,*
387 *so dass der Satz heißt:*

388 *„Deren öffentlich ausgetragene Streitigkeiten waren in Burgwedel wahlentscheidend.*
389 *Eine geschlossen auftretende SPD profitierte für sich und mit einem überzeugenden*
390 *Wahlsieg.“*

391

392 *Seite 3, in Zeile 97 ergänzen:“... weiter weg zu sein, dazu kamen aktuelle Reizthemen*
393 *der Region.“*

394

395 *Seite 4, Zeile 147*

396 *Ersetze ...“die digitale Revolution“ ... durch ..(Industrie 4.0),*

397

398 *Seite 4, Zeile 147*

399 *Ergänze „...die europäische Integration,..“*

400

401 *Seite 4, Zeile 148*

402

403 *Ersetze „Trends“ durch „Entwicklungen“*

404 *So dass der Satz heißt:*

405 *„Auch die Randbedingungen unserer Politik ändern sich fortlaufend. Der demografi-*
406 *sche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel (Industrie 4.0), die europäische In-*
407 *tegration, Globalisierung und die Veränderungen des Klimas sind zentrale Entwicklun-*
408 *gen, die das Leben der Menschen in der Region Hannover und ihren Regionskommunen*
409 *immer weiter bestimmen werden.*

410

411 *S.9, Zeile 343*

412

413 *Ersetze ..., der Niedersachsen in Vergleich der westdeutschen Bundesländer auf den*
414 *letzten Platz fallen lässt.“ Durch „Niedersachsen muss seine Position im Länderver-*
415 *gleich deutlich verbessern.“*

416

417

1 A 2 „Mitmachen – Mitbestimmen: Parteiarbeit der 2 Zukunft“

3 *Antragsteller: SPD Unterbezirksvorstand und Strukturkommission Region*
4 *Hannover*

5 *Unser Ziel: Die SPD als mitgliederstarke, fortschrittliche und aktive*
6 *politische Kraft in der Region Hannover*

7 Mit dem Wandel in der Gesellschaft verändern sich auch die Anforderungen
8 an die Arbeit der Parteien. Veränderte Arbeits- und Freizeitwelt, neue
9 Medienlandschaft, diverse Vereinbarkeitsfragen – Zeit ist knapp und kostbar,
10 Informationen gibt es reichhaltig auf verschiedenen Kanälen, Politik ist nicht
11 (immer) sexy: Warum soll man(n)/frau sich in einer Partei organisieren?
12 Warum in der SPD aktiv werden?

13 Demokratie lebt von Parteien und es gibt gute Gründe dabei zu sein. Unsere
14 Herausforderung ist, mit einem klaren sozialdemokratischen Profil, mit
15 verlässlicher und gut vernetzter Politik vor Ort und mit interessanten
16 Angeboten zur Beteiligung an unserer politischen Arbeit die SPD in der Region
17 Hannover zu einer attraktiven Partei in der Mitte der Gesellschaft zu machen
18 – mit Platz für alle Generationen, Männer und Frauen, vielfältige
19 Berufsgruppen, Auszubildende und Studierende, Menschen unterschiedlicher
20 Begabungen – und Menschen mit viel und wenig Zeit!

21 Leitlinien „SPD 2021“

22 Um dauerhaft als Mitgliederpartei gut aufgestellt zu sein, sind mehrere
23 Impulse und ein längerfristiger Reformprozess notwendig. Wir sind
24 überzeugt: die SPD braucht (wieder) eine stärkere Außen- und
25 Mitgliederorientierung, die durch klare inhaltliche Positionierung UND neue
26 Formen der Mitarbeit in der Partei erreicht werden kann.

27 Die Kommunalwahl 2016 wollen wir auf allen Ebenen der Partei nutzen, um
28 diesem Ziel durch eine rechtzeitige und gute Besetzung der Wahllisten und
29 dem Gewinn vieler kommunaler Mandate näher zu kommen. Auch dafür
30 müssen wir neue Mitglieder gewinnen.

31 Darüber hinaus verstärken wir den Prozess, in dem wir Leitlinien „SPD 2021“
32 formulieren und Maßnahmen auf diesem Weg in Projekten und Kampagnen
33 erproben, auswerten und erfolgreiches in die politische Praxis umsetzen.
34 Schon heute wissen wir: Im Jahr 2021 wird unsere Kampagnenfähigkeit auf
35 besondere Weise gefordert sein. 2021 fallen drei Wahltermine zusammen:
36 Bundestagswahl, Kommunalwahl und die Direktwahl der
37 Hauptverwaltungsbeamten. Es ist also ein gutes Ziel, das uns Raum
38 verschafft, aber auch konkret ist.

39 Diesen Raum werden wir nutzen, um erste Organisationsreformen in der
40 Parteilarbeit im Unterbezirk umzusetzen, begonnene Projekte wie "Die SPD als
41 familienfreundlichste Partei" und "FlexAktiv" fortzusetzen und mit der neuen
42 „Nachbarschaftskampagne“ neue Instrumente auszuprobieren und
43 auszuwerten.

44 Auf dem Weg zur „SPD 2021“ sehen wir folgende Herausforderungen:

- 45 1. Die SPD bleibt Volks- und Mitgliederpartei – Verantwortung für das
46 Gemeinwohl und demokratische Teilhabe ist der gemeinsame
47 sozialdemokratische Kern unserer Politik . Die Gliederungen der SPD
48 auf allen Ebenen haben gemeinsame Werte und arbeiten zusammen
49 an ihrer Verwirklichung, wenn auch an unterschiedlichen Orten und
50 Plätzen. Wir gehören zusammen. Stärkung des Gemeinschaftsgefühls
51 und ein wertschätzender Umgang miteinander sind uns wichtig.
- 52 2. Themenarbeit statt Sitzungsmarathon – In unseren Sitzungen stehen
53 Diskussion und politische Bewertung und Verständigung im
54 Mittelpunkt. Notwendige Formalia bearbeiten wir knapp und effizient.
55 Mitgliederwerbung ist Politik - Partei für Mitarbeit öffnen! Die
56 Aufgabe von Parteien ist, demokratische Prozesse zu organisieren.
57 Dazu gehört unmittelbar, Menschen zu beteiligen. Neue Mitglieder für
58 die Arbeit in der SPD Partei zu gewinnen, ist gleichrangig mit dem
59 Verabschieden und Durchsetzen richtiger Positionen. Es gelingt nur,
60 wenn die Partei eine gute Kultur der Beteiligung lebt.
- 61 3. Neue Veranstaltungsformate – Medien nutzen & Menschen treffen!
62 Unser politisches Angebot steht im Umfeld und in der Konkurrenz zu
63 vielen anderen Angeboten, sowohl im Veranstaltungsbereich wie in
64 den Medien. Um Interessierte zu erreichen, sprechen wir die
65 Bürgerinnen und Bürger direkt an, pflegen Kontakte im unmittelbaren
66 Umfeld und setzen Medien zielgerichtet und bewusst ein, um die
67 Menschen mit unseren Aussagen und Angeboten zu erreichen.
- 68 4. Vom Ortsverein bis zur AG - Die SPD hat viele Gesichter!
69 Die SPD ist vielfältig, das ist unsere Stärke - insbesondere in der Region
70 Hannover. Sowohl unsere Mitglieder als auch Interessierte und
71 UnterstützerInnen haben unterschiedliche inhaltliche Interessen,
72 unterschiedliche Erwartungen an ihre Mitarbeit in der SPD und
73 unterschiedliche Fähigkeiten. Durch guten Austausch gelingt es uns,
74 für jede/n den richtigen Platz in der Partei zu finden und
75 Entwicklungsmöglichkeiten zu öffnen.

76 „SPD 2021“: Das Leitbild schrittweise verwirklichen!

77 Unser gemeinsames Ziel ist, das politische Profil und das Parteileben zu
78 stärken und möglichst viele Mitglieder und Interessierte in die Diskussion und
79 die Willensbildung der Partei einzubeziehen. Dazu sollte der Unterbezirk:

- 80 • Weniger Formalia abarbeiten und mehr politische Arbeit anbieten,
81 auch und gerade jenseits der starren Gremienstrukturen.
- 82 • Ressourcen frei bekommen für die Arbeit vor Ort, mit
83 Bündnispartnern und Interessierten.
- 84 • Neumitglieder besser einbinden und Angebote schaffen, um sich in
85 der Partei dort einzubringen, wo die eigenen Interessen liegen.
- 86 • ein organisatorisches Gerüst bilden für das Funktionieren der
87 Wahlkampagnen, für regionsweite Veranstaltungen und Diskurse
88 sowie für die fortlaufende Öffentlichkeitsarbeit von Partei und
89 Mandatsträgern. Dazu gehört auch ein regelmäßiger Austausch
90 und eine Verbindungsstruktur zwischen den MandatsträgerInnen
91 und Gliederungen.

92 Daraus ergeben sich als konkrete Vorschläge für die Reform der Arbeit in den
93 Gremien:

- 94 • Die Sitzungen des Unterbezirksbeirates werden stringenter
95 organisiert. Seine Aufgabe ist es neben den satzungsgemäßen
96 Aufgaben, jährlich mindestens 2 parteioffene Veranstaltungen mit
97 einem thematischen Schwerpunkt aktueller Themen der Bundes-,
98 Landes- und Regionspolitik auszurichten. Wir appellieren an die
99 Ortsvereinsvorstände, sich künftig noch stärker in die Arbeit des
100 Unterbezirksbeirates einzubringen und in der Auswahl und
101 Vorbereitung der Themenschwerpunkte aktiv auf die Beiratsleitung
102 zuzugehen.
- 103 • Mit regionalen Kooperationen der Ortsvereine stärken wir den
104 Zusammenhalt und die Arbeitsfähigkeit der Partei mit
105 gemeinsamen Aktivitäten, gegenseitigen Hilfen und inhaltlichem
106 Austausch. Der Unterbezirksvorstand regt dazu etwa halbjährlich
107 stattfindende Arbeitstreffen von mehreren benachbarten
108 Ortsvereinen an. Die Ortsvereine im Stadtverband Hannover
109 können dabei zu den Ortsvereinen an ihren Außengrenzen (z.B.
110 Döhren-Wülfel und Laatzen, Vahrenwald und Langenhagen)
111 konkrete Arbeitsbeziehungen aufbauen.
- 112 • Um darüber hinaus den Austausch zwischen den Ortsvereinen und
113 dem UBV zu stärken, besucht der UBV (oder eine Delegation des
114 UBV) zusammen mit der Leitung des Beirates im 1. Quartal nach der
115 Neuwahl eines Ortsvereinsvorstandes dieses neu gewählte
116 Gremium, um sich über Stärken und Herausforderungen beider
117 Seiten auszutauschen und ggf. konkrete Unterstützungsangebote
118 und Anregungen für die Vorstandarbeit zu verabreden.

119 • Verlässliche Terminierung, zeitliche Lage und Dauer zur Sitzungen
120 helfen die Vereinbarkeit von politischem Engagement und
121 Privatleben zu vereinfachen.

122 Mit dem Ziel, das Parteileben zu stärken und die Mitglieder im gesamten
123 Unterbezirk stärker zu aktivieren, bzw. verstärkt auf die politisch interessierte
124 Öffentlichkeit zuzugehen und neue Mitglieder zu gewinnen, kommen auch
125 zusätzliche Aufgaben auf das Unterbezirksbüro zu. Dazu gehören u.a.:

- 126 • Ein regelmäßiger persönlicher Austausch zwischen den
127 Ortsvereinen und der Geschäftsführung, um Projekte und
128 inhaltliche Schwerpunkte des Unterbezirks stärker in die Fläche zu
129 tragen und gleichzeitig Impulse aus der Arbeit vor Ort für die Arbeit
130 im UB mitzunehmen.
- 131 • Unterstützung der Gliederungen bei der Betreuung von
132 Neumitgliedern, auch nach dem Erstkontakt beim Eintritt hinaus
133 (circa zwei bis drei Jahre Begleitung von Neumitgliedern sollte
134 durch die Parteiorganisation gewährleistet werden, wobei
135 Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften sich darum bereits
136 bemühen).
- 137 • Unterstützung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des
138 Unterbezirks einschließlich Pflege der Homepages von Unterbezirk
139 und Stadtverband als „in house“- Aufgabe, Ausbau weiterer
140 Medienarbeit auf verschiedenen Kanälen.
- 141 • Im Rahmen der Büroorganisation wird geprüft, ob weitere
142 Instrumente der elektronischen Kommunikation, z.B.
143 Dokumentenplattformen, zum Einsatz kommen können.

144 Dazu wird das Unterbezirksbüro weiterhin personell verstärkt. Deenr
145 Unterbezirksvorstand wird beauftragt, beim Bezirk darauf hinzuwirken

146 Zum Schwerpunkt Mitgliederwerbung, -betreuung und Aktivierung gibt es
147 darüber hinaus konkrete Vorschläge:

148 Neumitgliederwerbung und -betreuung

149 In der Mitgliederwerbung muss nach neuen Wegen gesucht werden, um die
150 Menschen für die SPD zu begeistern und einzuladen. Die Menschen sehen
151 ihre Mitarbeit in den Parteien heute häufig anders als vor noch ein paar
152 Jahren. Dieses kann nicht nur vor Ort in den Ortsvereinen geschehen, auch die
153 Arbeits-gemeinschaften und Arbeitskreise sollten aktiv in ihrem
154 Interessenbereich werben. Grundsätzlich gilt: Die Mitgliederentwicklung ist
155 Angelegenheit des gesamten Unterbezirks auf allen Ebenen.
156 Mitgliederwerbung ist Politik!

157 Folgende Maßnahmen können einen Beitrag auf UB-Ebene leisten:

- 158 • Mit Workshops und regelmäßig stattfindenden Treffen der
159 Mitgliederbeauftragten und am Thema interessierter Mitglieder
160 aus den OV

- 161 • Mitgliederwerbung als ständige Aufgabe etablieren: Bei der
162 Betreuung der neuen Mitglieder sollte eine „Willkommenskultur“
163 entwickelt werden. Hier sind zunächst die Ortsvereine gefragt, aber
164 auf UB-Ebene können dazu Konzepte entwickelt werden, z.B. über
165 Patenschaften Neumitglieder in die Arbeit vor Ort einzuführen.
166 • In ansprechenden Neumitgliederaktivitäten (z.B. Museumsbesuch,
167 Filmeabend, Besuch des Rathauses) sollten die Mitglieder nicht nur
168 informiert, sondern auch nach ihren Motivationen und
169 Vorstellungen zum Beitritt befragt werden.
170 • Ein weiteres Treffen sollte nach ca. 1 Jahr verabredet werden, um
171 die Erfahrungen und Eindrücke der Neumitglieder in der SPD
172 spiegeln zu können.

173 Betreuung und Aktivierung der vorhandenen Mitglieder

174 In vielen Ortsvereinen gibt es ein ungenutztes Potenzial an z.Zt. aus den
175 unterschiedlichsten Gründen passiven Mitgliedern, die bei entsprechender
176 Beachtung und Wertschätzung sicher auch wieder aktiviert werden können.
177 Hierzu gehört sicher auch ein Blick auf die allgemeine Arbeit in den OV
178 jenseits von Wahlkämpfen. Welches Angebot machen wir unseren
179 Mitgliedern?

180 Ausgehend von diesen Fragen werden wir gemeinsam ein Leitbild und
181 „Kernaufgaben“ für die Arbeit der Ortsvereine definieren und einen Weg
182 vereinbaren, wie wir die Mitglieder für diese Aufgaben qualifizieren.

183 Vorgeschlagen wird eine unterbezirksweite „Ortsvereinsmesse“, die
184 Austausch und die Weitergabe von „best practice“- Beispielen ermöglicht.

185 Wir sind sicher, dass es weitere gute Ideen aus der Praxis der Arbeit in den
186 Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften, Vorständen und nicht zuletzt
187 Fraktionen gibt.

188 Um den Prozess der Erneuerung auch über den Parteitag hinaus
189 fortzuentwickeln, richten wir begleitende Arbeitsstrukturen ein, die die
190 Umsetzung der Beschlüsse begleiten und auswerten und weitere Schritte aus
191 der Praxis formulieren. Die Materialien und Anregungen, die im bisherigen
192 Prozess der Strukturkommission erarbeitet worden sind, finden dort
193 selbstverständlich weiter Berücksichtigung.

194 Als Schwerpunkte schlagen wir vor:

- 195 1. Organisation ist Politik! Effiziente Strukturen der Partei
- 196 2. Mitgliederwerbung ist Politik! Lebendige Ortsvereine und AGen

197 **Empfehlung der Antragskommission:**

198 *Ergänze auf Seite 12, nach Zeile 26:*

199 *„Dazu beschließt der UB-Parteitag den Antrag A2 als den Beginn eines Diskussionspro-*
200 *zesses mit Blick auf die künftigen Reformbemühungen. Alle Mitglieder sind aufgefor-*
201 *dert sich zu beteiligen.“*

202

203

1 A 3 Einrichtung eines Arbeitskreises (AK) HumanistInnen und Sä- 2 kulare beim Bezirksvorstand

3 *Antragsteller: SPD-Ortsverein Hannover-Mitte*

4 *Der SPD-Unterbezirksparteitag Region Hannover möge beschließen und an den*
5 *Bezirksparteitag weiterleiten:*

6 Einrichtung eines Arbeitskreises (AK) HumanistInnen und Säkulare in der SPD beim
7 Vorstand des SPD-Bezirk Hannover.

8 Der Anteil der konfessionsfreien Menschen in unserer Gesellschaft nimmt konstant zu,
9 auch innerhalb der SPD ist dieser Trend zu beobachten. Wir verstehen uns als Interes-
10 senvertretung aller konfessionsfreien und säkularen GenossInnen in der SPD (im Bezirk
11 Hannover) und möchten helfen, auch diesen Menschen eine Heimat innerhalb der So-
12 zialdemokratie zu bieten. Gerade in den höheren Gremien der SPD ist entgegen der
13 allgemeinen Entwicklung ein sehr hoher Anteil der Personen Mitglied einer der christli-
14 chen Großkirchen. Wir möchten eine Interessenvertretung sein für den wachsenden
15 Anteil von konfessionslosen oder auch anderweitig werteorientierten Sozialdemokra-
16 tInnen.

17 Wir setzen uns – in Einklang mit sozialdemokratischen und humanistischen Werten –
18 für einen wie im Grundgesetz verbrieften säkularen Staat ein, in dem jede und jeder
19 seinen Glauben frei, privat und sanktionsfrei ausüben kann, dessen Institutionen je-
20 doch weltanschaulich neutral sein sollten.

21 *Begründung (Auszug aus dem Selbstverständnis):*

22 Wir sind den Werten des demokratischen Sozialismus verpflichtet.

23 Unseren Einsatz für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gründen wir auf den Prinzipien
24 des Humanismus. Humanismus stellt den Menschen, sein Wirken und Schaffen in den
25 Mittelpunkt. In der Tradition der Aufklärung bis in die Gegenwart finden wir uns eben-
26 so wieder wie in den philosophischen Strömungen der griechisch-römischen Antike.

27 Die Zahl der Konfessionsfreien ist in unserer Gesellschaft auf mehr als ein Drittel ange-
28 stiegen, Tendenz steigend. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, diese Teile der Be-
29 völkerung und GenossInnen in der SPD zu repräsentieren. Die unterschiedlichen Ver-
30 bände und Organisationen humanistischer bzw. agnostisch-atheistischer Prägung (z.B.
31 Humanistischer Verband Niedersachsen K.d.ö.R., Giordano-Bruno-Stiftung) sehen wir
32 als Dialogpartner an, deren Anliegen wir in die Partei hinein tragen. Gleichzeitig wollen
33 wir als SPD die genannten Verbände und Organisationen als politische Partner gewin-
34 nen und sie in die Verwirklichung sozialdemokratischer Ziele einbinden.

35 Unter „Freiheit, Gleichheit, Solidarität“ verstehen wir auch die Tolerierung aller weltan-
36 schaulichen Überzeugungen, seien sie religiös oder in anderer Weise werteorientiert
37 begründet, solange sie mit den Menschenrechten und dem Grundgesetz im Einklang

38 sind. In diesem Sinne bauen wir auf einen gleichberechtigten, solidarischen Dialog mit
39 allen in der SPD verfassten konfessionsgebundenen Arbeitskreisen.

40 Wir bekennen uns zu dem im Grundgesetz (Art. 140 GG, Verweis auf die deutsche Ver-
41 fassung von 1919, Art. 136ff.) verbrieften Leitauftrag eines säkularen Staates. Wir ste-
42 hen für die freie, private und sanktionsfreie Ausübung des eigenen Glaubens, im Ein-
43 klang mit den durch das Grundgesetz garantierten Rechten. Dies bedeutet im Umkehr-
44 schluss auch die Nicht-Beeinträchtigung von Menschen anderer Überzeugungen.

45 Wir treten des Weiteren für eine Stärkung dieses gesellschaftlichen Minimalkonsenses
46 ein, wie er im Grundgesetz rechtlich verfasst ist. Öffentliche, d.h. die Allgemeinheit re-
47 präsentierende Institutionen müssen aus unserer Sicht weltanschaulich neutral sein.

48 Im SPD-Bezirk Hannover existiert bereits ein AK Kirche und ein AK Tierschutz.

49 **Empfehlung der Antragskommission:**

50 *Ändere zu Beginn*

51 *„Der SPD-Unterbezirksparteitag Region Hannover möge beschließen...“*

52 *in*

53 *„Der SPD-Unterbezirksparteitag Region Hannover möge als Beschlussvorschlag für den*
54 *Bezirksparteitag beschließen und an den Bezirksparteitag weiterleiten:...“*

55

56 *Desweiteren wird der Antragstext ab Zeile 8 zum Begründungstext hinzugefügt und*
57 *Zeile 45 – 47des Begründungstextes gestrichen.*

58

1 **A 4 Organisationsstatut ändern – Doppelspitze in Gliederungen**
2 **ermöglichen**

3 *Antragssteller: SPD-Ortsverein Hannover-Mitte, OV Vahrenheide, ASF*

4 *Der SPD-Unterbezirksparteitag Region Hannover möge beschließen und an Bezirksparteitag und Bundesparteitag weiterleiten:*

6

7 Der SPD-Parteivorstand wird beauftragt, dem nächsten Bundesparteitag einen Vor-
8 schlag zur Änderung des Organisationsstatus zu unterbreiten, der es den Gliederungen
9 der Partei ermöglicht, nach Parteitags-/Mitgliederbeschluss zwei gleichberechtigte
10 Vorsitzende zu wählen.

11 Sofern sich Gliederungen für zwei gleichberechtigte Vorsitzende entscheiden, müssen
12 diese Vorsitzenden zwingend geschlechterquotiert gewählt werden.

13 *Begründung:*

14 Bisher ist es nach dem Organisationsstatut nicht möglich, zwei Vorsitzende zu wäh-
15 len. Dies soll den Gliederungen jedoch zukünftig freigestellt werden. Das gute Beispiel
16 einiger Juso-Gliederungen (z.B. Region Hannover) zeigt, dass die Doppelspitze ein
17 gangbarer Weg ist, um mehr Frauen in verantwortliche Positionen innerhalb der Partei
18 zu bringen. Gleichzeitig bedeutet es eine Entlastung für den/die Vorsitzende, wenn die
19 zahlreichen Aufgaben geteilt werden können.

20 **Empfehlung der Antragskommission:**

21 *ANNAHME*

1 **A 5 Keine Abstimmung über Empfehlungen der Antragskommis-**
2 **sion**

3 *Antragssteller: SPD-Ortsverein Hannover-Mitte*

4 *Der SPD-Unterbezirksparteitag Region Hannover möge beschließen und an den*
5 *Bezirksparteitag und Bundesparteitag weiterleiten:*

6

7 § 19 der Antragskommission wird ergänzt durch den Satz:

8 „Die Antragskommission gibt keine Empfehlungen über Annahme oder Ablehnung von
9 Anträgen ab. Stellungnahmen sind wie Begründungen zu werten.“

10 *Begründung:*

11 Es ist schlechte Tradition in unserer Partei, dass bei Parteitag i.d.R. nicht über den
12 eigentlichen Antrag, sondern über die „Empfehlung der Antragskommission“ abge-
13 stimmt wird. Dies führt zu der absurden Situation, dass bei der Empfehlung einer Ab-
14 lehnung der/die Antragsstellende bei der folgenden Abstimmung mit „Nein“ stimmen
15 muss, um anschließend über den eigentlich eingereichten Antrag abzustimmen.

16 Die Antragskommission wird dadurch zu oft als Mittel genutzt, um unliebsame Anträ-
17 ge abzuwehren. Mit dieser, einer demokratischen Partei unwürdigen, Methode muss
18 endlich Schluss sein!

19 **Empfehlung der Antragskommission:**

20 *Überweisung an die Strukturkommission. Bitte um verständliche Gestaltung des Ab-*
21 *stimmungsverfahrens auf dem UB-Parteitag.*

1 **A 6 Antrag Satzungsänderung des §9 der Satzung des UB**
2 **Region Hannover**

3 *Antragssteller: UBV*

4 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:*

5

6 In §9, 2 wird folgende Änderung vorgenommen:

7 Der Satz „Mit beratender Stimme gehören dem Unterbezirksvorstand an“
8 wird ersetzt durch „An den Sitzungen des Unterbezirksvorstandes nehmen
9 beratend teil“

10 *Begründung:*

11 Die Zahl der mit beratender Stimme teilnehmenden Mitgliedern ist
12 parteirechtlich begrenzt. Der UBV möchte aber an der Praxis festhalten, die
13 Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften sowie wichtige
14 BündnispartnerInnen als beratende Mitglieder zu den Sitzungen des UBV
15 einzuladen. Das ist durch die neue Formulierung weiterhin möglich.

16 **Empfehlung der Antragskommission:**

17 *ANNAHME*

18

1 **A 7 Antrag Satzungsänderung des §16 der Satzung des UB**
2 **Region Hannover**

3 *Antragsteller: UBV*

4 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:*

5

6 In §16, 2 wird folgende Änderung vorgenommen:

7 Der Absatz „Die Betriebsgruppenkonferenz wählt unter Berücksichtigung des
8 §9 Abs. 2 des Organisationsstatuts der SPD zehn stimmberechtigte Delegierte
9 für den Unterbezirksparteitag. Das Verfahren zur Wahl der Delegierten zum
10 Unterbezirksparteitag richtet sich nach den Grundsätzen des
11 Parteivorstandes.“

12 wird ersetzt durch

13 „Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen übernimmt die Vertretung
14 der Betriebsgruppen.“

15 *Begründung:*

16 Im Rahmen des letzten Unterbezirksparteitages haben wir eine Änderung der Satzung be-
17 schlossen, nach der die beim Unterbezirksvorstand eingerichteten Arbeitsgemeinschaften, Ar-
18beitskreise und Themenforen jeweils zwei stimmberechtigte Delegierte zum UB-Parteitag ent-
19senden können.

20 Diese Neuregelung steht im Konflikt mit §16, Abs.2, da die Anzahl der zugewählten Delegierten,
21 zu denen auch der Unterbezirksvorstand gehört, die Zahl 50 nicht überschreiten darf. Durch
22 die vorgeschlagene Satzungsänderung wird dieser Konflikt gelöst und die genannten Gruppen
23 können künftig jeweils zwei stimmberechtigte Delegierte entsenden

24 **Empfehlung der Antragskommission:**

25 *ANNAHME*

26

1 **A 8 Transparenz bei der Antragsumsetzung**

2

3 *Antragsteller: SPD Ortsverein Oststadt/Zoo*

4

5 **Der Unterbezirksvorstand wird beauftragt spätestens ein Jahr nach jedem Parteitag**
6 **einen Bericht über den Stand der Umsetzung aller Parteitagsanträge zu erstatten.**

7 **Dieser Bericht ist allen Parteitagsdelegierten und den jeweiligen Antragstellern**
8 **zugänglich zu machen.**

9

10 **Begründung:**

11 Es ist Delegierten und Antragstellern oft nicht möglich, den Bearbeitungsstand bzw.
12 die Umsetzung der Parteitagsanträge nachzuvollziehen. Im Sinne von Teilhabe und
13 Transparenz sollte das Ansinnen dieses Antrages eigentlich eine
14 Selbstverständlichkeit sein.

15

16 **Empfehlung der Antragskommission:**

17 *ANNAHME*

18

1 **A 9 Urwahl der KanzlerkandidatInnen der Zukunft**

2

3 *Antragsteller: SPD Ortsverein Oststadt/Zoo*

4

5 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:*

6

7 Die SPD nominiert in Zukunft parteiintern die KanzlerkandidatInnen zur
8 Bundestagswahl durch eine geheime Urwahl aller SPD-Mitglieder.

9

10 **Begründung:**

11 In der Vergangenheit wurden auf Bundesebene KanzlerkandidatInnen insbesondere
12 durch einen kleinen Kreis im Parteivorstand praktisch nominiert, später von den
13 zuständigen Parteigremien lediglich bestätigt, um den angehenden Kandidaten nicht
14 zu beschädigen.

15 Niedersachsen hat mit der parteiinternen Nominierung des Spitzenkandidaten zur
16 Landtagswahl 2013 den Grundstein für den späteren Wahlsieg gelegt

17

18 **Empfehlung der Antragskommission:**

19 *ANNAHME*

20

1 **A 10** **Transparenz bei der Arbeit der Antragskommission**

2

3 *Antragsteller: SPD Ortsverein Oststadt/Zoo*

4

5 Die Antragskommission jedes Unterbezirksparteitags wird beauftragt künftig bei
6 allen Entscheidungen mit dem Tenor „Erledigt durch...“ präzise anzugeben,
7 welche Passage in einem anderen, zur Zustimmung empfohlenen Antrag den
8 Erledigungsvermerk rechtfertigt.

9

10 **Begründung:**

11 In der Regel gibt es auf einem Parteitag eine ganze Reihe von Anträgen , die von der
12 Antragskommission unter Hinweis auf einen anderen Antrag als erledigt erklärt
13 werden. Dieser Hinweis bezieht sich insbesondere gerne auf die umfänglichen und
14 umfassenden Leitanträge. Um die Argumentation der Antragskommission
15 nachvollziehen zu können ist ein solcher Verweis auf die entsprechende Passage
16 erforderlich.

17

18 **Empfehlung der Antragskommission:**

19 *Überweisung an die Strukturkommission*

1 **A 11 Weiblichere, jüngere und buntere Aufstellung von Listen zu**
2 **Wahlen**

3

4 *Antragsteller: Jusos Region Hannover, ASF Region Hannover*

5

6 *Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen:*

7 Zur Kommunalwahl 2016 wird der UBV mit einer dafür eingesetzten Arbeitsgruppe
8 neben der Einhaltung der Geschlechterquote bei der Aufstellung der Wahllisten und
9 der Suche nach geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten den Blick der Ortsvereine
10 auf junge Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund lenken.

11

12 *Begründung:*

13 Es ist wichtig, dass auf allen Parteebenen darauf geachtet wird, bei der Aufstellung
14 von Listen zu Wahlen besonders junge Menschen und Frauen, aber auch Menschen mit
15 Migrationshintergrund zu unterstützen und sie auf ihre Aufgaben vorzubereiten. Die
16 Jusos und ASF sollten dabei miteinbezogen werden. Dies darf nie dem Selbstzweck zur
17 Erfüllung einer Quote dienen, sondern muss immer als Mittel zur Einbindung von mehr
18 Frauen gesehen werden. Auch eine gute Durchmischung beim Alter ist wichtig, um die
19 Interessen junger Menschen besser vertreten zu können und außerdem mehr von
20 ihnen dafür zu begeistern, sich selbst zu engagieren. An vielen Stellen klappt dies be-
21 reits gut, an anderen müssen wir alle gemeinsam daran arbeiten und dafür werben die
22 Partei jünger, weiblicher und bunter zu gestalten. Bei frei werdenden Mandaten sollte
23 darauf geachtet werden, diese zukunftsorientiert zu besetzen.

24 **Empfehlung der Antragskommission:**

25 *Annahme in der Fassung der Antragskommission mit folgenden Änderungen:*

26

27 *Ergänze in Zeile 7 nach Arbeitsgruppe „aus den Reihen des UBV“.*

28

1 **A 12 Antrag zur Änderung des Entwurfs „Mitmachen – Mitbe-**
2 **stimmen: Parteiarbeit der Zukunft“**
3 **der Strukturkommission zum UB-Parteitag 2015 mit mehreren**
4 **Änderungsvorschlägen**

5
6 *Antragsteller: SPD-Ortsverein Vahrenheide-Sahlkamp, OV Bothfeld*
7

8
9 **1. Änderungsvorschlag auf S. 1 zur Zielformulierung:**

10
11 Unser Ziel:

12 Die SPD als **DIE mitgliederstärkste, fortschrittlichste und aktivste**
13 **politische Kraft in der Region Hannover**

14
15 ***Begründung:***

16
17 Dass wir mitgliederstark, fortschrittlich und aktiv sind, wissen wir. Unser klar formu-
18 liertes Ziel sollte etwas sein, was wir in der Optimierung anstreben. Im Vergleich zu
19 anderen politischen Kräften in der Region Hannover wollen wir als traditionell stärkste
20 Kraft in der Region Hannover die SPD als stärkste Partei erhalten und nachhaltig stärke-
21 ren. Entsprechend sollte unser Ziel formuliert sein.

22
23 **2. Änderungsvorschlag auf S. 1, Abs. 2:**

24
25 **...zur attraktivsten Partei mitten in der Gesellschaft** zu machen – mit Platz für alle Ge-
26 nerationen, Männer und Frauen, vielfältige Berufsgruppen, **Menschen mit Migrations-**
27 **hintergrund**, Menschen unterschiedlicher Begabungen – und Menschen mit viel und
28 wenig Zeit!

29
30 ***Begründung:***

- 31
32 - Begründung zur Verwendung von „attraktiv“ im Superlativ siehe oben.
33 - „Mitte der Gesellschaft“ ist etwas konservativ bzw. leicht rechts konnotiert. Als
34 „fortschrittlichste“ und sozialdemokratische Partei sollten wir den Begriff ver-
35 meiden, um nicht missverstanden zu werden.
36 - Studierende und Auszubildende gehören zur benannten Gruppe der „vielfälti-
37 gen Berufsgruppen“, Menschen mit unterschiedlicher Herkunft oder kulturellem
38 Background sind dagegen nicht benannt worden. Daher sollten wir sie unbe-
39 dingt mit aufnehmen.

40
41 **3. Änderungsvorschlag auf S. 2, neuer Absatz nach Absatz 3:**

42
43 **Über die Wahlen hinaus muss sowohl die Authentizität der Partei als auch das Zugehörig-**
44 **keits- sowie Gemeinschaftsgefühl innerhalb der SPD auf besondere Weise gestärkt**
45 **werden: Die SPD ist nicht nur eine Partei, die während der Wahlperioden den Men-**
46 **schen zugewandt ist, sondern die SPD ist immer präsent und setzt sich zu allen Zeiten**

47 für das Gemeinwohl ein. Sie muss als politische Heimat aller begreifbar werden, die
48 sich zu den Grundwerten sozialdemokratischer Politik bekennen und diese leben. Das
49 muss zunehmend in den Strukturen deutlicher werden.

50

51 **Begründung:**

52

53 In den formulierten Leitlinien ist nur die Rede von Wahlen. Wahlen sind ohne Frage
54 sehr wichtig für unsere Partei, das will niemand in Abrede stellen. Aber in unserer Par-
55 tei sollte sich nicht alles nur um Wahlen drehen. Wir können keine Wahlen gewinnen,
56 wenn wir nur an den Wahlsieg denken. Stattdessen müssen wir dafür sorgen, dass wir
57 als SPD gute und offene politische Arbeit leisten, die sich noch tiefer als bisher in die
58 Gesellschaft verankern lässt. Wir müssen uns alle dafür einsetzen, auch innerhalb der
59 Partei eine Kultur zu leben, die die Menschen gerne zu uns kommen lässt und Vertrau-
60 en schafft. Schaffen wir das, so werden wir nicht nur noch mehr Mitglieder für uns ge-
61 winnen, sondern auch Wählerinnen und Wähler.

62

63 **4. Änderungsvorschlag auf S. 2, Punkt 2:**

64

65 **Fokus auf Themenarbeit –...**

66

67 **Begründung:**

68

69 Dass viele Sitzungen stattfinden, sollte nicht als Manko der Partei ausgelegt werden.
70 Das spricht eher für die Partei, weil sie gehalten werden, um für mehr Beteiligung an
71 der politischen Willensbildung zu sorgen. Als demokratische Partei sollten wir die Viel-
72 zahl der Sitzungen als Vorteil ansehen. Dennoch ist es wichtig, dass sich die Sitzungen
73 deutlich verstärkt auf Inhalte konzentrieren als auf Formalia.

74

75 **5. Änderungsvorschlag auf S. 4, erster Spiegelpunkt.**

76

77 Streichung von „Seine Aufgabe ist es neben den satzungsgemäßen Aufgaben, jährlich
78 mindestens 2 parteioffene Veranstaltungen mit einem thematischen Schwerpunkt ak-
79 tueller Themen der Bundes-, Landes- und Regionspolitik auszurichten“.

80

81 **Begründung:**

82

83 Der UBB ist als Kontrollgremium des UBVs nicht dafür zuständig, Themenveranstal-
84 tungen zu organisieren, sondern hat in der vorgeschriebenen Satzung andere Aufga-
85 ben, die er erfüllen muss. Diese Aufgabe fällt stattdessen in den Zuständigkeitsbereich
86 des UBVs, Stadtverbands, der Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften.

87

88

89 **Empfehlung der Antragskommission:**

90 *Annahme von Punkt 1-4, Ablehnung von Punkt 5*

1 A 13 Gemeinsam die Parteistrukturen reformieren

2

3 *Antragsteller: SPD-Ortsvereine Bothfeld, List-Nord, Hannover-Mitte und*
4 *Vahrenheide-Sahlkamp*

5

6 Der Unterbezirksvorstand wird aufgefordert, den Antrag „Mitmachen – Mitbestimmen: Parteiarbeit der Zukunft“ von der Abstimmung auf dem Unterbezirksparteitag
7 zurückzustellen und erst nach ausführlicher Beratung mit den Ortsvereinen und den
8 Arbeitsgemeinschaften im Unterbezirk erneut einzubringen. Eine Verabschiedung des
9 überarbeiteten Vorschlags kann gemeinsam durch Unterbezirksvorstand und Unterbe-
10 zirksbeirat erfolgen.
11

12

13 **Begründung:**

14

15 Das Papier der Strukturkommission im Unterbezirk, das im Wesentlichen Grundlage
16 des genannten Antrages ist, lag den Ortsvereinen erst eineinhalb Monate vor dem Un-
17 terbezirksparteitag zur Beratung vor. Eine intensive und den vorgeschlagenen Ände-
18 rungen in ihrer Reichweite adäquate Befassung mit dem Papier sowie eine Diskussion
19 des Papiers mit der Kommission, die es erarbeitet hat, waren hierdurch nicht möglich.

20

21 Die Ortsvereine hatten in vielen Fällen auch nicht die Gelegenheit, sich vorab in die Ar-
22 beit der Strukturkommission einzubringen, da die Einladungen zu den entsprechenden
23 Sitzungen eine nennenswerte Anzahl an Ortsvereinen nicht erreicht haben. Diese wa-
24 ren somit von der Teilnahme ausgeschlossen.

25

26 Die antragstellenden Ortsvereine unterstützen durchaus eine Reihe der in dem Papier
27 erarbeiteten Vorschläge, halten jedoch an vielen Stellen Ergänzungen und Konkretisie-
28 rungen für notwendig.

29 Der Antrag ist daher zurückzuziehen und erst nach intensiver Beratung mit den Orts-
30 vereinen und den Arbeitsgemeinschaften im Unterbezirk wieder zur Entscheidung vor-
31 zulegen. Die Verabschiedung des überarbeiteten Papiers soll durch den neu gewählten
32 Unterbezirksvorstand und Unterbezirksbeirat erfolgen.

33

34 **Empfehlung der Antragskommission:**

35 *Ablehnung*

A 14 Wahlkampfanalysen 2013 und 2014

Antragsteller: SPD-Ortsvereine Hannover-Mitte, OV Bothfeld und Vahrenheide-Sahlkamp

Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen:

Der Unterbezirksvorstand wird beauftragt, eine parteioffene Diskussion sowie kritische Analyse unter Einbindung aller Ortsvereine zu den Wahlkämpfen in den Jahren 2013 und 2014 durchzuführen.

Begründung:

Die Jahre 2013 und 2014 sind wahlkampfreiche Jahre für die SPD gewesen.

Januar 2013 gewannen wir mit einer knappen rot-grünen Mehrheit die Landtagswahlen und haben es geschafft, Stephan Weil als neuen Ministerpräsidenten für Niedersachsen aufzustellen. Schließlich erfolgten im September die Bundestagswahlen, die für alle vier unserer Bundestagsabgeordneten relativ gut verliefen, bundesweit hingegen haben wir vergleichsweise ein sehr schlechtes Ergebnis erzielt. Nach der Wahl gab es eine große Diskussion über die Eingehung der Großen Koalition, wozu ein parteiinterner Mitgliederentscheid durchgeführt wurde.

Im Jahr 2014 gab es neben der Wahl zum Europäischen Parlament und zahlreichen BürgermeisterInnenwahlen in den Umlandkommunen auch die Wahl des Hauptverwaltungsbeamten der Region Hannover (Regionspräsident). Mit einer knappen Mehrheit von 50,9 % zu 49,1% konnte sich unser Kandidat Hauke Jagau in der Stichwahl durchsetzen.

Hinsichtlich des Wahlkampfs zum Regionspräsidenten wurden die einzelnen Ortsvereine von den handelnden Organen des Unterbezirks befragt. Es fand aber keine weitere Rückkopplung zu den Ortsvereinen statt.

Die Partei muss ihre Arbeit im Unterbezirk Region Hannover ausbauen, um die vorhandenen Errungenschaften zu sichern und um neue Ziele zu erreichen. Dieses betrifft alle Gliederungen der Partei. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir nur gemeinsam stark sind.

Primär müssen daher für die kommende Wahlkämpfe Optimierungspotenziale herausgefiltert werden, um diese vor den kommenden Wahlen rechtzeitig umzusetzen. Themenschwerpunkte müssen dabei insbesondere die Finanzierung, die Verteilung der Materialien und die Informationsweitergabe sein.

Nur ein koordiniertes Handeln wird uns weitere Wahlerfolge ermöglichen. Dafür ist es notwendig, das Vergangene zu analysieren, um daraus Lehren für die Zukunft zu ziehen.

48 **Empfehlung der Antragskommission:**

49 *Annahme in der Fassung der Antragskommission:*

50 *Der Unterbezirksvorstand wird beauftragt, gemeinsam mit den Ortsvereinen bei der*
51 *Vorbereitung zur Kommunalwahl und den Folgewahlkämpfen*

- 52 - *die Anregungen und praktischen Hinweise aus den Anträgen A1 und A2 zu auf-*
53 *zunehmen und*
54 - *kritische Erkenntnisse aus den Wahlen/Wahlkämpfen 2013/2014 zu berücksich-*
55 *tigen.*

56

1 **A 15 Wurzeln der Sozialdemokratie bewahren - klare Kante ge-**
2 **gen Radikalnationalismus und rechtes Gedankengut zeigen**

3

4 *AntragsstellerInnen: Jusos Region Hannover*

5

6 Der Unterbezirksparteitag der SPD Hannover möge beschließen:

7 Die SPD Region Hannover steht entschlossen im Kampf gegen rechtsradikale Gruppie-
8 rungen und Ideologien.

9 Wir sehen uns in der Tradition der Genossinnen und Genossen, die im Kampf gegen
10 den Faschismus ihre Gesundheit riskiert haben und ihr Leben verloren haben. Im Ge-
11 denken an diese Genossinnen und Genossen tragen wir den Kampf weiter.

12 Die sozialdemokratische Bewegung ist eine Bewegung für die Emanzipierung aller
13 Menschen. Wir machen keinen Unterschied welche Herkunft, welches Geschlecht, wel-
14 che Religion, welche sexuelle Identität ein Mensch hat.

15 Wir stehen solidarisch an der Seite der Menschen, die unterdrückt werden - egal wo.
16 Immer noch sind viele Mitglieder der weltweiten sozialistischen Bewegung in ihren
17 Heimatländern von Tod und Unterdrückung bedroht. Wir kämpfen deshalb gegen Fa-
18 schismus - egal wo.

19 Wir erwarten von unseren FunktionärInnen, sich klar und deutlich von rechtsradikalen
20 Gruppierungen und Ideologien abzugrenzen. Sollten sie sich nicht in der Lage sehen
21 dies zu tun, dürfen sie keine Verantwortung in Funktion übernehmen.

22 Wir bekennen uns zum Kampf gegen den Faschismus, Nationalismus und Rechtsradi-
23 kalismus. Wir werden weiterhin uns Faschismus, Nationalismus und Rechtsradikalis-
24 mus entgegenstellen. Wir rufen alle Mitglieder der sozialdemokratischen Partei
25 Deutschlands auf sich uns anzuschließen.

26

27 **Empfehlung der Antragskommission:**

28 *Votum erfolgt auf dem Parteitag*

29

1 **A 16 Wahl zu LPT, BezPT und BPT Delegationen**

2

3 *AntragstellerInnen: Jusos Region Hannover*

4

5 *Weiterleitung: Bezirks- und Landesparteitag*

6

7 **Antragstext:**

8

9 Bei den Wahlen der Delegationen zum Landes-, Bezirks-, Bundesparteitag sowie der
10 entsprechenden Parteiräten ist darauf zu achten, dass MdL's, MdB's, MdEP's sowie auf
11 diesen Ebenen hauptamtlich Beschäftigte diesen nicht angehören.

12

13 **Begründung:**

14

15 Parteitage dienen der Kontrolle der jeweiligen Vorstände und Parlamentarischen
16 Gremien außerdem sollen Parteitage diesen Eckpunkte für ihre zukünftige Arbeit mit
17 auf den Weg geben und Richtungsentscheidungen treffen. MdL's, MdB's, MdEP's und
18 hauptamtlich Beschäftigte sind ein Teil der Mitgliedschaft, stehen aber in einem
19 besonderen Verhältnis zur Partei. Daneben werden gerade die entsprechenden MdL's,
20 MdB's und MdEP's zu den Parteitagen grundsätzlich eingeladen und ihnen wird auch
21 problemlos das Rederecht erteilt.

22

23

24 **Empfehlung der Antragskommission:**

25 *Votum erfolgt auf dem Parteitag*

26

27

1 **A 17 Reihung bei Vorstellung von KandidatInnen**

2

3 *AntragstellerInnen: Jusos Region Hannover*

4

5

6 **Antragstext:**

7

8 Die Geschäftsordnungen auf den Parteitag werden um folgenden Punkt ergänzt:

9

10 Gibt es für Vorstandsposten mehrere BewerberInnen und/oder gibt es mehr als 10
11 Posten zu

12 vergeben, so erfolgt die Vorstellung der BewerberInnen nicht in alphabetischer
13 Reihenfolge sondern in einer unmittelbar nach Bewerbungsschluss ausgelosten
14 Reihenfolge. Diese wird
15 den Delegierten vor Beginn der Vorstellungsrunde bekanntgegeben.

16

17 **Begründung:**

18

19 Erfolgt mündlich.

20

21

22 **Empfehlung der Antragskommission:**

23 *Votum erfolgt auf dem Parteitag*

24

1 B 1 Verfahrensrichtlinien für relevante Entscheidungsprozesse

2 *Antragssteller: SPD-Ortsverein List-Süd*

3 Der UB - Parteitag fordert die SPD – Regionsfraktion auf, sich Regeln für die Durchfüh-
4 rung und den Ablauf von Entscheidungsprozessen von größerer politischer Relevanz zu
5 geben und – soweit sie allgemeingültigen Charakter haben – einen entsprechenden
6 Beschlußantrag in die Regionsversammlung einzubringen.

7 Der UB – Parteitag empfiehlt, die in der Begründung aufgeführten Punkte dabei zu be-
8 rücksichtigen.

9 *Begründung:*

10 Die Akzeptanz und damit die Wirksamkeit und die Nachhaltigkeit von Entscheidungen
11 größerer Tragweite mit nachteiligen Auswirkungen für einen Teil der Bürger/-innen
12 (bei größeren Veränderungen gibt es naturgemäß immer „Gewinner“ und „Verlierer“)
13 hängt ganz maßgeblich von der Qualität des Entscheidungsprozesses ab. Die Akzep-
14 tanz von Problemlösungen und das Vertrauen in die einzelnen politischen Parteien
15 hängen genauso davon ab. Vertrauen, Gerechtigkeit und Fairness sind das wichtigste
16 Kapital einer politischen Partei.

17 Dabei kommen - unabhängig von der jeweiligen politischen Position - neben

18 • der inhaltlich / fachlichen Qualität der Entscheidungsvorbereitung (sind die Fak-
19 ten korrekt, ist die Argumentation plausibel und in sich schlüssig, ist der Be-
20 schluß rechtssicher, stimmen die Zahlen und sind sie ausreichend, etc. ?)

21 gerade auch

- 22 • der Transparenz des Verfahrens,
- 23 • der Beteiligung und dem fairen Umgang mit den unmittelbar und der mittelbar
24 Betroffenen in einem definierten und strukturierten Verfahren
- 25 • und der sachgerechten Information der Öffentlichkeit besondere Bedeutung zu.

26 Insbesondere sind grundsätzlich:

- 27 ○ Alternativen zu entwickeln und nach gleichem Verfahren zu bewerten,
- 28 ○ zu prüfen, wie in vergleichbaren Städten/Regionen verfahren wird,
- 29 ○ Sach- und Zeitwänge in prüffähiger Form darzulegen,
- 30 ○ mögliche nichtintendierte Nebenfolgen in anderen Politikfeldern sind zu
31 analysieren und ebenfalls darzulegen,
- 32 ○ eine detaillierte Zeitschiene des Beteiligungs- und Informationsprozesses ist
33 vorzulegen mit Angabe der wesentlichen Einwendungen und der Kommen-
34 tierung dazu,
- 35 ○ öffentliche Anhörungen bei besonders komplexen und kontroversen Ent-
36 scheidungen durchzuführen

37

38 *Zur Klarstellung:*

- 39
- 40
- 41
- 42
- 43
- 44
- 45
- 46
- 47
- 48
- 49
- 50
- 51
- 52
- 53
- Es gibt aufgrund diesen Antrages keine Veranlassung eine Pauschalkritik am Prozessmanagement der Regionsverwaltung oder der Regionsfraktion zu vermuten. Die Organisation von Beteiligungsprozessen. ist und bleibt ein schwieriges Geschäft, man kann nicht alles vorher erahnen, was auf der Reise passiert, und man kann es nicht jedem recht machen, aber es gibt aus unterschiedlichen Fällen Hinweise, dass man es besser machen sollte und wo es noch Verbesserungspotentiale gibt. Durch die vielen gut gelaufenen und die wenigen weniger gut gelaufenen Beteiligungsprozesse sind inzwischen genügend Erfahrungen gesammelt worden, daß es Sinn macht Spielregeln zu formalisieren.
 - Mit dem Antrag soll mehr Verfahrenssicherheit gegeben werden und das Vertrauen der Bevölkerung in faire Verfahren und damit in die Politik und in erster Linie in die SPD gestärkt werden.
 - Durch Standardisierung soll und kann der Prozeßaufwand durch Vermeidung ständigen Nacharbeitens verbessert und können Prozesse schneller durchgeführt werden.

54 Standardisierungen im Prozessablauf und zur Herstellung von Verbindlichkeit und Verlässlichkeit bei der Einhaltung gesellschaftlich konsensualler „Spielregeln“ sind in weiten Teilen unseres gesellschaftlichen Lebens notwendigerweise normiert und akzeptiert.

58 Das gilt für das kommunale Satzungsrecht und weite Teile des öffentlichen Recht ebenso wie in einer gewissen Analogie in großen privaten Unternehmen. Gerade nach großen Skandalen haben sich die börsennotierten Aktiengesellschaften aus Sorge um ihr öffentliches Renommee und zur Wiederherstellung verlorengegangenen Vertrauens den Deutschen Corporate Governance Kodex als selbstverpflichtende „Spielregeln für eine gute Unternehmensführung“ gegeben.

64 Auch wenn dies nicht freiwillig war und der Unterstützung des Bundesgesetzgebers durch diverse Gesetze und massiven Druck bedurfte, sind die großen Unternehmen im Umgang mit Ihrer zahlenmäßig kleineren Klientel partiell bereits weiter als wir im Umgang mit unserer zahlenmäßig größeren Klientel einer Arbeitnehmer- und Volkspartei.

68 Bei unglücklich gelaufenen Beteiligungsprozessen gibt es immer die schöne Erklärung, die eine gewisse Berechtigung hat: „egal wie man es macht, ob man frühzeitig informiert oder nicht, es ist immer falsch und hinterher weiß man es immer besser und jedem kann man es sowieso nicht recht machen“. Dieses Argument ruft geradezu nach definierten Spielregeln, die dann auch besser vor Kritik am Verfahren (ganz wird man es nie vermeiden können) schützt, vor unnötigen Verfahrensverschleppungen wegen Verfahrensmängeln und unnützen Rechtsstreitigkeiten.

75 Mangelndes Vertrauen in die Politik wirkt sich schleichend und langfristig bei den Wahlen aus und wirkt nachhaltig. Einzelne schiefgelaufene Prozesse treffen im Regelfall nur begrenzte Teile der Bevölkerung und schlagen nicht sofort bei der nächsten Wahl durch - soweit reicht die Solidarität des überwiegenden Teils der Nichtbetroffenen nicht, aber Kenntnisaufnahme von der Trickserie, der unfairen Behandlung, der Kungelerei oder gar offenen Lügen speichert sich in den Köpfen. Der aufgeklärte, mündige,

81 gut informierte, gebildete Bürger (DEM GROßEN ERFOLG DER DEUTSCHEN SOZIALDE-
82 MOKRATIE) lässt sich das nicht mehr gefallen.

83 Es steht uns als SPD weiterhin gut an, Spitzenreiter bei dieser Entwicklung zu sein. Wir
84 haben uns den Bürgern/innen verpflichtet eine beteiligungsorientierte, transparente
85 Politik zu machen und „ die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen“.

86 Es macht Sinn, in diesem Kontext auch die Qualität der inhaltlich/fachlichen Vorberei-
87 tung, als der ersten Stufe eines Entscheidungsprozesses, zu überprüfen. Auch hier kön-
88 nen weitere Standardisierungen hilfreich sein, Aufwand reduzieren, Ergebnis- und Pro-
89 zesssicherheit verbessern und Vertrauen schaffen.

90 **Empfehlung der Antragskommission:**

91 *Annahme*

1 **B 2 Abschaffung des Gotteslästerungsparagrafen**

2 *Antragssteller: SPD Ortsverein Hannover-Mitte*

3 *Der SPD UB-Parteitag Region Hannover möge beschließen und an die höheren*
4 *Gremien weiterleiten:*

5 § 166 StGB (Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltan-
6 schauungsvereinigungen), der sogenannte "Gotteslästerungsparagraph" wird abge-
7 schafft.

8 *Begründung:*

9 Der sogenannte Gotteslästerungsparagraph wurde durch die Willy Brandt-Regierung
10 im Jahre 1969 liberalisiert. Durch diese Gesetzesänderung wurde Satire an Religions-
11 gemeinschaften ermöglicht und strafbefreit. Eine Kritik an jedweder Religion und ihrer
12 Institutionen muss aus der Demokratietheorie heraus möglich sein. Daher war diese
13 Liberalisierung nötig und richtig. Seitdem ist dieser Paragraph jedoch immer noch,
14 wenn auch nur symbolisch in unserem Strafgesetzbuch enthalten. Der Anschlag auf
15 das Satire-Magazin "Charlie Hebdo" Anfang Januar hat die Diskussion um diesen Para-
16 graphen jedoch wieder auf das Tableau geholt.

17 Die Abschaffung des Paragraphen 166 StGB ist zwar nur ein symbolischer Akt, hat aber
18 hohe Tragweite, zumal viele Menschen nicht einmal wissen, dass solch ein Paragraph
19 überhaupt noch existiert. Dies kann einen Beitrag zum friedlichen Miteinander der Re-
20 ligionsgemeinschaften und nicht-religiöser Gruppen leisten. Außerdem wird eine Ein-
21 schränkung in der Meinungsfreiheit abgebaut.

22 **Empfehlung der Antragskommission:**

23 *Weiterleitung an die inhaltlich involvierten SPD-Arbeitsgemeinschaften mit der Bitte*
24 *um Stellungnahme*

1 **B 3 Wahlrecht auf kommunaler Ebene für Nicht-EU-BürgerInnen**
2 **(aktiv und passiv nach zeitlicher Frist)**

3 *Antragssteller: SPD-Ortsverein Hannover-Mitte*

4 Die SPD möge beschließen und an den Unterbezirksparteitag Region Hannover, Bezirk-
5 sparteitag, Landesparteitag und Bundesparteitag, sowie an die Landtagsfraktion Nie-
6 dersachsen und die Bundestagsfraktion als Material und zur Umsetzung weiterleiten:

- 7 - Änderung des Wahlrechts auf kommunaler Ebene – Einführung des aktiven und
8 passiven Wahlrechts für Nicht-EU-BürgerInnen, nach Maßgabe der gesetzlichen
9 Bestimmungen, die bereits für EU-BürgerInnen gelten.

10 *Begründung:*

11 Erfolgt mündlich.

12 **Empfehlung der Antragskommission:**

13 *Weiterleitung an die Landtagsfraktion*

1 B 4 Dezentralisierung der Entscheidungsstrukturen in der Lan- 2 deshauptstadt Hannover

3 *Antragssteller: SPD-Ortsverein List-Süd*

4 Der SPD Ortsverein List-Süd fordert eine Dezentralisierung der Entscheidungsstruktu-
5 ren in der Landeshauptstadt Hannover. Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips sollen alle
6 Aufgaben von der untersten möglichen Ebene wahrgenommen werden. In vielen Fra-
7 gen der Kommunalpolitik wie z. B. Kindertagesstätten, (Stadtteil-) Kultur, Verkehr,
8 Straßen und Plätze oder beim Betrieb der Bürgerämter sollte die Federführung oder
9 zumindest ein wesentlicher Gestaltungsanteil bei den Bezirksräten liegen. Die Stadt-
10 ebene hätte nach diesem Konzept künftig insbesondere eine lenkende, (soziale) aus-
11 gleichende und moderierende Funktion für die Gesamtstadt.

12 Die Landeshauptstadt Hannover soll die Bezirksräte in einem Stufenplan in die Lage
13 versetzen, ihre neuen Aufgaben zu erfüllen. Dazu gehören neben der klaren Abgren-
14 zung der Aufgaben zwischen den Ebenen eine angemessene finanzielle und personelle
15 Ausstattung. Eine Direktwahl der Stadtbezirksbürgermeisterinnen und -meister ist an-
16 zustreben.

17 Die Vorteile der Dezentralisierung liegen auf der Hand:

- 18 • Durch mehr Bürgernähe kann die Politik- bzw. Parteienverdrossenheit abgebaut
19 werden,
- 20 • in Entscheidungsprozesse können mehr Bürgerinnen und Bürger eingebunden
21 werden,
- 22 • Entscheidungen werden transparenter und bürgernäher
- 23 • durch Entscheidungen an der untersten möglichen Ebene kann der örtliche
24 Sachverstand ohne Hindernisse eingebunden und genutzt werden

25 Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag wird aufgefordert, die hierfür gegebene-
26 nenfalls notwendige Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes
27 (NKomVG) einzuleiten.

28 *Weiterleiten an:*

- 29 • SPD-Stadtverbandsparteitag Hannover
- 30 • SPD-UB-Parteitag Region Hannover
- 31 • SPD-Bezirksparteitag Hannover
- 32 • SPD-Landesparteitag Niedersachsen
- 33 • SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen

34

35 *Begründung:*

36 2005 kündigte der SPD-Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters der Landes-
37 hauptstadt Hannover, Stephan Weil an, er wolle die Bezirksräte stärken. Diese Initiative
38 ist in den vergangenen Jahren leider nicht voran gekommen. In den kommenden zehn

39 Jahren soll mit einem Stufenplan die Dezentralisierung in allen Bereichen, in denen sie
40 sinnvoll und zielführend ist, vorangetrieben werden.

41 **Empfehlung der Antragskommission:**

42 *Weiterleitung an den Stadtverbandsparteitag*

1 B 5 Wahlsystem demokratisieren – ungerechte Mandatsvergabe 2 bei Direktwahlen verhindern!

3 *Antragssteller: SPD-Ortsverein Hannover-Mitte*

4 *Der SPD Unterbezirksparteitag Region Hannover möge beschließen und an den Bezirk-*
5 *sparteitag, Landesparteitag und Bundesparteitag, sowie an die Landtagsfraktion Nie-*
6 *dersachsen und die Bundestagsfraktion als Material weiterleiten:*

7 Die SPD strebt eine Debatte über eine Änderung des Wahlrechts für Direktmandate auf
8 Landes- und Bundesebene an, ebenso bei Direktwahlen für (Ober-)BürgermeisterInnen
9 und LandrätInnen. Dabei soll zukünftig für den/die WählerIn die Möglichkeit bestehen,
10 nicht nur eine Person anzukreuzen, sondern eine Rangfolge auf der Liste der Kandida-
11 tInnen abzugeben. Dieses System der übertragbaren Einzelstimmgebung (Präfe-
12 renzwahlsystem) kann verhindern, dass in Zukunft DirektkandidatInnen mit weniger
13 als 25% der abgegebenen Stimmen gewählt werden.

14 Es ist zu prüfen, ob ein solches „Präferenzwahlsystem“ testweise auf kommunaler Ebe-
15 ne eingeführt werden kann. Dies ist mit einer umfassenden Informationskampagne für
16 die WählerInnen zu unterstützen.

17 *Begründung:*

18 Ein bekanntes Problem bei der Wahl der Direktmandate: SPD, CDU, Grüne, Linke und
19 sonstige Parteien konkurrieren um einen Sitz. Bislang wird der/diejenige gewählt,
20 der/die die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Das wird insbesondere für die Sozial-
21 demokratie und WählerInnen links der Mitte zum Problem, da sich deren Stimmen
22 i.d.R. auf mdt. 3 Parteien aufteilen. So kommt es vor, dass Direktkandidat/innen mit
23 nur 24% (siehe Landtagswahl in Sachsen) gewählt werden. Das bedeutet im Umkehr-
24 schluss, dass über $\frac{1}{4}$ der Stimmen ersatzlos wegfallen.

25 Das in englischsprachigen Ländern oft bei Kommunalwahlen und – etwa in Irland und
26 Australien – auch auf Staatsebene angewandte „Single transferable vote (STV)“-
27 System versucht diese Ungerechtigkeit zu umgehen, in dem der/die WählerIn nicht nur
28 eine Stimme hat, sondern eine Rangfolge bei den Kandidierenden abgibt.

29 Bei der übertragbaren Einzelstimmgebung wird von jedem/jeder WählerIn eine Rang-
30 folge aller (oder auch nur einiger) KandidatInnen erstellt. Nach unterschiedlichen Re-
31 chenverfahren wird aus zu vergebenden Sitzen/Ämtern und abgegebenen Stimmen
32 eine Stimmzahl errechnet, die zur Wahl nötig ist. Nun werden die Wahlzettel gemäß
33 den angegebenen Präferenzen abgearbeitet. Ist ein Kandidat bereits gewählt, kommt
34 diese Stimme dem nächsten Kandidaten auf der persönlichen Rangliste des Wählers
35 zugute.

36 Genauso werden im folgenden Schritt auch die Stimmen für nichtgewählte Kandida-
37 tInnen nun auf der Rangliste nach oben transferiert. Der/die KandidatIn mit insgesamt
38 am wenigsten Stimmen wird von allen Listen gestrichen, die Stimme bekommt statt-
39 dessen der/dier Kandidat/in, der/die über ihm/ihr auf der Liste steht. So werden so-

40 wohl überschüssige Stimmen als auch Stimmen für nichtgewählte KandidatInnen auf
41 die anderen KandidatInnen übertragen, bis das Amt besetzt ist.

42 **Empfehlung der Antragskommission:**

43 *Weiterleitung als Material mit Änderungen an Bezirks- und Landespartei-*
44 *tag sowie Landtagsfraktion in Niedersachsen mit der Bitte um Stellung-*
45 *nahme*

46

1 **B 6 Rassebegriff streichen – Grundgesetz auffrischen!**

2 *Antragssteller: SPD- Ortsverein Döhren-Wülfel*

3 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:*

- 4 1) Streichen des Begriffs „Rasse“ aus Artikel 3, Absatz 3 GG und Ersetzen durch den
- 5 Begriff „ethnische Zugehörigkeit“,
- 6 2) Neuaufnahme des Begriffs „sexuelle Identität“ in Artikel 3, Absatz 3 GG und
- 7 3) Überweisung des Antrags an Bezirksparteitag, Landesparteitag, Bundespartei-
- 8 tag, Bundestagsfraktion.

9 *Begründung:*

10 Nach über 65-jähriger Erfolgsgeschichte muss man bei einem näheren Blick in unser
11 Grundgesetz feststellen, dass im Artikel 3 – dem Gleichheitsgrundsatz – der irritierende
12 Begriff „Rasse“ aufgeführt ist. Diese Tatsache könnte den Rückschluss zulassen, dass es
13 verschiedene Menschenrassen geben könnte.

14 Die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes waren sicherlich nicht von dieser An-
15 nahme und Überlegung geleitet, sondern eher von den wirren Vorstellungen der dama-
16 ligen Zeit geprägt. Ein Biologe jedenfalls würde heute nicht mehr eine Einteilung der
17 Menschen in Rassen vornehmen, sondern eher von Ethnien bzw. ethnischer Zugehörig-
18 keit sprechen.

19 Um dieses Missverständnis ein für alle Mal aufzulösen und um – im schlimmsten Fall –
20 den Feinden unseres Grundgesetzes nicht noch den Beweis für ihre menschenverach-
21 tende Rassenideologie zu liefern, sollte der Begriff „Rasse“ aus dem Grundgesetz ge-
22 strichen und durch den Begriff „ethnische Zugehörigkeit“ ersetzt werden.

23 Darüber hinaus soll der Begriff „sexuelle Identität“ neu in Artikel 3 aufgenommen wer-
24 den. Zum einen aus historischen Gründen, da während der Zeit des Nationalsozialis-
25 mus insbesondere auch homosexuelle Menschen nur aufgrund ihrer sexuellen Identität
26 verfolgt und ermordet worden sind, weil sie für die „Volksgemeinschaft“ vermeint-
27 lich nutzlos waren und keinen Wert hatten.

28 Zum anderen aus aktuellen Zusammenhängen heraus, da es in der Welt immer noch
29 genügend Staaten wie z.B. Russland, Slowakei u. a. gibt, die homosexuellen Menschen
30 die gleichen Rechte absprechen, ihre Lebensweise unter Strafe stellen und es immer
31 noch zu Ermordungen kommt.

32 Von der Bundesrepublik Deutschland muss hier ganz klar das Signal ausgehen, dass
33 homosexuelle Menschen nicht aufgrund ihrer sexuellen Identität benachteiligt werden
34 und sie stattdessen vollwertig und gleichberechtigt mitten in unserer Gesellschaft le-
35 ben können.

36 **Empfehlung der Antragskommission:**

37 *Weiterleitung an den UBV mit der Bitte um inhaltliche Debatte*

1 **B 7 Antrag zur politischen Offenheit**

2

3 *Antragsteller: OV Oststadt/Zoo*

4

5 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den Bundesvorstand weiterleiten:*

6

7 Die SPD schließt auch vor dem Hintergrund bevorstehender Wahlen Koalitionen mit
8 demokratischen Parteien nicht von vornherein aus. Maßgeblich für Koalitionsbildun-
9 gen nach Wahlen sind ausschließlich die politisch-inhaltlichen Schnittmengen.

10

11 **Begründung:**

12 Über viele Jahre hinweg hat sich die SPD insbesondere auf Bundesebene dadurch selbst
13 Schwierigkeiten bereitet, dass sie bereits vor Wahlen von vornherein bestimmte Koali-
14 tionskonstellationen ausgeschlossen hat, die teilweise die einzige realistische Möglich-
15 keit dargestellt hatten, wesentliche eigene politische Inhalte durchzusetzen (Mindest-
16 lohn, Mietpreisbremse, Vermögensteuer, Anhebung des Spitzensteuersatzes, am Frie-
17 den orientierte Außenpolitik) und den Bundeskanzler stellen zu können. Hunderttau-
18 sende Sympathisanten der SPD sind 2009 und 2013 nicht zur Wahl gegangen, weil auf-
19 grund dieser Ausschließeritis ein Wahlsieg der SPD von vornherein ausgeschlossen er-
20 schien.

21 In Zukunft sollten Koalitionsoptionen erst nach der Wahl ausgelotet und ggf. verwor-
22 fen werden, orientiert ausschließlich an politischen Schnittmengen mit potentiellen
23 Koalitionspartnern, nicht getrieben von Angst vor einer vermeintlichen medialen Öff-
24 fentlichkeit.

25

26 **Empfehlung der Antragskommission:**

27 *Erledigt durch Beschluss des Bundesparteitages*

1 B 8 Stärkung des Asylrechts in Deutschland

2

3 *Antragsteller: SPD Ortsverein Oststadt/Zoo*

4

5 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag sowie an die*

6 *Bundestagsfraktion weiterleiten:*

7

8 Das im Grundgesetz verankerte Grundrecht auf Asyl muss wieder tatsächlich mit Inhalt
9 gefüllt werden. Dazu gehören, dass

10 1. bei Gefährdung der Menschenrechtssituation in den Heimatländern ein konsequen-
11 ter Abschiebestopp in den jeweiligen Staat erlassen wird,

12 2. ein Anspruch auf vollen gesetzlicher Krankenversicherungsschutz für alle sich in
13 Deutschland aufhaltenden Menschen, für die gerade ein Asylverfahren läuft besteht,

14 3. eine vollständige Aufhebung des Beschäftigungsverbotes für AsylbewerberInnen
15 vorgenommen wird

16 4. eine Verlängerung aller Rechtsmittelfristen nach dem Asylverfahrensgesetz auf zu-
17 mindest einen Monat erlassen wird

18 5. europaweite Regelungen getroffen werden, die bei politischer Verfolgung eine Ab-
19 schiebung ins Heimatland effektiv verhindern und die auf dem Gedanken der Solidari-
20 tät basierend eine Verteilung der Aufnahme von asylberechtigten Menschen regeln,

21 6. ein Anspruch auf Teilnahme an Integrationskursen besteht.

22 7. Schulkinder mit Essens- und Lerngeldern ausgestattet werden

23 8. Jedem/r AsylbewerberIn ein/e staatlich geprüfte Dolmetscher/in für Behördengänge
24 zusteht

25 9. die Fahrtkosten für Sprachlernkurse vollständig erstattet werden

26

27 **Begründung:**

28 Zwischen 1933 und 1945 haben Hunderttausende von in Deutschland beheimateten
29 Menschen ihr Leben nur dadurch retten können, dass es ca. 80 andere Staaten gegeben
30 hatte, die bereit waren diese Menschen zu Schutz vor politischer Verfolgung aufzu-
31 nehmen und ihnen damit Schutz zu gewähren, insbesondere auch europäische Nach-
32 barn wie die damalige Tschechoslowakei und England.

33 Als Reaktion auf diese Erfahrung wurde im Grundgesetz das Asylrecht in Art. 16 Abs. 2
34 Satz 2 GG verankert, das der Ewigkeitsgarantie des Art. 79 Abs. 3 GG unterliegt und bis

35 1993 für alle politischen Verfolgten gegolten hatte. Mit dem Asylkompromiss von 1993
36 wurde das Grundgesetz im Rahmen der sogenannten Drittstaatenregelung dahinge-
37 hend geändert, dass eine Rückführung in „sichere Drittstaaten“ ermöglicht wird, wenn
38 die AntragstellerInnen aus solchen Staaten eingereist waren. Zu diesen sicheren Dritt-
39 staaten werden nach § 26a Asylverfahrensgesetz derzeit auch Staaten wie Ungarn oder
40 Bulgarien gerechnet, deren eigener Umgang mit Minderheiten im eigenen Land seit
41 Jahren hochproblematisch ist und bei denen der rechtsstaatliche Schutz vor Abschie-
42 bung ins Heimatland trotz politischer Verfolgung nicht sichergestellt ist.

43 Im Rahmen der zum 2013 in Kraft getretenen Regelungen des europaweiten Dublin

44 III_Abkommens wurde auf Druck Deutschlands eine europaweite Solidaritätsregelung
45 zur Aufnahme politisch verfolgter Menschen verhindert, die sich an der Bevölkerungs-
46 zahl und der Wirtschaftskraft orientiert.

47

48 Dieser Antrag richtet sich gegen die Diskriminierung von AsylbewerberInnen und strebt
49 ein menschenwürdiges Miteinander an.

50

51

52 **Empfehlung der Antragskommission:**

53 *Votum erfolgt auf dem Parteitag*

1 B 9 Antrag zur Wiederbelebung der Vermögensteuer

2

3 *Antragsteller: SPD Ortsverein Oststadt/Zoo*

4

5 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:*

6

7 Aus Gerechtigkeitsgründen und zur Stabilisierung der Staatsfinanzen wird die Vermögensteuer nach dem Vermögensteuergesetz (VStG) wiederbelebt. Vermögen oberhalb
8 eines Freibetrages von 1 Million € wird wieder mit 1 % pro Jahr besteuert werden.
9 Grundlage der Berechnung der Steuer sind die Grundsätze, die das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss vom 22.06.1995 (2 BvL 37/91) aufgestellt hat.
10
11

12

13 **Begründung:**

14 Die Vermögensteuer - einst von Theo Waigel (CSU) als unabdingbare Gerechtigkeitssteuer bezeichnet - setzt den Gerechtigkeitsgedanken um und ist als einzige Maßnahme geeignet, die immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich wieder ansatzweise zu schließen. Nach Studien des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vom Februar 2014 ist die ungleiche Vermögensverteilung in ganz Europa nirgendwo so ausgeprägt wie in Deutschland.
15
16
17
18
19

20 Die Vermögensteuer setzt unseren Grundsatz der Solidarität in die Tat um, wonach starke Schultern mehr tragen können als schwache, und ist langfristig dazu geeignet, die jeden Endverbraucher treffende Umsatzsteuer wieder zu senken. Im Übrigen trägt die Vermögensteuer als volkswirtschaftlich ankurbelnde Steuer dazu bei, den Weg aus der Finanzkrise zu weisen, indem sie angelegtes bzw. liegendes Vermögen löst und in den Wirtschaftskreislauf zurückführt.
21
22
23
24
25

26 Da die jährlichen Zinserträge auf das zu steuernde Vermögen auch bei sicherer Geldanlage die Vermögensteuer von 1 % im Regelfall deutlich übersteigen, ist die Wiederbelebung der Steuer für die Betroffenen auch zumutbar.
27
28

29 Schon die Steuereinnahmen von weniger als 10 der vermögensesten Privatpersonen reichen zur Deckung sämtlicher Kosten der zur Erhebung der Steuer erforderlichen Bundesverwaltung aus. Auch in anderen westlichen Industrienationen, in denen eine Vermögensteuer erhoben wird, ist es nicht zu einer von den Konservativen behaupteten Massenflucht von Steuerpflichtigen gekommen.
30
31
32
33

34 Das gute und tragfähige Bildungskonzept der SPD muss vor dem Hintergrund der angestrebten Gebührenfreiheit zur Unterfütterung seiner Glaubwürdigkeit auch eine solide finanzielle Grundlage haben. Daher braucht Deutschland die Vermögensteuer für mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle .
35
36
37
38

39

39 **Empfehlung der Antragskommission:**

40 *Annahme*

1 B 10 Stärkung der kommunalen Finanzen

2

3 *Antragsteller: SPD Ortsverein Oststadt/Zoo*

4

5 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an höher stehende Gremien weiter-*
6 *leiten:*

7

8 Die SPD setzt sich dafür ein, dass entsprechend dem Konnexitätsprinzip die Aufwen-
9 dungen für alle Aufgaben, die den Städten und Gemeinden als Pflichtaufgaben aufer-
10 legt worden sind und auferlegt werden, jeweils vollständig von derjenigen Körper-
11 schaft erstattet werden, die die jeweilige Aufgabe der Kommune auferlegt hat.

12 Um die Städte und Gemeinden auch hinsichtlich der Aufgaben aus dem freiwilligen
13 Wirkungskreis wieder handlungsfähig zu machen, soll zur weiteren Stärkung der
14 Kommunal Finanzen ein um weitere 2 Prozentpunkte höherer Anteil an der Einkom-
15 mensteuer den Gemeinden nach Art 106 Abs.3 iVm. 5 GG zustehen (bisher 15 % des
16 Steueraufkommens).

17

18 **Begründung:**

19 Um den Kommunen ihren Handlungsspielraum wieder zu eröffnen, ist eine konse-
20 quente Umsetzung des Konnexitätsprinzips vonnöten („wer bestellt, bezahlt auch“)
21 sowie eine spürbare Anhebung des Anteils an der Einkommensteuer, der den Kommu-
22 nen zufällt.

23 Brisant ist der Umstand, dass im Regelfall ein großer Anteil an den Kosten für die
24 Wahrnehmung dieser Aufgaben nicht von der Körperschaft übernommen wird, die die
25 Wahrnehmung der Aufgabe durch die Kommune beschlossen hat. Nach Berechnungen
26 des Deutschen Städte- und Gemeindetages ist bei den Kommunen mittlerweile ein
27 Investitionsstau von bundesweit 128 Milliarden Euro entstanden, der insbesondere die
28 Instandhaltung von der Verkehrsinfrastruktur, von öffentlichen Gebäuden u.a. betrifft.
29 Die Städte und Gemeinden kommen im Regelfall zu nicht einmal mehr 10 % dazu, frei-
30 willige Aufgaben zugunsten ihrer EinwohnerInnen zu übernehmen, sie sind zumeist
31 völlig ausgelastet und personell überfordert mit der Wahrnehmung der Pflichtaufga-
32 ben, die ihnen vom Bund bzw. vom jeweiligen Bundesland übertragen worden sind.

33

34 **Empfehlung der Antragskommission:**

35 *Annahme in der Fassung der Antragskommission mit Änderungen:*

36

37 *Streiche in Zeile 14*

38

39 *„...um weitere 2 Prozentpunkte“*,

40

41 *Ergänze in Zeile 16.*

42

43 *„Ziel ist eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen.“*

44

1 **B 11 Leiharbeit**

2

3 *Antragsteller: OV Oststadt/Zoo*

4

5

6 *An den Unterbezirksparteitag*

7 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag /*

8 *Landesparteitag weiterleiten.*

9

10 Die SPD setzt sich zur Stärkung der guten Arbeit für eine massive
11 Einschränkung der Leiharbeit, gegen deren Missbrauch und für eine ersatzlose
12 Abschaffung der Öffnungsklausel des § 9 Nr.2 2. Halbsatz des
13 Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) ein.

14

15

16 **Begründung:**

17 Knapp eine Million LeiharbeiternehmerInnen in Deutschland arbeiten zugunsten sogenannter Entleihfirmen, die die volle Arbeitskraft der LeiharbeiternehmerInnen entgegennehmen und von ihr profitieren.

20 Die dafür erbrachte Gegenleistung des jeweiligen Entleihers kommt jedoch nicht vollständig den LeiharbeiternehmerInnen zugute, sondern nur anteilig, da das jeweilige Leiharbeitsunternehmen, das formal Arbeitgeber der LeiharbeiternehmerInnen ist, einen Teil des Ausleihentgelts für sich vereinnahmt. Damit geht häufig eine deutliche Schlechterbezahlung der LeiharbeiternehmerInnen einher, die aufgrund von Tarifverträgen der Zeitarbeitsbranche im Regelfall einen deutlich niedrigeren Anspruch auf Arbeitsentgelt haben als die Stammbeslegschaften des Entleihunternehmens. Durch dieses massenhafte Unterlaufen der Tarifverträge für die Stammbeslegschaft sind viele LeiharbeiternehmerInnen gezwungen, zu Lasten der Steuerzahler Grundsicherungsleistungen nach dem SGB II in Anspruch zu nehmen (Arbeitslosengeld II). Die gesetzliche Klausel des § 9 Nr.2, 2. Halbsatz AÜG, die diese Schlechterbehandlung von LeiharbeiternehmerInnen erst ermöglicht, darf nicht lediglich um eine Befristung ergänzt werden, sondern gehört ersatzlos abgeschafft.

32

34 **Empfehlung der Antragskommission:**

35 *Überweisung als Material an die AFA*

1 **B 12 „Integrationsräte in der gesamten Region schaffen“**

2

3 *AntragstellerInnen: Jusos Region Hannover*

4

5 Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen:

6

7 Wir fordern flächendeckend in der Region Hannover die Einführung von Integrationsrä-
8 ten. Sie sollen nach dem Hannoverschen und Langenhagener Vorbild gestaltet werden.
9 Zusätzlich fordern wir, die SPD-Regionsfraktion auf, sich für einen übergeordneten In-
10 tegrations-Regionsrat einzusetzen, der die Integrationsarbeit in der Stadt und Umland
11 koordiniert. Des Weiteren sind die Integrationsbeiräte in der Handlungs- und Entschei-
12 dungskompetenz mit den Seniorenbeiräten und Jugendräten gleichzustellen.

13

14 **Begründung:**

15 Erfolgt mündlich.

16

17 **Empfehlung der Antragskommission:**

18 *Votum erfolgt auf dem Parteitag*

1 C 1 Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit

2 *Antragssteller: SPD-Ortsverein Hannover-Mitte, OV Vahrenheide, ASF*

3 *Die SPD möge beschließen und an den Unterbezirksparteitag Region Hannover,*
4 *Bezirksparteitag, Landesparteitag und Bundesparteitag, sowie an die Landtags-*
5 *fraktion Niedersachsen und die Bundestagsfraktion als Material und zur Umset-*
6 *zung weiterleiten:*

7 Das Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge (TzBfG) ist dahingehend
8 zu verändern, als ein Rechtsanspruch aufgenommen wird, das Teilzeitarbeitsverhältnis
9 in ein Vollzeitarbeitsverhältnis auf Wunsch der Beschäftigten umzuwandeln, welchem
10 die Arbeitgeberin nur aus dringenden Betrieblichen Gründen widersprechen darf.

11 *Begründung:*

12 Das TzBfG ist eine gute Möglichkeit für Beschäftigte durch die Gestaltung von Arbeits-
13 zeiten Beruf und Leben mit einander zu vereinbaren. Nicht immer wegen der Verein-
14 barkeit mit Familie oder Pflege. Gründe für die Verringerung der Arbeitszeit sind vielfäl-
15 tig.

16 Hat die teilzeitarbeitende Person entweder ein Rückkehrrecht vorher schriftlich verein-
17 bart oder die Teilzeit von vornherein auf einen Zeitpunkt begrenzt, dann hat sie einen
18 individuell vereinbarten Anspruch auf Rückkehr zur Vollzeit.

19 Nicht alle in Teilzeit Arbeitenden arbeiteten vor der Aufnahme der Tätigkeit bei der
20 Arbeitgeberin in Vollzeit und konnten mit dieser die Vereinbarung für die Zukunft tref-
21 fen. Viele haben die Position auch nicht dies so zu verhandeln.

22 Insoweit muss jeder Beschäftigten ein Rechtsanspruch auf Veränderung der Arbeitszeit
23 im Lebensverlauf und der Anpassung an verschiedene Bedürfnisse des Lebens zu ste-
24 hen.

25 Diese Forderung ist bereits vom Bundesfrauenausschuss der ASF gestellt worden. Es
26 verleiht der Forderung Nachdruck, wenn alle Gliederungen der SPD auf allen Ebenen
27 diese unterstützen.

28 **Empfehlung der Antragskommission:**

29 *Ablehnung*

1 **C 2 Stärkung der Mitbestimmung und Änderungen im Betriebs-**
2 **verfassungsgesetz**

3 *Antragssteller: SPD-Ortsverein Hannover-Mitte, OV Vahrenheide, OV Both-*
4 *feld, ASF*

5 *Die SPD möge beschließen und an den Unterbezirksparteitag Region Hannover,*
6 *Bezirksparteitag, Landesparteitag und Bundesparteitag, sowie an die Landtags-*
7 *fraktion Niedersachsen und die Bundestagsfraktion als Material und zur Umset-*
8 *zung weiterleiten:*

9 Die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in den Regelungskatalog
10 der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats gemäß § 87 Betriebsverfassungsgesetz
11 aufzunehmen.

12 *Begründung:*

13 Die Gestalterinnen und Gestalter von guter Arbeit sind die Betriebsrätinnen und Be-
14 triebsräte. Ihre Rechte müssen gestärkt werden, damit sie gute Arbeit durchsetzen
15 können.

16 Sie sorgen für Entgeltgerechtigkeit in dem sie bei Einstellungen die Eingruppierung
17 überprüfen und gegebenenfalls widersprechen. Sie führen Entgeltanalysen durch und
18 sie haben gemäß § 80 Absatz 1 Nummern 2a und 2b BetrVG die Durchsetzung der tat-
19 sächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern und die Vereinbarkeit von Beruf
20 und Familie zu fördern. Damit besteht zwar eine Mitwirkungsmöglichkeit des Betriebs-
21 rats. Sie gibt dem Betriebsrat umfassende Informationsrechte und enthält Rechte zur
22 Informationsbeschaffung.

23 Eine Aufnahme dieser Förderung in den Mitbestimmungskatalog des § 87 BetrVG führt
24 dazu, dass sich Arbeitgeberin und Betriebsrat einigen müssen. Keine Seite kann ohne
25 die Zustimmung der anderen handeln. Mit der Folge, tritt keine Einigung ein, muss die
26 Einigung durch einen Spruch (Urteil) der Einigungsstelle ersetzt werden. Deshalb wird
27 die Mitbestimmung in den in § 87 BetrVG aufgeführten Angelegenheiten als „echte
28 Mitbestimmung“ bezeichnet.

29 **Empfehlung der Antragskommission:**

30 *Annahme*

1 C 3 Keine Gewalt gegen Kinder !

2 *Antragssteller: SPD-Ortsverein Hannover-Mitte*

3 *Der SPD UB-Parteitag Region Hannover möge beschließen und an die höheren*
4 *Gremien weiterleiten:*

5 „Die SPD spricht sich dafür aus, alles Erdenkliche dafür zu tun, um Gewalt gegen Kinder
6 abzuwehren, ihnen eine gewaltfreie Erziehung zu ermöglichen - so wie es ihnen von
7 Rechtswegen her zusteht - und Kinder nach Gewalteinwirkung zu schützen und sie auf
8 Ihrem Weg der Genesung zu unterstützen. Dies wollen wir erreichen durch folgende
9 Maßnahmen:

- 10 1.) Keine privaten Auftragnehmer in der Familienhilfe! In Fragen der Erziehungshil-
11 fe und Betreuung muss das Jugendamt MitarbeiterInnen schicken und keine
12 Fremdfirmen beauftragen. Das Personal der Jugendämter muss dafür wieder
13 aufgestockt werden.
- 14 2.) Verstärkte Verankerung des Themas Kindeswohlgefährdung und Erkennung von
15 Misshandlungs- und Traumatasympptomen im Lehrplan von SozialarbeiterInnen,
16 Jugendamts-MitarbeiterInnen, ErzieherInnen, ÄrztInnen und LehrerInnen
- 17 3.) Einführung und flächenmäßiger Ausbau von Kinderschutzambulanzen, die mit
18 RechtsmedizinerInnen oder forensisch geschultem Personal besetzt sind. Das
19 Gesetz muss eine Verpflichtung der umfassenden Dokumentation der miss-
20 handlungs- bedingten Verletzungen und Symptome einschließen.
- 21 4.) Einführung einer so genannten Reaktionspflicht der ÄrztInnen: Besteht akute
22 Kindeswohlgefährdung mit Wiederholungsgefahr, sollen Ärzte den Kontakt zu
23 Kinderschutzambulanzen oder - schutzgruppen in Kliniken suchen und das Kind
24 dorthin überweisen. Die dort arbeitenden RechtsmedizinerInnen können Miss-
25 handlungen nachweisen. Außerdem soll sich der Arzt informieren, ob das Kind
26 in der Einrichtung angekommen ist. Bei diesem Telefonat können schon Vermu-
27 tungen geäußert werden.
- 28 5.) § 13 StGB muss konsequent umgesetzt werden (Verurteilung durch "Begehen
29 durch Unterlassen")
- 30 6.) Die im deutschen Recht bereits vorgesehene allgemeinen Leichenschau bei to-
31 ten Kindern muss zukünftig von RechtsmedizinerInnen durchgeführt werden.
32 Die gesetzliche Dokumentation der tödlichen Verletzungen wird nach momen-
33 taner Gesetzeslage von AllgemeinmedizinerInnen vorgenommen. Das Erkennen
34 von Misshandlungssymptomen ist jedoch spezieller und muss von fachlich qua-
35 lifiziertem Personal durchgeführt werden.

36 *Begründung:*

37 Jedes Kind hat ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Gewalt gegen Kinder ist kein Kava-
38 liersdelikt und schon gar kein "Elternrecht", sondern ein strafbares Vergehen, genau
39 wie Gewalt gegen erwachsene Menschen. Dieser Antrag soll die Schwachstellen unse-
40 res Kinderschutzes erkenntlich machen und beheben. Er behandelt nicht den Krippen-

41 ausbau oder das Adoptivrecht, da dies den Rahmen des Antrages sprengen würde. Hier
42 wollen wir uns rein mit der Gewaltprävention, dem Gewaltschutz und dem Strafrecht
43 gegen Gewalttätige beschäftigen.

44 Die meisten Gewaltdelikte gegen Kinder passieren leider durch die eigenen Eltern oder
45 durch nahestehende Verwandte und Pflegeeltern. Oft spielt Alkoholeinfluss eine Rolle,
46 aber sehr oft ist es auch die Überforderung der Eltern, die mangelnde Fähigkeit, sich
47 noch mit Worten gegen ihr Kind durchzusetzen oder wenig Erfahrung (häu-
48 fig bei sehr jungen Eltern), welche Eltern dazu bewegen, ihr eigenes Kind zu schlagen
49 oder zu misshandeln. In Deutschland werden jährlich ca. 200.000 Kinder Opfer von
50 häuslichen Gewalttaten. Das entspricht 500 Kindern pro Tag.

51 Gewalterfahrungen werden über Generationen weitergegeben, da sie bei den Geschla-
52 genen die psychische Reaktion auf die eigene Erniedrigung sind. Es ist also wichtig, sich
53 dieser eigenen Schwäche bewusst zu werden und die Spirale der Gewalt zu durchbre-
54 chen. Niemand kann etwas dafür, geschlagen worden zu sein, aber er/ sie kann etwas
55 dafür tun, dass die eigenen Kinder ohne Gewalt aufwachsen. Wissenschaftliche Stu-
56 dien belegen, dass Kinder, die keinen (egal wie stark gearteten) "Klaps auf den Po" be-
57 kommen haben, sich besser und schneller entwickeln als geschlagene Kinder.

58 Das Schütteln eines Säuglings aus reiner Überforderung ist die Spitze der Gewaltein-
59 wirkung, da sie bei den Kindern sehr häufig eine lebenslange Behinderung oder Ent-
60 wicklungsstörung, in schlimmeren Fällen sogar den Tod bewirkt. Leider wird dieses De-
61 likt heute immer noch viel zu selten ernst genommen und strafrechtlich geahndet.

62 "Die heilige Einheit der Familie" ist ein konservatives Relikt aus den 50er Jahren, das
63 leider bis heute in unseren Gesetzen Bestand hält. Eine Familie ist laut öffentlicher
64 Meinung stabil, friedlich, gewaltfrei und harmonisch. Leider sieht die Realität anders
65 aus. Früher war nicht alles besser, Gewalt gab es schon immer in Familien und es gibt
66 sie auch heute noch, leider. Daher müssen wir etwas tun, um Kinder davor zu schützen.

67 Zu den einzelnen Punkten des Antrags nun einige konkrete Begründungen:

- 68 1. Private Auftragnehmer in der Familienhilfe haben in erster Linie das Interesse,
69 dass das Unternehmen finanziell bestehen bleibt und dass die Klienten gehalten
70 werden können. Die Klienten sind aber letztendlich nicht die Kinder, sondern die
71 Eltern als Erziehungsberechtigte. Es ist also für diese Firmen wichtig, sich mit
72 den Eltern "gut zu stellen", auch wenn diese ihren Kindern erheblichen Schaden
73 zugefügt haben. Eine Hilfe für die Kinder ist in dieser Situation nicht in Aussicht.
74 Daher muss diese Aufgabe unbedingt von der staatlichen Fürsorge (in diesem
75 Falle das Jugendamt) durchgeführt werden. Dieses ist neutral gegenüber den
76 Familienmitgliedern. Es muss aber dringend wieder personell und finanziell un-
77 terstützt werden. Die schwarz-gelbe Landesregierung in Niedersachsen unter
78 Christian Wulff hat den Jugendämtern erheblich die Mittel gestrichen. Das muss
79 dringend wieder rückgängig gemacht werden, damit das Jugendamt handlungs-
80 fähig ist.
- 81 2. Symptome und Verhaltensmuster nach einer Kindesmisshandlung sind sehr
82 markant und müssen von SozialarbeiterInnen, JugendamtsmitarbeiterInnen, Er-
83 zieherInnen, ÄrztInnen und LehrerInnen erkannt werden. Dies muss Teil der

84 Ausbildung/ des Studiums sein, sodass das Personal rechtzeitig reagieren und
85 geeignete Hilfsmaßnahmen in die Wege leiten kann. Gerade für Berufsgruppen
86 die mit kleineren Kindern zusammenarbeiten, die ihre Belange noch nicht ein-
87 ordnen oder äußern können/ wollen, ist es enorm wichtig, dass Symptome er-
88 kannt werden. Erzieher/innen helfen Kindern oft beim Umziehen. Häufig wer-
89 den dort Hämatome (blaue Flecken) an Stellen erkannt, an denen sich das Kind
90 sie unmöglich selbst zugeführt haben kann. Auch großflächige Verbrennungen
91 oder tiefe Zigarettenbrandlöcher sollten Alarmzeichen sein. Eine übermäßige
92 Anhänglichkeit und Offenheit gegenüber Fremden ("Nimm mich mit, bei dir ha-
93 be ich es besser!") ist ein Signal, das man ernst nehmen sollte. Eine Sensibilisie-
94 rung für das Thema muss unbedingt fester Bestandteil der Lehrpläne werden!

95 3. Berlin zeigt ein Positivbeispiel auf, wie Gewaltschutzambulanzen Kinder effektiv
96 vor (schlimmeren) Gewalteinwirkungen schützen können. In der Charité ist eine
97 Einrichtung geschaffen worden, in die (Haus-) Ärzte ihre Schützlinge überweisen
98 können, wenn bei Kindern Symptome einer Misshandlung festgestellt werden.
99 Die dortigen RechtsmedizinerInnen arbeiten unabhängig von den Interessen der
100 Eltern (häufig im Gegensatz zu HausärztInnen!) und bringen häufiger ihre Be-
101 funde zur Anzeige. Das ist enorm wichtig, damit die Kinder nicht immer und
102 immer wieder ihren Peinigern ausgesetzt sind, ohne dass eine rechtliche Conse-
103 quenz folgt. Solche Gewaltschutzambulanzen muss es auch in Niedersachsen
104 geben. Dafür müssen Steuergelder in die Hand genommen und geschultes Per-
105 sonal vom Land Niedersachsen eingestellt werden.

106 4. Eine Reaktionspflicht der ÄrztInnen bringt Kindesmisshandlungen ans Licht und
107 kann Leben retten. Selbst wenn ÄrztInnen ihre Schweigepflicht nicht brechen
108 können oder wollen, können Sie dennoch einen Überweisungsschein für das
109 Kind an die unter 4. beschriebene Gewaltschutzambulanz schreiben, damit die-
110 se sich dem Fall annehmen können. Die RechtsmedizinerInnen sind verpflichtet,
111 den Fall aufzudecken und gegebenenfalls zur Anzeige zu bringen. Selbst Eltern,
112 die natürlicherweise nicht möchten, dass ihr Vergehen ans Licht kommt, werden
113 den eingeschlagenen Weg mitgehen, wenn der Arzt ihnen fälschlicherweise
114 mitteilt, dass beispielsweise durch die gefundenen Hämatome eine Ernährungs-
115 störung vorliegt (plakativ ausgedrückt). Ein Telefonat des Arztes/ der Ärztin mit
116 der Gewaltschutzambulanz zur Erkundigung, ob das Kind dort angekommen ist,
117 muss trotzdem erfolgen. Nur durch diesen verwobenen Weg können TäterInnen
118 hinters Licht geführt werden und das Kind ist in Sicherheit.

119 5. Häufig schützen sich Mutter und Vater bzw. die beiden PartnerInnen, von denen
120 einer das Kind misshandelt hat, vor Gericht gegenseitig. Ein/e PartnerIn sagt für
121 den/ die andere/n aus, dass er/ sie das Kind nicht misshandelt habe. Dabei spie-
122 len häufig soziale Abhängigkeiten, Drohungen, oder die Angst den/ die (wenn
123 auch gewalttätige/n) PartnerIn zu verlieren. Sehr häufig gibt es nur einen Ver-
124 diener (meist der Mann), der für die Familie Geld verdient und aus seiner höhe-
125 ren sozialen Position gegenüber der Frau heraus eine Drohung ausspricht:
126 "Wenn du das vor dem Gericht erzählst, trenne ich mich von dir und du stehst
127 ohne Einkommen da!" Diese Angst bewegt viele gewalterschütterte Familien
128 dazu, eine Falschaussage vor Gericht zu machen und somit wird keines der El-

129 ternteile verurteilt, zum Leidwesen des Kindes. § 13 StG besagt jedoch, dass einer
130 der PartnerInnen den Gewaltdelikt schon begangen haben MUSS und somit
131 wird irgendeiner der beiden verurteilt. Dieser Paragraph besteht im Gesetz,
132 muss aber durch die Richter konsequenter umgesetzt werden.

133 6. Wenn auch dies wirklich der letzte Dienst ist, den man der Ehre eines Kindes er-
134 weisen kann, ist auch hier wichtig, die TäterInnen zu fassen und zu verurteilen.
135 Eine gesetzliche Leichenschaupflicht gibt es seit 2014 in Deutschland, jedoch
136 steht im Gesetzestext, dass dies meist durch AllgemeinmedizinerInnen durchge-
137 führt wird. Doch genau hier liegt meistens das Problem. Zu Allgemeinmedizine-
138 rInnen/ HausärztInnen haben Eltern oft ein engeres Verhältnis, wodurch so
139 manche Gräueltat unter den Tisch gekehrt werden kann. Bei Rechtsmedizine-
140 rInnen ist dies anders. Symptome einer Misshandlung mit Todesfolge werden
141 hier von Gesetzeswegen objektiv festgestellt und dokumentiert. Dass der Fall
142 zur Anzeige gebracht wird, ist hier deutlich höher.

143 Quellen: M. Tsokos, S. Guddat "Deutschland misshandelt seine Kinder" (2013), Droemer
144 Verlag

145 Deutscher Kinderschutzbund e.V.

146 **Empfehlung der Antragskommission:**

147 *Annahme in der Fassung der Antragskommission:*

148

149 *Seite 1, Zeile 5*

150

151 *Streiche „...alles Erdenkliche dafür zu tun, um..“ und ergänze „wirksam“, so dass der*
152 *Satz heißt:*

153

154 *Die SPD spricht sich dafür aus, Gewalt gegen Kinder wirksam abzuwehren, ihnen eine*
155 *gewaltfreie Erziehung zu ermöglichen - so wie es ihnen von Rechtswegen her zusteht -*
156 *und Kinder nach Gewalteinwirkung zu schützen und sie auf Ihrem Weg der Genesung*
157 *zu unterstützen.*

158

159 *Ersetze Punkt 1 durch folgende Formulierung:*

160 1. *Keine privaten, gewinnorientierten Auftragnehmer in der Familienhilfe (damit sind*
161 *keine Tagesmütter gemeint)! In Fragen der Erziehungshilfe und Betreuung muss*
162 *das Jugendamt MitarbeiterInnen schicken und keine gewinnorientierten Fremdfir-*
163 *men beauftragen, gemeinnützige Dienste wie von der AWO bleiben davon unbe-*
164 *rührt. Das Personal der Jugendämter muss dafür wieder aufgestockt werden.*

165

166

1 C 4 Eckpunkte für eine Reform des Niedersächsischen Kindertagesstättengesetzes

3 *Antragssteller: SPD-Ortsverein Laatzen*

4 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den Bezirksparteitag sowie*
5 *an den Landesparteitag weiterleiten:*

6 Die von der rot-grünen Koalition beabsichtigte Reform des Niedersächsischen Kindertagesstättengesetzes sollte folgende Eckpunkte umfassen:

- 8 • Erhöhung des Landesanteils bei der Personalkostenförderung bzw. Förderung
9 auch der dritten Kraft.
- 10 • Personalkostenförderung auch von Vertretungs- und Hauswirtschaftskräften.
- 11 • Dauerhafte Etablierung und finanzielle Absicherung der Sprachförderung.
- 12 • Zusammenführung der Sprachförderung von Kindergarten- und Vorschulkindern.
13 Bei entsprechender personeller Ausstattung kann das in den Kitas einfacher or-
14 ganisiert werden.
- 15 • Förderung bilingualer Angebote (Finanzhilfe für muttersprachliche Drittkraft),
16 Förderung kultursensibler Angebote.
- 17 • Angleichung der I-Krippenförderung an die I-KiGa-Förderung (Übernahme der
18 vollen Personalkosten für eine heilpädagogische Fachkraft).
- 19 • Ausweitung der Integration/Inklusion auf den Hortbereich.
- 20 • Institutionelle Förderung von Familienzentren.
- 21 • Rechtsanspruch auf Sonderöffnungszeiten für Eltern verankern.
- 22 • Finanzielle Absicherung einer qualitativ hochwertigen, sinnvollen Elternarbeit
23 (z.B. Verstetigung des Projektes Efi - Elternarbeit, Frühe Hilfen, Migrationsfami-
24 lien).
- 25 • Streichung der Regelung, dass in Krippen mit mehr als 7 Kindern unter 2 Jahren
26 die Gruppenstärke max. 12 Kinder betragen darf, sofern eine Drittkraft einge-
27 setzt wird.
- 28 • Schaffung von mehr Flexibilität in der Ausgestaltung der U3-Betreuung insbe-
29 sondere in Hinblick auf räumliche Erfordernisse und ggf. auch Platz-Sharing.
- 30 • Ermöglichung zeitlich befristeter Übergangslösungen (z.B. Aufnahme eines wei-
31 teren Krippenkindes, sofern die räumlichen und personellen Voraussetzungen
32 dies zulassen).
- 33 • Abschaffung der Stichtagsregelung 1.3. in altersübergreifender-Gruppen für die
34 Bemessung der Finanzhilfe.
- 35 • Anerkennung neuer, aber auch verwandter Ausbildungsabschlüsse.
- 36 • Duale Erzieherausbildung ermöglichen.

37

38 *Begründung:*

39 Im Koalitionsvertrag ist hinsichtlich der frühkindlichen Bildung festgehalten:

40 „Die rot-grüne Koalition wird

- 41 • den Ausbau von Krippen am tatsächlichen Bedarf orientieren.
- 42 • ein modernes und den heutigen Realitäten angepasstes Kindertagesstätten-
- 43 gesetz (KitaG) auf den Weg bringen, das darauf abzielt, den Personalschlüssel in
- 44 Krippen und Kitas sowie das Angebot an Ganztagsplätzen zu verbessern.
- 45 • Inklusion in der frühkindlichen Bildung von der Ausnahme zur Regel machen
- 46 und die rechtliche Grundlage für die inklusive Kita schaffen.
- 47 • gemeinsam mit anderen Bundesländern Bundesratsinitiativen ergreifen, um das
- 48 Betreuungsgeld zu verhindern.
- 49 • einen Masterplan für mehr und hoch qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher
- 50 entwickeln. Ausbildungsqualität und Weiterbildung sollen verbessert, die At-
- 51 traktivität des Berufs erhöht und der Mangel an Fachpersonal behoben werden.
- 52 Dazu werden die Kapazitäten an den berufsbildenden Schulen erhöht sowie
- 53 weitere Studiengänge für das Lehramt mit der Fachrichtung Sozialpädagogik
- 54 und entsprechende Studienseminarplätze eingerichtet.
- 55 • eine Qualitätsoffensive für die frühkindliche Bildung in den Kitas und der Kin-
- 56 dertagespflege einschließlich der Sprachförderung starten. Diesem Ziel dient ein
- 57 Konzept zur Qualitätsentwicklung mit der Verankerung der pädagogischen Bil-
- 58 dungsstandards für die Kitas. Es werden in Abstimmung mit den Trägern und
- 59 den jeweiligen Akteuren vor Ort flächendeckend Konzepte für den Übergang
- 60 Kita/Grundschule entwickelt und die flexible Eingangsstufe gestärkt.
- 61 • Familienzentren entwickeln, die auch niedrigschwellige Beratung - und Unter-
- 62 stützung anbieten.“

63 Grundsätzlich werden alle Maßnahmen, die zu einer Verbesserung insbesondere der
64 Qualität der frühkindlichen Bildungsarbeit führen, begrüßt. Voraussetzung ist aber,
65 dass alle neu definierten Standards, wie z.B. der Personalschlüssel und umfangreichere
66 Vor- und Nachbereitungszeiten, die zusätzliche Kosten verursachen, nicht zu Lasten der
67 Kommunen führen dürfen. Das Konnexitätsprinzip muss uneingeschränkt Anwendung
68 finden. Unter Beteiligung der Kommunen sollte eine konsequente Aufgabenanalyse
69 und –kritik, wie sie in der Koalitionsvereinbarung angekündigt ist, erfolgen.

70 **Empfehlung der Antragskommission:**

71 *Überweisung an die Landtagsfraktion*

1 C 5 Gleichbehandlung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall 2 des Kindes und bei Pflege

3 *Antragstellerin: ASF Region Hannover, OV Mitte, OV Vahrenheide-
4 Sahlkamp, OV Bothfeld*

5 *Der Unterbezirksparteitag der Region Hannover möge beschließen und an den Bezirks-
6 parteitag, Landesparteitag und Bundesparteitag weiterleiten:*

7 Wir fordern hiermit, das Entgeltfortzahlungsgesetz in § 3 dahingehend zu ändern, dass
8 voller Lohnausgleich nach dem Entgeltfortzahlungsgesetz geleistet wird, wenn ein El-
9 ternteil wegen der Krankheit seines/ ihres Kindes der Arbeit fernbleiben muss, oder
10 wenn akute Pflegeleistungen nach dem Pflegegesetz erbracht werden. Der § 45 SGB V
11 wäre insoweit dann zu streichen.

12 Begründung:

13 § 45 SGB V regelt den Bezug von Krankengeld wegen Erkrankung des Kindes, § 47 die
14 Höhe und Berechnung. Krankengeld für erwachsene Beschäftigte entsteht erst nach
15 sechs Wochen, davor ist der Arbeitgeber zur Zahlung des Entgelts = Lohnfortzahlung
16 verpflichtet. Dies ist im § 3 Entgeltfortzahlungsgesetz geregelt.

17 Mit der SPD wurde die Zahlung von Entgelt bei Krankheit nicht der Versichertenge-
18 meinschaft auferlegt, sondern der oder die Arbeitgeberin/ Arbeitgeber trägt das Risiko
19 des Krankheitsfalls der Beschäftigten in den ersten sechs Wochen, danach die Versi-
20 chertengemeinschaft als Krankengeld. Da Krankengeld das Entgelt nicht voll aus-
21 gleicht, sondern nur ersetzt, ist mit dem Anspruch auf Krankengeld auch ein weniger
22 an Entgelt verbunden.

23 Gründe und Zeiten, in denen wegen Krankheit des Kindes unter zwölf Jahren oder we-
24 gen Pflege nicht gearbeitet werden kann, anders zu bewerten sind nicht ersichtlich.

25 Die Lebenssituation von Vätern, Müttern und Pflegenden verändert sich. Der demogra-
26 fische Faktor verstärkt den Wandel. Unternehmen und Beschäftigte wollen eine hohe
27 Flexibilität. Beschäftigte haben in verschiedenen Lebensphasen unterschiedliche An-
28 sprüche an Arbeits- und Lebenszeiten. Es wird versucht durch den Ausbau an Infra-
29 struktur von Betreuung die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu unterstützen. Da ist
30 die Zeit reif, dass Fehlzeiten, unabhängig ob es eigene oder die wegen der Krankheit
31 von Kindern oder wegen akutem Pflegebedarf sind, gleichbehandelt werden, in dem
32 Entgeltfortzahlung gezahlt wird.

33 Die Aufnahme dieser Leistungen in den Katalog des Entgeltfortzahlungsgesetzes führt
34 auch dazu, dass Niemand in die eigene Krankheit flüchten muss. In der Vergangenheit
35 war es einigen nicht möglich ohne Entgelt von der Arbeitsleistung wegen Pflege oder
36 Kinderkrank von der Arbeitserbringung befreit zu sein. Zwar unterstützt hier eine
37 Lohnersatzzahlung schon sehr, aber eben nur bis zu maximal 90 Prozent vom Netto-
38 entgelt.

39 **Empfehlung der Antragskommission:**

40 *Prüfauftrag für die Bundestagsfraktion*

1 **C 6 Arbeitsförderung**

2

3 *Antragstellerin: AFA*

4

5 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:*

6 zur Weiterleitung und Beschluss auf dem Bezirksparteitag.

7

8 Die Bundestagsfraktion der SPD möge sich dafür einsetzen, dass Teilnehmer an einer
9 Maßnahme der Arbeitsförderung, welche länger als 2 Monate dauert, einen gesetzli-
10 chen Anspruch auf freie Tage erwerben.

11 Beispielsweise könnte für 20 Anwesenheitstage in einer Maßnahme ein Anspruch von
12 2 freien Tagen zur eigenen freien Verfügung entstehen.

13

14 **Begründung:**

15 TeilnehmerInnen an einer Maßnahme der Arbeitsförderung durch z.B. die Bundesagen-
16 tur für Arbeit, die Rentenversicherung, die Berufsgenossenschaft haben in der Regel je
17 nach Maßnahmendauer keinen Urlaubsanspruch.

18

19 Bei Fehltagen aus persönlichen Gründen (z.B. eigene Eheschließung, eignes Ehejubilä-
20 um, Tod eines Schwiegerelternteils, Umzug, Teilnahme an Einsätzen oder Ausbildungs-
21 kursen im Rahmen des Katastrophenschutzes, „Brückentage“) wird die Zahlung für
22 Fehltag eingestellt.

23

24 Ziel dieser Maßnahmen ist die Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Dann sollten wir
25 die TeilnehmerInnen auch wie ArbeitnehmerInnen behandeln. Im Arbeitsleben ist es
26 bei Bedarf möglich, mit seinem Chef über freie Tage zu reden, sei es als Brückentag, für
27 den Umzug usw. Deshalb sollte auch den TeilnehmerInnen an Maßnahmen der Ar-
28beitsförderung diese Möglichkeit gegeben werden.

29

30 **Empfehlung der Antragskommission:**

31 *Votum erfolgt auf dem Parteitag*

32

1 C 7 Gesetzliche Krankenversicherung

2

3 *Antragsteller: SPD Ortsverein Oststadt/Zoo*

4 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:*

5

6 Die SPD setzt sich dafür ein, dass die gesetzliche Krankenversicherung zur Stärkung des
7 Solidarprinzips und Senkung des Beitrags bei gleichzeitiger Verbesserung der Leistun-
8 gen nach dem SGB V weiterentwickelt wird zur gesetzlichen Bürgerpflichtversicherung
9 für alle unter Einbeziehung aller Einkunftsarten (auch Spekulationsgewinne und Kapi-
10 taleinkünfte) und unter Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze.

11

12 **Begründung:**

13 Das System der gesetzlichen Krankenversicherung steht massiv unter Druck.

14 Unter dem Vorwand der Steigerung der Wirtschaftlichkeit werden seit Jahren immer
15 mehr Leistungen der GKV eingeschränkt, ArbeitnehmerInnen werden überproportional
16 an der Finanzierung beteiligt, Ärzte und Krankenhäuser mit immer neuen Budgetie-
17 rungen gegängelt.

18 Zeitgleich werden viele Versicherte bei Ärzten und in Krankenhäusern als Menschen
19 zweiter Klasse behandelt – sie bekommen später Termine, bekommen eine deutlich
20 schlechtere Versorgung als Privatversicherte. Ca. 90 % der Menschen in Deutschland
21 sind gesetzlich krankenversichert, lediglich 10 % voll privatversichert.

22 Gutverdienende ArbeitnehmerInnen tragen zur solidarischen Finanzierung gar nichts
23 mehr bei, wenn ihr Arbeitsentgelt jährlich die Versicherungspflichtgrenze von derzeit
24 53.550,- € überschreitet und sie sich nicht freiwillig gesetzlich krankenversichern. Milli-
25 onengewinne an Börsen, Kapitaleinkünfte sowie Einkünfte aus Vermietung und Ver-
26 pachtung bleiben im Regelfall bei der Finanzierung der GKV außen vor mit der Folge,
27 dass gerade Erwerbseinkünfte den Mammutanteil an der Finanzierung der GKV leisten.
28 Unter Einbeziehung aller Menschen und in Deutschland tätiger Unternehmen könnte
29 die Versorgungssicherheit auch auf dem Land deutlich gestärkt werden, das Leistungs-
30 niveau angehoben, die Personalausstattung in den Krankenhäusern wieder auf ein
31 sinnvolles Maß angehoben werden und der Beitrag für alle gesenkt werden. Daher
32 braucht Deutschland die solidarische gesetzliche Krankenpflichtversicherung für alle
33 für mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit

34

35 **Empfehlung der Antragskommission:**

36 *Votum erfolgt auf dem Parteitag*

37

1 C 8 „Top Priority: Unterstützung von sozialen Einrichtungen und 2 Vereinen“

3
4 *Antragstellerinnen: SPD-OVs Gehrden, Hannover-Mitte , OV Bothfeld und
5 Vahrenheide-Sahlkamp*

6
7 *Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen und an alle
8 kommunalen SPD-Fraktionen weiterleiten:*

9
10 In der Region Hannover gibt es zahlreiche und vielfältige soziale Vereine und Einrich-
11 tungen, die sich mit ihren sozialen Dienstleistungen für das Wohlergehen des gesell-
12 schaftlichen Zusammenlebens tagtäglich einsetzen. Die SPD Region Hannover schätzt
13 das sehr und erkennt es hoch an, dass dies geschieht, ohne dass dabei wirtschaftliche
14 Interessen verfolgt werden bzw. sie im Mittelpunkt stehen. Entsprechend resultieren
15 daraus finanzielle Bedarfe, die über eine institutionelle Förderung abgedeckt werden
16 müssen.

17
18 Gemäß ihrer sozialdemokratischen Grundwerte unterstützt die SPD ausdrücklich jegli-
19 che Unternehmungen, Bestrebungen und Bemühungen von Vereinen und Einrichtun-
20 gen, die im sozialen Bereich angesiedelt sind, insbesondere für Kinder und Jugendliche,
21 Frauen, Senioren und Seniorinnen, Menschen mit Migrationshintergrund und Men-
22 schen mit Behinderung. Somit darf es unter einer von der SPD geführten Regierung
23 sowohl im Rat der LHH als auch in der Regionsversammlung weder zu Kürzungen noch
24 zu Einschränkungen sonstiger Art bzgl. der finanziellen Förderung von sozialen Verei-
25 nen und Einrichtungen kommen. Im Gegenteil: Sie müssen dahingehend unterstützt
26 werden, dass zumindest der finanzielle Grundbedarf zum Erhalt der sozialen Vereine
27 und Einrichtungen sowie ihrer bereits etablierten Angebote/ Leistungen gesichert sind.

28
29 Alle Gliederungen innerhalb der SPD Region Hannover sind damit verpflichtet, diesen
30 Anspruch geltend zu machen. Entsprechend wirken sie uneingeschränkt darauf hin, in
31 allen überparteilichen Gremien auf kommunaler Ebene dafür zu sorgen, dass dieser
32 Anspruch erfüllt wird.

33
34 Sollte die finanzielle Förderung aus welchen Gründen auch immer nicht erfolgen, se-
35 hen sich die Gliederungen darin in die Pflicht genommen, andere Lösungen und Wege
36 zu finden, wie den sozialen Vereinen und Einrichtungen trotz dieses Umstands gehol-
37 fen werden kann. Die SPD lässt niemanden im Stich.

38 39 Begründung:

40
41 Als Partei können wir nur durch unser Handeln, unsere Prioritätensetzung und durch
42 den Umgang mit den verschiedenen Bedarfen innerhalb der Gesellschaft die Menschen
43 von unserer politischen Arbeit verbunden mit unseren Grundüberzeugungen und Wer-
44 ten überzeugen und sie für uns gewinnen.

46 Daher müssen wir klar und deutlich zeigen, wofür wir stehen, was uns wichtig ist und
47 wo wir unsere Schwerpunkte legen. Zur Stärkung unseres sozialdemokratischen Profils
48 gehört es deswegen unbedingt dazu, eine klare Position zu diesem Thema zu beziehen
49 und entsprechend zu handeln. Die Bürgerinnen und Bürger, vor allem die, die uns wäh-
50 len, haben eine bestimmte Erwartungshaltung an die SPD, die wir als Parteimitglieder
51 nicht minder haben, gerade mit Hinblick auf den Bereich Soziales. Entsprechend gilt es
52 Erwartungen zu erfüllen und unseren Ansprüchen selbst gerecht zu werden, indem wir
53 uns – möglichst ohne Einschränkungen – selbst an unsere Werte halten und uns dafür
54 einsetzen. Unsere politischen Grundwerte und Einstellungen können eben nur an
55 Glaubhaftigkeit gewinnen, wenn wir zu dem, was wir fordern, gänzlich stehen. Was
56 wir uns für unsere Gesellschaft selbst wünschen, und was die Gesellschaft sich von uns
57 seitens der Politik wünscht, müssen wir auch mit all uns zur Verfügung stehenden Mit-
58 teln versuchen, in die Tat umzusetzen. Nur so können wir die Glaubwürdigkeit unserer
59 Partei wiederherstellen und nachhaltig stärken.

60

61 Was wir dafür tun können, ist, sich auf allen möglichen politischen und verwaltungs-
62 technischen Ebenen dafür einzusetzen, dass alle sozialen Vereine oder Einrichtungen,
63 insbesondere die, die bereits seit vielen Jahren wertvolle Arbeit für unsere Gesellschaft
64 leisten, unter unserer Regierung die finanzielle Unterstützung erhalten, die sie benöti-
65 gen, um ihre Arbeit fortzusetzen und am Laufen zu halten. Die entsprechenden Vereine
66 und Einrichtungen müssen darauf vertrauen können, dass wir für sie da sind. Dafür
67 muss Vertrauen bestehen und dort geschaffen werden, wo es noch nicht besteht. Sollte
68 die finanzielle Förderung aus irgendwelchen Gründen nicht gehen, müssen wir uns als
69 Partei trotzdem für die betroffenen Einrichtungen und Vereine einsetzen und versu-
70 chen, ihnen über andere Wege und Mittel zu helfen, die wir gemeinsam mit ihnen er-
71 arbeiten. Diesen Anspruch haben nicht nur die Bürgerinnen und Bürger und/ oder Ver-
72 eine und Einrichtungen an uns, sondern auch wir selbst

73

74 **Empfehlung der Antragskommission:**

75 *Votum erfolgt auf dem Parteitag*

76

1 C 9 Pflegekammer

2 *Antragssteller: AFA UB-Region Hannover*

3

4 Liebe Genossinnen und Genossen,

5 der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

6 das keine Pflegekammer in Niedersachsen eingerichtet wird

- 7 - deren Nutzen für die Beschäftigten in der Pflege nicht erkennbar ist!
- 8 - von den betroffenen Pflegekräften, Beschäftigtenvertretungen, Gewerkschaften und Sozialverbänden abgelehnt wird!
- 9
- 10 - eine zusätzliche Zwangsabgabe von Kolleginnen und Kollegen mit ohnehin geringen Einkommen für harte Arbeit verlangt!
- 11

12

13 Zur Begründung

14 Mit der Abschaffung des Schulgeldes für die Ausbildung in der Pflege hat die neue rot-
15 grüne Landesregierung eine für die angehenden Pflegekräfte wirksame und ein wichtiges
16 Wahlsprechen umgesetzt. Ver.di hat mit der Einführung eines Tarifvertrages im
17 Bereich der Diakonie die Arbeitsverhältnisse in den Heimen auf eine neue bessere
18 Grundlage gestellt.

19 Richtige Schritte in die richtige Richtung.

20 Die von wenigen von oben gestützte Idee einer Pflegekammer, als Selbstverwaltungseinrichtung,
21 deren Aufgaben und Wirkung auch in den Vorstellungen der Unterstützer
22 nebulös und unklar bleiben, wird von denen den wir eigentlich politisch und nicht
23 durch die Errichtung einer Behörde helfen sollten nicht als hilfreich verstanden und
24 abgelehnt.

25 Ganz konkret wollen die Befürworter erstmal den Pflegekräften, die sich durch die
26 Wende in der Landespolitik verdiente Verbesserungen erhofft haben, mit einer
27 Zwangsabgabe für die Pflegekammer weitere finanzielle Lasten auferlegen. Für Menschen
28 mit geringen Einkommen oft in Teilzeit kommt ein Festbetrag noch zur Kirchensteuer
29 und Gewerkschaftsbeitrag dazu. Das wird geringe Zahl der organisierten Kräfte
30 weiter nach unten drücken, da nur der Gewerkschaftsbeitrag freiwillig ist, will man bei
31 den kirchlichen Einrichtungen nicht gekündigt werden.

32 Die wichtige Aufgabe ordentliche Tariflöhne zu erkämpfen, wird auch von der Pflege-
33 kammer garnicht wahrgenommen werden, sondern weiterhin den von uns geschwächten
34 Gewerkschaften zu erzielen sein. Dass das unsere eigentlichen Bündnispartner gegen
35 uns aufbringt, ist nur allzu nachvollziehbar. Da nutzt es auch nix ständig und wiederholt
36 auf eine ver.di-Gruppe der MHH zu verweisen, die gerademal 1.600 Unterschriften
37 in der Region Hannover gesammelt hat.

38 Eine Alternative könnte ein Modell aus Bayern sein eine Lobby für die Pflege ohne
39 Zwangsbeitrag zu schaffen. Unbedingt müssen wir mit der Idee etwas für die Pflege
40 und die Beschäftigten zu tun, diese auch mitnehmen, sonst verkommt jede Institution
41 zum Bürokratie-Schreckgespenst, wo allenfalls für wenige gut dotierte Stellen entste-
42 hen.

43 Unser Ziel muss es sein wirksame Verbesserungen für die Beschäftigten in der Pflege zu
44 erreichen, ohne sie erstmal zur Kasse zu bitten und ohne das wir sie mitnehmen konn-
45 ten auf diesen Weg.

46 Weitere Begründung mündlich

47

48 Hans-Jürgen Licht

Christa Greve

49 AfA Bezirksvorsitzender Hannover
50 nalrätin

Gesamtpersonalrat und Perso-

51

In den städtischen Alten-und

52

Pflegeheimen der Landeshaupt-

53

stadt Hannover

54 **Empfehlung der Antragskommission:**

55 *Nichtbefassung. Planung einer Themenveranstaltung und spätere Beschlussfassung im*
56 *UBB*

1 C 10 Flexible Übergänge in die Rente – Teilrente jetzt

2 *Antragssteller: AFA UB-Region Hannover*

3 Die Rentenversicherung in einem modernen Industrieland ist so zu gestalten, dass sie
4 bedarfsgerechte und individuelle Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand er-
5 möglicht. Dies entspricht auch der sich wandelnden Erwartungshaltung in der Bevölke-
6 rung. So hält eine Mehrheit der Deutschen nichts mehr von einem starr festgelegten
7 Renteneintrittsalter und spricht sich klar für gleitende und flexible Übergänge aus dem
8 Berufsleben in den Ruhestand und für Zuverdienstmöglichkeiten für Rentner aus (vgl.
9 Studie „So wollen wir leben“ von Opaschowski).

10 Die SPD in der Region Hannover setzt sich dafür ein, die rechtlichen Grundlagen für
11 flexible Übergänge zu schaffen. Auf dieser Basis können die Tarifvertragsparteien die
12 Übergänge unter Beachtung der Bedürfnisse von Betrieben und Arbeitnehmer/innen
13 bedarfsgerecht, lebensnah und mit Spielraum sowie Planungssicherheit gestalten.

14 Flexible und gleitende Übergänge bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze so zu gestal-
15 ten, dass

- 16 - der Zeitraum zwischen dem 60. und 67. Lebensjahr flexibel gestaltet werden
- 17 kann,
- 18 - ältere Beschäftigte möglichst lange in das Erwerbsleben eingebunden werden,
- 19 - und ihre bisherige berufliche Tätigkeit fortführen können,
- 20 - durch Arbeitszeitverkürzung/Teilzeit Belastungen abgebaut werden,
- 21 - vorrangig besonders belastete Arbeitnehmerinnen-/Arbeitnehmergruppen ent-
- 22 lastet werden,
- 23 - das geringere Einkommen zum größten Teil ausgeglichen wird,
- 24 - Einbußen bei der Rente vermieden oder ausgeglichen werden.

25 Teilrente ab dem 60. Lebensjahr ermöglichen

26 Die SPD in der Region Hannover fordert die bereits existierende Rente für langjährig
27 Versicherte ab dem 63. Lebensjahr mit Abschlägen bei Erfüllung bestimmter Voraus-
28 setzungen bereits ab dem 60. Lebensjahr in Anspruch genommen werden können. Die-
29 se Voraussetzungen sind:

- 30 - 35 Versicherungsjahre,
- 31 - Ausschluss eines Anspruchs auf Grundsicherungsleistungen,
- 32 - Ausübung einer sozialversicherungsrechtlichen Beschäftigung neben der Teil-
33 rente (dies setzt einen gestärkten Rechtsanspruch auf Teilzeitar-
34 beit/Reduzierung der Arbeitszeit voraus),
- 35 - Anhebung der Hinzuverdienstgrenzen,
- 36 - Ausgleich von Rentenabschlägen durch Zusatzbeiträge in die gesetzliche Ren-
37 tenversicherung (§187 a SGB VI).

38 Diese Voraussetzungen müssen selbstverständlich weiter konkretisiert werden. So soll-
39 te der Ausgleich von Rentenabschlägen durch Zahlung von Zusatzbeiträgen in die ge-
40 setzliche Rentenversicherung steuerfrei und frei von Sozialabgaben erfolgen können,
41 was heute nur für die arbeitgeberseitigen Beiträge gilt. Die Hinzuverdienstgrenzen bei
42 Bezug der Teilrente sollten flexibler und durchlässiger gestaltet werden. Die maximale
43 Höhe aus Teilrente und Hinzuverdienst könnte sich z.B. an dem bisherigen höchsten
44 Arbeitseinkommen der letzten 3-5 Jahre orientieren.

45 **Begründung**

46 Ein zentrales Wahlversprechen der SPD bei der letzten Bundestagswahl war die ab-
47 schlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren (Altersrente für besonders langjährig
48 Versicherte). Dieses Versprechen haben wir gehalten.

49 Diese Reform kann aber nur ein Einstieg und erster Schritt zu einer neuen Flexibilisie-
50 rung des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand gewesen sein. Für viele Be-
51 schäftigte bringt sie die seit langem gewünschten Erleichterungen beim Renteneintritt.
52 Dennoch bleibt festzustellen, dass nicht alle Menschen von diesen Maßnahmen profi-
53 tieren werden.

54 Denn eines wird auch deutlich, trotz des Rentenpaketes 2014, wird es bei der Anhebung
55 der Regelaltersgrenze auf 67 bleiben. Damit stellt sich für immer mehr Menschen die
56 Frage, wie sie mit einem angemessenen Alterseinkommen gesund in Rente gehen kön-
57 nen.

58 Die nächsten Schritte müssen deshalb darin bestehen, dass die Bundesregierung die
59 Ankündigung aus dem Koalitionsvertrag, den rechtlichen Rahmen für flexible Über-
60 gänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand zu verbessern, auch für andere Beschäftig-
61 te tatsächlich mit Leben erfüllt.

62 **Teilrente jetzt erweitern**

63 Ein wesentliches Instrument dazu ist die Teilrente. Ein Teilrentenbezug ist heute ab
64 dem 63. Lebensjahr möglich. So kann man einen Teil seiner Altersrente vorzeitig in An-
65 spruch nehmen und sein übriges Einkommen durch Erwerbsarbeit erwirtschaften. Die
66 bereits bestehenden rechtlichen Möglichkeiten zum Bezug einer Teilrente sind zu
67 kompliziert und lebensfremd (z.B. starre und zu niedrige Hinzuverdienstgrenzen), so
68 dass nur eine sehr geringe Zahl von Menschen (3000-4000) diese Möglichkeit zum
69 Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand bislang nutzt.

70 Die SPD fordert daher eine Teilrente ab dem 60. Lebensjahr. Die Teilrente kann vielen
71 Menschen eine selbstbestimmte und eigenverantwortliche Gestaltung des Übergangs
72 vom Erwerbsleben in den Ruhestand ermöglichen. Sie bietet gerade in Verbindung mit
73 Teilzeitarbeit, insbesondere für besonders belastete Beschäftigtengruppen, eine realis-
74 tische Perspektive für einen längeren Verbleib im Erwerbsleben und für einen stufen-
75 weisen Ausstieg aus dem Arbeitsleben. Sie ist nicht als Instrument zur Frühverrentung
76 zu verstehen, sondern kann - ganz im Gegenteil - einen wichtigen Beitrag leisten, damit
77 auch Menschen mit besonderen Belastungen mit einer geringeren Arbeitsbelastung
78 durch Teilzeitarbeit die Regelaltersgrenze erreichen können.

79 **Abschläge in der Altersrente durch Zusatzbeiträge ausgleichen**

80 Mit den Zusatzbeiträgen in die gesetzliche Rentenversicherung können die höheren
81 Abschläge durch den Bezug der Teilrente bei der gesetzlichen Rente weitestgehend
82 ausgeglichen werden. Die bei Beginn der Teilrente zu zahlenden Zusatzbeiträge tragen
83 dazu bei, die durch die Teilrente entstehenden Vorfinanzierungskosten bei der gesetz-
84 lichen Rentenversicherung stark zu minimieren, so dass die Teilrente für die gesetzliche
85 Rentenversicherung nahezu kostenneutral ist. Auch für die anderen Sozialversiche-
86 rungsträger ergeben sich aus der Teilrente keine oder allenfalls geringfügig geringere
87 Beitragseinnahmen, die nicht beitragsatzrelevant sind.

88 Die Finanzierung von Zusatzbeiträgen in die gesetzliche Rentenversicherung kann
89 durch die Tarifvertragsparteien geregelt werden.

90 **Stärkung der Tarifvertragsparteien**

91 Die Tarifvertragsparteien sind aufgerufen, geeignete Instrumente (weiter) zu entwi-
92 ckeln, mit denen flexible Übergänge besser möglich werden. Durch entsprechende
93 Wahlmöglichkeiten können die besonderen Bedürfnisse von Branchen, Betrieben und
94 Arbeitnehmer/innengruppen lebensnah berücksichtigt werden. Es gibt nicht das eine
95 und alleinige geeignete Instrument, das für alle passt. Die Instrumente wie Altersteil-
96 zeit und Teilrente schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern sind jeweils geeignet,
97 in bestimmten Situationen gute Lösungen für Betriebe und Arbeitnehmerin-
98 nen/Arbeitnehmer vor Ort zu unterstützen. In Betrieben ohne Tarifbindung kann die
99 Regelungsbefugnis auf die Betriebsparteien übertragen werden. Die Tarifvertragspar-
100 teien sollen die Möglichkeit erhalten, ihre besonderen Traditionen und eingeschlage-
101 nen Pfade zur Gestaltung des demographischen Wandels weiter zu verfolgen.

102 **Empfehlung der Antragskommission:**

103 *Votum erfolgt auf dem Parteitag*

104

1 **C 11 Berufliche Integration von qualifizierten Frauen und Män-**
2 **nern mit Migrationshintergrund**

3 *Antragstellerin: ASF Region Hannover, OV Vahrenheide-Sahlkamp*

4

5 *Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen und an den*
6 *SPD-Bezirks-, Landes- und Bundesparteitag sowie an die SPD-Landtagsfraktion Nieder-*
7 *sachsen und die SPD-Bundestagsfraktion als Material und zur Umsetzung weiterleiten:*

8 Die SPD unterstützt und setzt sich in allen Ebenen dafür ein, dass Berufs- und Studien-
9 abschlüsse, die außerhalb der EU erworben worden sind, schnellst möglich anerkannt
10 werden.

11 Wir fordern auf: Zusatzqualifikationen anzubieten, die einen unverzüglichen Zugang
12 zur Erwerbsarbeit ermöglichen. Dabei haben die Weiterbildenden etwaige Kosten nicht
13 zu tragen, sondern werden durch staatliche Fördermittel unterstützt. Hilfsweise zah-
14 len die Weiterbildenden unter bestimmten Bedingungen (analog Bafög) die vorge-
15 streckten Kosten zurück.

16 **Begründung:**

17 Wer die Besten will, kommt an Frauen nicht vorbei.

18 Die Anerkennung von außerhalb der EU erworbenen Berufs- und Studienabschlüsse
19 unterliegen Regelungen. Für Betroffene hat es zumeist den Anschein, dass ihre Quali-
20 fikation weniger wert ist als hier erworbene Kenntnisse, weil eine große Anzahl nicht
21 oder nur mit weiteren Qualifikationen anerkannt wird.

22 Die Geschwindigkeit der Verfahren zur Überprüfung der vorhandenen Kenntnisse ist
23 eine Stellschraube zur besseren Integration. Eine andere Möglichkeit ist das Erwerben
24 von Zusatzqualifikationen. Dies ist oft mit Kosten verbunden, die von der Betroffenen
25 nur selten getragen werden können. Statt später durch aufstockende Leistungen zu
26 unterstützen, ist es humaner, wertschätzender und auch ökonomischer diese Bil-
27 dungsarbeit staatlich zu finanzieren. Modelle wie BAföG würden unterstützen.

28 Vor dem Hintergrund des bestehenden Fachkräftemangels gelten die Argumente ver-
29 stärkt.

30

31 **Empfehlung der Antragskommission:**

32 *Votum erfolgt auf dem Parteitag*

33

1 **C 12 Rentenniveau stabilisieren**

2

3 *Antrag steller: AG 60 plus im SPD-Ortsverein Wunstorf*

4

5

6 Die SPD soll dich dafür einsetzen das Rentenniveau zu stabilisieren, um einer Altersar-
7 mut in den nächsten Jahren vorzubeugen.

8

9 Hierbei sind sowohl die berechtigten Interessen der Beitragszahler, wie
10 der künftigen Leistungsempfänger angemessen zu berücksichtigen.

11

12 **Empfehlung der Antragskommission:**

13 *Votum erfolgt auf dem Parteitag*

14

1 **C13 Hebammenschule in kommunaler Trägerschaft halten!**

2

3 *AntragstellerInnen: Jusos Region Hannover*

4

5 **Weiterleitung: SPD Regionsfraktion**

6

7 Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen:

8 Wir fordern: die Hebammenschule des KRH in kommunaler Trägerschaft zu halten.

9

10 **Begründung:**

11

12 Das KRH ist ein hundertprozentiges Tochterunternehmen der Region Hannover. Innerhalb des KRH kommt es momentan zu wesentlichen Umstrukturierungen. Das KRH verliert durch Beschluss der Regionsversammlung, zur Schließung der Geburtshilfe des Nordstadtkrankenhauses, den größten praktischen Ausbildungsort.

16

17 Zur Sicherung der Ausbildungsvergütung der "werdenden Hebammen" ist der Verbleib der Schule in kommunaler Trägerschaft und damit zum TVAÖD (Tarifvertrag Ausbildung Öffentlicher Dienst) essentiell.

20

21 Durch den Verbleib ist weiterhin ein allgemeiner, konfessionsunabhängiger Zugang zur Ausbildung sichergestellt. Kliniken mit einer ausreichenden Anzahl von Geburten für die praktische Ausbildung sind in kirchlicher Trägerschaft, sowie die MHH.

24

25 Zur Kompensation des Wegfalls, des Ausbildungsstandort Nordstadtkrankenhaus müssen interne Alternativen, sowie Kooperationen zur praktischen Ausbildung geprüft werden.

28 Dem KRH entstehen durch die Hebammenausbildung zudem keine Kosten, da die Ausbildung durch die Krankenkassen refinanziert wird.

30

31 **Empfehlung der Antragskommission:**

32 *erledigt*

33 C 14 Faire Finanzierung von Kinderwunschbehandlungen

34

35 *AntragsstellerInnen: Jusos Region Hannover*

36

37 Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen und an den SPD
38 Landesparteitag weiterleiten:

39

40 **Antragstext:**

41

42 Die SPD Region Hannover fordert eine Neubearbeitung der Richtlinie zur Förderung von
43 Maßnahmen der assistierten Reproduktion ("künstliche Befruchtung") durch den Bund
44 und durch das Land Niedersachsen (Kinderwunschbehandlung), sodass auch unverhei-
45 rateten heterosexuellen und homosexuellen Paaren, sowie Paare mit eingetragener
46 Lebenspartnerschaft eine Kinderwunschbehandlung ermöglicht werden kann. Darüber
47 hinaus fordern wir ebenfalls die Übernahme der Hälfte der Kosten durch die Kranken-
48 kassen für die genannten Paare. Bis zur Umsetzung der Übernahme durch die Kranken-
49 kassen sollen diese Kosten ebenfalls staatlich finanziert werden.

50

51 **Begründung:**

52

53 Bei unerfülltem Kinderwunsch stellt die In Vitro Fertilisation (IVF) und die Intrazyto-
54 plasmatische Spermieninjektion (ICSI) eine der erfolgversprechendsten Verfahren da
55 um Paaren, die aufgrund von Krankheiten, vorangegangenen Chemotherapien oder
56 anderen Gründen auf natürlichem Wege keine Kinder zeugen können.

57 Über die Zeit des Verfahrens kommen hohe Kosten auf die Eltern zu, die viele Paare
58 nicht alleine tragen können. Die Hälfte der Kosten übernimmt die Krankenkasse, weite-
59 re 25 Prozent können in Niedersachsen zusätzlich von Bund und Land gemeinsam
60 übernommen werden. Dies gilt jedoch nur für verheiratete heterosexuelle Paare. Es
61 findet eine offene Diskriminierung an Lebensentwürfen statt, die nicht dem christlich-
62 konservativem Modell entsprechen und gleichzeitig in gewisser Weise eine Bewertung
63 der Fähigkeit zur Elternschaft außerhalb diesen Modells.

64 Wir glauben, dass niemand in die Institution Ehe getrieben werden sollte um sich einen
65 Kinderwunsch erfüllen zu können und daher die Finanzierung von Krankenkassen,
66 Bund und Ländern nicht nur verheirateten heterosexuellen Paaren zur Verfügung ste-
67 hen sollte.

68 **Empfehlung der Antragskommission:**

69 *Votum erfolgt auf dem Parteitag*

70

1 **D 1 Planstellen für Förderschullehrkräfte an inklusiv arbeitenden**
2 **Regelschulen**

3 *Antragssteller: AfB Region Hannover*

4 *Der Parteitag möge beschließen:*

5 Das MK wird aufgefordert, zeitnah zur Verabschiedung der Schulgesetznovelle zur per-
6 sonellen Unterstützung der Inklusion

- 7 1. an den Grundschulen Planstellen für Förderschullehrkräfte zu schaffen bzw.
8 sie durch Verlagerung aus dem Förderschulbereich an Grundschulen einzu-
9 richten und sie zum nächstmöglichen Termin zu besetzen,
10 2. an Schulen des Sekundarbereichs I, die den Bedarf nachweisen und ein Kon-
11 zept zur inklusiven Beschulung und zur Kooperation von Fach- und Förder-
12 schullehrkräften entwickelt haben, für die Einrichtung und Besetzung von
13 Planstellen für Förderschullehrkräfte zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu
14 sorgen,
15 3. an den unter 2) genannten Schulen eine Planstelle für Leitungsaufgaben zur
16 Umsetzung der Inklusion als Beförderungsstelle zusätzlich zu den der Schule
17 zugewiesenen Fachbereichs- und Jahrgangsstellen einzurichten,
18 4. rechtliche Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich Förderschullehrkräf-
19 te auf Leitungsstellen zur Organisation und Pädagogik der Inklusion an all-
20 gemein bildenden Schulen bewerben können.

21 *Begründung:*

- 22 1. Inklusive Schulen benötigen Kollegien, in denen Fach- und Förderschullehrkräfte
23 voneinander lernen, miteinander kooperieren und mit weiteren pädagogischen
24 Fachkräften zu multiprofessionellen Teams zusammenwachsen. Grundlage da-
25 für sind Planstellen für all diese Kräfte vor Ort, deren Auswahl vom Schulleiter /
26 der Schulleiterin vorzunehmen ist, damit Verantwortung und Befugnisse dort
27 liegen, wo Inklusion pädagogisch umgesetzt werden muss: bei der Schulleitung
28 und dem Kollegium der eigenverantwortlichen allgemeinbildenden Schule.
29 2. Kleinere Grundschulen, denen auf der Basis der sonderpädagogischen Grund-
30 versorgung allein keine Planstelle für eine Förderschullehrerin zusteht, können
31 Partnerschaften eingehen, sodass die zuständige Förderschullehrkraft von der
32 Planstelle an einer Grundschule aus mit geteilter Stundenzahl und in Abord-
33 nung auch die inklusiven Aufgaben an der Partnerschule wahrnehmen kann.

34 3. In großen Systemen mit einem ausgewiesenen Inklusionskonzept sind zur Um-
35 setzung der Inklusion Leitungsaufgaben in einem Umfang zu erfüllen, der ver-
36 gleichbar ist mit dem der Fachbereichs- und Jahrgangleiter/innen. Auf die ent-
37 sprechende Leitungsstelle sollten sich Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung für all-
38 gemein bildende Schulen ebenso bewerben können wie sonderpädagogische
39 Lehrkräfte.

40 **Empfehlung der Antragskommission:**

41 *Votum erfolgt auf dem Parteitag*

42

1 D 2 Grundsätzliche Überlegungen auf dem Weg zu einer inklusi- 2 ven Gesellschaft

3 *Antragssteller: AfB Region Hannover*

4 *Der Parteitag möge beschließen:*

5 Deutschland und Niedersachsen haben sich auf den Weg zu einer inklusiven Gesell-
6 schaft gemacht. Auf diesem Weg müssen folgende Grundsätze zu beachten:

- 7 1. Alle Gesetze, Verordnungen und Beschlussdrucksachen sind nicht nur unter
8 „Gender“-Aspekten zu bewerten, sondern auch unter dem Aspekt, inwieweit sie
9 „Inklusion“ ermöglichen oder erschweren. Das gilt aktuell natürlich vor allem für
10 das neue KiTa-Gesetz und für die dringend notwendige grundsätzliche Neukon-
11 zeption der Lehrerbildung,
- 12 2. Schrittweise sind individuelle Förderkonzepte und Fördermaßnahmen für alle
13 Schülerinnen und Schüler zu entwickeln und zu realisieren, so dass eine sonder-
14 pädagogische Überprüfung und Etikettierung von SchülerInnen mit sonderpä-
15 dagogischem Förderbedarf für eine Zuweisung von Förderschullehrkräften nicht
16 mehr notwendig ist,
- 17 3. in Regelschulen sind räumliche und personelle Strukturen aufzubauen, so dass
18 das Nebeneinander von Regelschul- und Förderschulsystem schrittweise abge-
19 baut wird. Sonderschullehrkräfte sollten daher soweit wie möglich im Rahmen
20 von Stellen an den Regelschulen in multiprofessionellen Teams tätig sein.
- 21 4. Die Gestaltung der Bildungslandschaften und damit die Steuerung inklusiver
22 Ansätze wird zunehmend eine kommunale Aufgabe.
- 23 5. Regionale Zentren für schulische Inklusion sollten zur Vernetzung der Schulen
24 als kommunale Aufgabe eingerichtet werden. Sie dienen vor allem der Zusam-
25 menarbeit der Schulen im Rahmen eines regionalen Schulnetzes oder „Regiona-
26 len Inklusionskonzeptes“, der Zusammenarbeit mit den öffentlichen und priva-
27 ten Einrichtungen in der Region, der Beratung von Eltern und Lehrkräften und
28 dem organisierten Erfahrungsaustausch dienen.

29 *Begründung*

30 Seit dem Jahr 2013 ist Inklusion für alle Schulen verbindlich.

31 Nun ist der Zeitpunkt für die nächsten Schritte gekommen:

- 32 1. Förderschullehrkräften werden im Rahmen inklusiv arbeitender interdisziplinä-
33 rer Teams und einem Stammkollegium zugewiesen
- 34 2. die Verteilung von Förderschullehrkräften - wie auch bei den Lehrkräften mit
35 anderer Lehrbefähigung – geschieht durch die Landesschulbehörde.

36 3. Mit der Weiterentwicklung der Inklusion in unserer Gesellschaft und in den
37 Schulen sollte die Etikettierung entfallen – jedes Kind soll entsprechend seinem
38 Förderbedarf gefördert werden. Bisher ist die Überprüfung des sonderpädagogischen
39 individuellen Förderbedarfs Voraussetzung der sonderpädagogischen
40 Förderung.

41 „Das System der sonderpädagogischen Hilfen und Angebote im Land Niedersachsen
42 entwickelt und verändert sich fortlaufend. Nach einer Phase des Auf- und Ausbaus eines
43 flächendeckenden differenzierten Angebots verschiedener, auf einzelne Behinderungsarten
44 bezogener schulischer Einrichtungen, sind seit 1977 zusätzlich vielfältige
45 flexible Organisationsformen sonderpädagogischer Förderung entwickelt worden:

- 46 • Sonderunterricht für Sprachbehinderte
- 47 • Integrationsklassen
- 48 • Zusammenarbeit zwischen Grundschule und Sonderschule (gemäß Erlass des
49 Kultusministeriums vom 17.02.1987)
- 50 • Mobile Dienste
- 51 • Bildung von Schulzweigen (nach § 106 Abs. 4 Niedersächsisches Schulgesetz,
52 NSchG)
- 53 • enge pädagogische Zusammenarbeit von allgemeinen Schulen und Sonderschulen
54 (nach § 25 NSchG)“

55 Schon 1996 begann eine sozialdemokratische Landesregierung eine Veränderung des
56 Schulsystems in Richtung auf Inklusion durch den Ausbau des gemeinsamen Unterrichts
57 durch kooperative und integrative Ansätze unter dem Titel “Lernen unter einem
58 Dach”.

59 Als Kernstück der Rahmenplanung wurde das “Regionale Integrationskonzept (RIK)”
60 eingeführt. In einem “RIK” sollte ausgewiesen werden, wie und in welcher Form Kinder
61 und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf in einer Region gefördert
62 werden können und wie die dafür vorhandenen sonderpädagogischen Förderangebote
63 um- und ausgebaut werden sollen. Dabei sollte für Kinder und Eltern Verlässlichkeit
64 entstehen, welche Förderangebote von der Sonderschule über die Kooperationsklasse
65 bis zur Integrationsklasse in erreichbarer Nähe zur Verfügung stehen. Sonderschulen
66 werden so zu regionalen oder überregionalen Förderzentren, die ihren umfangreichen
67 schulgesetzlichen Auftrag wahrnahmen, indem sie alle Kinder mit sonderpädagogischem
68 Förderbedarf in der Region bzw. im überregionalen Bereich betreuen.

69 Die Weiterentwicklung der “Regionalen Integrationskonzepte” zu “Regionalen Inklusionskonzepten”
70 steht in engem Zusammenhang mit der kommunalen Schulentwicklungsplanung und der
71 Entwicklung regionaler Bildungslandschaften. Sie sollten deshalb von Eltern, Schulträgern,
72 Lehrkräften, Schulleitungen und Schulbehörden getragen werden. Nur so kann das
73 Förderangebot bedürfnisorientiert eingerichtet werden. Dadurch erhalten die Kommunen
74 eine erheblich höhere Verantwortung für die Gestaltung der Bildungslandschaften in
75 Kooperation mit der Schulbehörde und im Dialog mit den Schulen und Eltern.
76

77 **Quellen**

78 Lernen unter einem Dach - Niedersachsen macht Schule
79 Rahmenplanung für die Fortführung der Integration von Schülerinnen und Schülern
80 mit sonderpädagogischem Förderbedarf
81 <http://nibis.ni.schule.de/~infosos/ftp/doc/lued.doc>

82 **Empfehlung der Antragskommission:**

83 *Votum erfolgt auf dem Parteitag*

84

1 D 3 Keine Stundenkürzung in Musik und Kunst in der Einfüh- 2 rungsphase

3 *Antragssteller: AfB Region Hannover*

4 *Der Parteitag möge beschließen:*

5 Das MK wird aufgefordert, in in den Fächern Musik und Kunst im 11. Jahrgang der gym-
6 nasialen Oberstufe keine Stundenkürzung vorzunehmen

7 *Begründung:*

8 Mit der Novelle des Niedersächsisches Schulgesetzes vom Februar 2015, die derzeit im
9 Niedersächsischen Landtag behandelt und voraussichtlich Anfang Juni 2015 beschlos-
10 sen wird, ist u. a. eine Schulzeitverlängerung an den Gymnasien und an den nach
11 Schulzweigen gegliederten Kooperativen Gesamtschulen vorgesehen; dort soll das Abi-
12 tur statt nach 12 erst wieder nach 13 Schuljahren erworben werden können.

13 Der Unterricht in der Einführungsphase (11. Jg) hat die wichtige Aufgabe, auf den Un-
14 terricht in der Qualifikationsphase (12./13.Jg) vorzubereiten. In allen Fächern wird ein
15 Grundwissen vermittelt, das begründete Wahlentscheidungen (Wahl von Schwer-
16 punktfächern, Abiturprüfungsfächern, weiteren Fächern) ermöglichen soll. Darstellen-
17 des Spiel wird in der Einführungsphase erst neu eingeführt – einstündiger Unterricht
18 kann keine ausreichende Basis für den Unterricht in der Oberstufe darstellen.

19 Kunst oder Musik sind Schwerpunktfach im musisch-künstlerischen Schwerpunkt in
20 der Qualifikationsphase. Die Einstündigkeit stellt eine grobe Ungleichbehandlung zu
21 anderen prüfungsrelevanten Schwerpunktfächern dar, die zweistündig unterrichtet
22 werden! Und ist eine Benachteiligung des musisch-künstlerischen Profils einer Schule.

23 Die Verordnung über die gymnasiale Oberstufe gilt nicht nur für die Gymnasien, bei
24 denen die Schulzeit zum Abitur von 12 auf 13 erhöht wurde. Hier gilt möglicherweise
25 die Aussage, dass die Gesamtzahl der Musik- und Kunststunden während der gesam-
26 ten Schulzeit sich nicht verringert hat. Für die Gesamtschulen, deren Stundentafel in
27 der Einführungsphase (d.h. im 11 Jahrgang) mit der Verordnung ersatzlos entfällt, ist die
28 Kürzung in Musik und Kunst eine reale Kürzung.

29 Die Kürzung in Musik und Kunst in der Oberstufe widerspricht dem Ziel, Kunst und
30 Kultur in Niedersachsen künftig noch stärker im Alltag der Kinder und Jugendlichen in
31 den allgemein bildenden Schulen zu verankern, wie dies im Projekt SCHULE:KULTUR!
32 zum Ausdruck kommt. Zusammen mit der Stiftung Mercator haben das Niedersächsi-
33 sche Kultusministerium und das Ministerium für Wissenschaft und Kultur das Projekt
34 SCHULE:KULTUR! initiiert. Ziel dieses Vorhabens ist es, Schülerinnen und Schüler aller
35 Jahrgänge für kulturelle Aktivitäten und kreatives Schaffen zu begeistern. Zunächst 40
36 Projektschulen werden durch das Land und die Stiftung Mercator gefördert und arbei-
37 ten mit Kultureinrichtungen zusammen. Schulen und kulturelle Partner bauen dabei
38 gemeinsam ein fächerübergreifendes kulturelles Bildungsangebot auf.

39 **Quellen:**

40 Verordnung über die gymnasiale Oberstufe (VO-GO)

41 <http://stadtelternrat.de/images/PDF->

42 [Dateien/Novelle_NSchG_2015/2015%20Entwurf%20VO-GO.pdf](http://stadtelternrat.de/images/PDF-Dateien/Novelle_NSchG_2015/2015%20Entwurf%20VO-GO.pdf)

43 SCHULE:KULTUR!

44 <http://www.mwk.niedersachsen.de/startseite/schulekultur/schulekultur-127886.html>

45 **Empfehlung der Antragskommission:**

46 *Votum erfolgt auf dem Parteitag*

47

1 **D 4 Kompetenzen nutzen!**

2 *Antragssteller: AfB Region Hannover*

3 *Der Parteitag möge beschließen:*

4 Der Unterbezirkspartei der SPD UB Region Hannover fordert die SPD-Fraktionen in Ge-
5 meinden, Städten und Regionen im SPD Unterbezirk Region Hannover und in Nieder-
6 sachsen und im niedersächsischen Landtag auf, die in den Arbeitsgemeinschaften vor-
7 handenen Kompetenzen z.B. in der Jugendarbeit, in Kulturfragen, in Fragen der In-
8 tegration und in Bildungsfragen zu nutzen und die Arbeitsgemeinschaften in der Vor-
9 bereitung von Konzepten und Beschlussdrucksachen einzubeziehen und engagierten
10 und kompetenten Genossinnen und Genossen die Mitarbeit in den AGs der Fraktionen
11 zu ermöglichen.

12 **Empfehlung der Antragskommission:**

13 *Votum erfolgt auf dem Parteitag*

14

D5 Einführung der Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen

Antragsteller: ASJ

Beschlussempfehlung:

Der Unterbezirksparteitag beauftragt die einzelnen Gremien, darauf hinzuweisen, wie wichtig es ist, diesen Punkt aus dem aktuellen Regierungsprogramm noch in dieser Wahlperiode des Niedersächsischen Landtages umzusetzen und sie zu bitten, dies zu ermöglichen.

Begründung:

Wir verweisen bei der Begründung auf das aktuelle Niedersächsische Regierungsprogramm, weil wir der Ansicht sind, dass dem nichts hinzuzufügen ist.

Zitat aus dem Niedersächsischen Regierungsprogramm 2013-2018

„Kulturelle Bildung ist Teil der Allgemeinbildung und öffnet Zugänge zu komplexen Lebenswelten. Durch kulturelle Bildung kann der Umgang mit komplexen gesellschaftlichen Veränderungen erlernt werden. Medienbildung als Teil der kulturellen Bildung ermöglicht Jung und Alt, sich in einer medial geprägten Gesellschaft zurechtzufinden. Die Abschaffung der Landeszentrale für politische Bildung war ein Fehler, weil die politische Bildung adäquate Instrumente braucht, um der zunehmenden Vielfalt in unserer Gesellschaft gerecht zu werden. Kulturelle und politische Bildung müssen zusammengedacht werden.

Eine SPD-Landesregierung wird

- Eine zentrale Institution für politische Bildung schaffen, die im Sinne eines umfassenden Gesamtkonzepts der politischen Bildung und Medienkompetenz lebensbegleitendes Lernen als Baustein für Demokratie und gerechte Teilhabe fördert, auch um Schulen und Bildungseinrichtungen konkrete Hilfen bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus zu bieten.“

Empfehlung der Antragskommission:

Votum erfolgt auf dem Parteitag

1 E 1 TTIP, TISA und CETA fair und sozial gerecht gestalten

2 *Antragsteller: Ortsverein Kleefeld-Heideviertel*

3 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:*

4 Der SPD-Unterbezirk Region Hannover

- 5 1. begrüßt die Positionierung des Parteikonventes zum Freihandelsabkommen TTIP vom
6 20. September 2014. Die Positionierung des Parteikonventes muss inhaltliche Grundla-
7 ge für das Handeln zuständiger sozialdemokratischer Entscheidungsträgerinnen und -
8 träger sein.
- 9 2. ist der Ansicht, dass der Abschluss von Handels- und Investitionsabkommen sowie
10 Dienstleistungsabkommen mit den USA (TTIP, TISA) und Kanada (CETA) eine Chance für
11 die Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen, des Handels zwischen der Europäischen Uni-
12 on und den USA bzw. Kanada und die Stärkung von ArbeitnehmerInnenrechten bedeu-
13 ten kann.
- 14 3. lehnt eine Aufweichung oder Aufhebung von Sozial-, Umweltschutz-, Datenschutz-,
15 Verbraucherschutz- und Arbeitsrechtsstandards im Rahmen von TTIP, TISA und CETA
16 ab. In den jeweiligen Staaten müssen die entsprechenden höherwertigen Schutzniveaus
17 erhalten werden.
- 18 4. spricht sich für die verbindliche Ratifizierung der Kernarbeitsnormen der International
19 Labour Organisation (ILO) im Rahmen der Abkommen aus.
- 20 5. lehnt eine zunehmende Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge als mögliche Folge
21 der genannten Abkommen ab.
- 22 6. spricht sich für gleiche Arbeitsbedingungen, für die gleiche Entlohnung von Arbeitneh-
23 merInnen sowie für Konfliktbeilegungsmechanismen an einem jeweiligen Ort aus. Eine
24 Aufweichung dieser Prinzipien im Rahmen der genannten Abkommen ist abzulehnen.
- 25 7. lehnt eine Etablierung von Investor-Staat-Streitschlichtungsverfahren (ISDS) sowie an-
26 derer außerstaatlicher Schiedsgerichte ab.
- 27
- 28 8. lehnt die Einrichtung von Regulierungsräten zur Legitimation möglicher Nachver-
29 handlungen der Abkommen ab. Dies muss Aufgabe des Europäischen Parlamentes ei-
30 nerseits und des US-Kongresses bzw. des kanadischen Parlamentes andererseits sein.

31 *Begründung:*

32 Aktuell verhandelt die Europäische Union über den Abschluss von Investitions-, Dienstleis-
33 tungs- und Handelsabkommen mit den USA (TTIP: Transatlantic Trade and Investment Part-
34 nership; TISA: Trade in Services Agreement) und Kanada (CETA: Comprehensive Economic and
35 Trade Agreement). Der Abschluss entsprechender Abkommen kann deutliche positive Effekte
36 für die transatlantischen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen bedeuten und einen wichtigen
37 Beitrag zur Stärkung der Industrie in der Europäischen Union leisten. Der Marktzugang für eu-
38 ropäische Unternehmen in den USA und Kanada wird – u.a. durch die Abschaffung von Zöllen –
39 erleichtert. Dies wird insbesondere die Exporte europäischer Unternehmen in die USA und nach
40 Kanada steigern. Weiterhin kann der Zugang zum amerikanischen und kanadischen Beschäfti-
41 gungssektor für europäische ArbeitnehmerInnen erleichtert werden. Durch die Anerkennung
42 und Angleichung technischer Standards können Kosten bei Produktion und Zertifizierungen
43 reduziert werden. Standards, die ausschließlich darauf abzielen, europäische Unternehmen

44 vom Markt fernzuhalten, können überwunden werden. Höhere Standards zur Sicherheit von
45 Finanzmarktprodukten und Finanzdienstleistungen können etabliert werden. Die Abkommen
46 bieten die Chance zur Stärkung von ArbeitnehmerInnenrechten, insbesondere durch die Aner-
47 kennung von ILO-Kernarbeitsnormen (u.a. Vereinigungsfreiheit, Anerkennung von Gewerk-
48 schaften, Gründung und Tätigkeit von Betriebsräten, Informations- und Konsultationsrechte
49 von ArbeitnehmerInnen).

50 Allerdings bestehen auch Herausforderungen hinsichtlich der Verabschiedung entsprechender
51 Investitions, Dienstleistungs- und Handelsabkommen. Die Aufrechterhaltung von Standards
52 europäischer Gesetzgebung – insbesondere in den Bereichen VerbraucherInnenschutz, Arbeit-
53 nehmerInnenschutz, Datenschutz und bei Sozialstandards – darf durch die Regelungen von
54 TTIP, TISA und CETA nicht gefährdet werden. Im Lebensmittel- und Verbraucherschutzbereich
55 muss weiterhin das Vorsorgeprinzip gelten. Zu stark hormonbelastetes Fleisch, Produkte, die
56 hygienische Produktionsstandards nicht einhalten, sowie Produkte, welche die Bestimmungen
57 für den Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen nicht erfüllen, sollten nicht auf
58 dem europäischen Markt erhältlich sein. Die Abkommen dürfen nicht zu einer zunehmenden
59 Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge führen. Es darf nicht dazu kommen, dass Ar-
60 beitnehmerInnen für die gleiche Tätigkeit an einem bestimmten Ort unterschiedliche Entloh-
61 nungen erhalten sowie unterschiedliche Arbeitsbedingungen für sie gelten. Das Prinzip "Glei-
62 cher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort" muss beibehalten werden. Zudem müssen auch
63 in Kanada und den USA klare Regeln für die Beilegung von arbeitsrechtlichen Konflikten gelten
64 sowie eine angemessene betriebliche Mitbestimmung möglich sein. StreikbrecherInnen aus
65 Drittstaaten dürfen keinesfalls in Europa eingesetzt werden.

66 Geographische Ursprungsbezeichnungen müssen in den USA und Kanada anerkannt und ge-
67 schützt werden. Regionale Spezialitäten und Produkte müssen weiterhin hinsichtlich ihrer Her-
68 kunftsbezeichnung geschützt werden. Damit wird nicht nur eine regionale Wertschöpfungs-
69 kette geschützt, sondern werden auch hochwertige Produktionsstandards gewahrt. Äußerun-
70 gen von Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt (CSU) zu einer möglichen Lockerung entspre-
71 chender EU-Rechtsvorschriften im Rahmen von TTIP, TISA und CETA sind abzulehnen.

72 Investor-Staat-Streitschlichtungsverfahren (ISDS) sind abzulehnen. Sie beinhalten Verfahren
73 vor internationalen Schiedsstellen, fernab von normalen juristischen Verfahren vor Gerichten
74 sowie Staat-zu-Staat-Streitbeilegungsverfahren. Vor diesen Schiedsstellen könnten Unterneh-
75 men direkte Entschädigungen für entgangene Gewinne aufgrund von rechtlichen Vorschriften
76 der beteiligten Staaten oder aufgrund von Enteignungen erstreiten. Dies könnte, insbesondere
77 bei Umweltschutz-, Datenschutz-, Verbraucherschutz- und Arbeitnehmerrechtsbestimmun-
78 gen sowie Sozialstandards, zu einer Aufhebung oder Aufweichung hochwertiger Standards
79 führen, da der Staat immer fürchten müsste, Entschädigungen an Unternehmen für mögliche
80 entgangene Gewinne zahlen zu müssen. Ein entsprechender Revisionsmechanismus existiert
81 in den bisherigen Vorschlägen für TTIP und CETA nicht. Den Unternehmen werden durch dieses
82 Streitschlichtungsverfahren letztendlich nur Rechte eingeräumt, aber nur wenige Pflichten
83 abverlangt. Das Investor-Staat-Streitschlichtungsverfahren (ISDS) ist daher nicht notwendig und
84 bedenklich für das Zustandekommen der Rechtsnormen im Rahmen der Gesetzgebung. Das
85 Verfahren vergrößert zudem – entgegen häufiger Behauptungen – nicht automatisch die In-
86 vestitionsbereitschaft der Unternehmen.

87 Die Wahrung des Datenschutzes im Rahmen der Abkommen ist von herausragender Bedeu-
88 tung. Das individuelle Eigentum personenbezogener Daten gilt in der Europäischen Union als
89 Grundrecht, in den USA ist dies nicht der Fall. Zudem sind europäische BürgerInnen in daten-
90 schutzrechtlicher Hinsicht in den USA und Kanada InländerInnen nicht gleichgestellt. Eine
91 rechtliche Gleichstellung muss im Rahmen des Abkommens dringend erreicht werden.

92 Im gegenwärtigen Entwurf für das CETA-Abkommen mit Kanada ist keine vollständige Ratifi-
93 zierung der Kernarbeitsnormen der International Labour Organisation (ILO) vorgesehen. Kana-
94 da hat nur sechs von acht Kernarbeitsnormen ratifiziert. Zum Schutz von ArbeitnehmerInnen
95 muss es jedoch das Ziel sein, dass alle Kernarbeitsnormen ratifiziert werden.

96 Die Ausgestaltung zukünftiger Regulierungsfragen soll Regulausschüssen übertragen
97 werden, die mögliche Ergebnisse von Nachverhandlungen nach Ratifizierung von TTIP, TISA
98 und CETA beschließen sollten. Damit würde der demokratische Gesetzgebungsprozess umgan-
99 gen. Die Ratifizierung entsprechender Abkommen und nachfolgender Regelungen muss in der
100 Verantwortung des Europäischen Parlamentes, des kanadischen Parlamentes und des US-
101 Kongresses bleiben.

102 Für die Sozialdemokratie muss klar sein: TTIP, TISA und CETA bieten große Chancen, wenn sie
103 sozial verträglich, nachhaltig und fair gestaltet sind. Es muss das Ziel sein, auch Arbeitnehme-
104 rInnenrechte zu stärken und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Grundlegende Umwelt-,
105 Daten-, Verbraucherschutz- und Sozialstandards dürfen nicht abgesenkt werden. Einen Inves-
106 tor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus und Regulausschüsse darf es nicht geben. Es
107 gibt klare Bedingungen, zu denen sich die SPD gut vorstellen können sollte, diesen Abkommen
108 zuzustimmen. Werden bestimmte "rote Linien" aber überschritten, darf es mit der SPD keine
109 Zustimmung zu CETA, TISA und TTIP geben.

110 **Empfehlung der Antragskommission:**

111 *Votum erfolgt auf dem Parteitag*

112

1 E 2 Antrag bezüglich Waffenexporten

2

3 *Antragsteller: OV Oststadt/Zoo*

4

5 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:*

6

7 Die SPD setzt sich dafür ein, dass zukünftig Waffenexporte aus Deutschland heraus
8 höchstens an NATO-Bündnispartner erfolgen, die garantieren, dass die Waffen nicht in
9 die Hände Dritter gelangen. Waffenexporte an Nicht-Nato-Staaten sind zukünftig
10 strafrechtlich konsequent zu ahnden.

11

12 **Begründung:**

13 Nach Art. 26 Abs.1 GG sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorge-
14 nommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere
15 die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und nach Satz 2
16 unter Strafe zu stellen.

17 Die Regelung des Art. 26 Abs.2 GG regelt das Verfahren für die Herstellung, Beförde-
18 rung und das Inverkehrbringen von Kriegswaffen, stellt jedoch keine Ausnahme zu der
19 Regel des Art 26 Abs.1 GG dar. Dennoch werden Kriege und Bürgerkriege weltweit unter
20 zunehmender Beteiligung deutscher Waffen geführt – massive Bürgerkriegshandlun-
21 gen in Libyen wurden mit Waffen aus deutscher Produktion geführt, selbst an den
22 Giftgaseinsätzen in Syrien im August 2013 waren deutsche Produzenten mit beteiligt.
23 Höhepunkt der menschenunwürdigsten Rüstungsexporte war im Jahr 2011 der von der
24 schwarz-gelben Bundesregierung veranlasste Export von 200 Leopold-Panzern an das
25 nicht gerade für die Achtung demokratischer Prinzipien und Menschenrechte bekannte
26 Saudi-Arabien, in welchem homosexuelle Menschen mit der Todesstrafe bedroht und
27 Regimegegner willkürlich hingerichtet werden. Seit vielen Jahren gehört Deutschland
28 zu den drei größten Waffenexporteuren der Welt.

29 Dieser unhaltbare Zustand muss aus Gründen des Völkerrechts und der Menschenrech-
30 te unverzüglich ein Ende finde.

31

32 **Empfehlung der Antragskommission:**

33 *Votum erfolgt auf dem Parteitag*

34

35

1 E3 „Asyl dort beantragen, wo es schließlich gebraucht wird!“

3 *AntragstellerInnen: Jusos Region Hannover*

5 Weiterleitung: Bezirksparteitag

7 Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen:

9 Im vergangenen Jahr haben rund 200.000 Menschen einen Asyl- oder einen Asylfolge-
10 antrag in Deutschland gestellt. Viele von ihnen mussten illegal in die Bundesrepublik
11 Deutschland einreisen und sich somit strafbar machen. Dies ist eine Problematik, die
12 seit Jahren bekannt ist und dazu führen kann, dass Asylbewerberinnen und Asylbewer-
13 ber straffällig werden.

15 Das europäische Asyl- und Flüchtlingssystem sieht vor, dass ein Flüchtling in dem Mit-
16 gliedsstaat, wo er zum ersten Mal in Erscheinung tritt, gemeldet wird und ein Asylver-
17 fahren eröffnen kann. Die Eröffnung eines Asylverfahrens beinhaltet viele Restriktio-
18 nen und Einschränkungen, solange wie das Verfahren läuft. In Deutschland übernimmt
19 das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Bearbeitung eines Asylver-
20 fahrens. Die Bearbeitung eines Asylantrags kann derzeit mehrere Monate, in Einzelfäl-
21 len sogar Jahre dauern. Während des Asylverfahrens sind dem Asylbewerber bezie-
22 hungsweise der Asylbewerberin ebenso Einschränkungen auferlegt. So ist es ihm unter
23 anderen Verboten sich außerhalb der Bundesrepublik aufzuhalten.

25 Die Möglichkeiten ein Asylverfahren auf legalem Wege in Deutschland einzuleiten sind
26 sehr gering und kompliziert, da ein Flüchtling dort gemeldet wird, wo er das erste Mal
27 eine europäische Grenze übertritt. Dies ist aufgrund der geographischen Lage der Bun-
28 desrepublik entsprechend unrealistisch.

29 Als Konsequenz reisen viele Flüchtlinge auf illegalen und teilweise gefährlichen Wegen
30 nach Deutschland, um dort ein Asylverfahren zu eröffnen und möglicherweise eine
31 neue Heimat zu finden.

33 Bisher wird die Möglichkeit ausgeschlossen ein Asylverfahren in dem jeweiligen
34 Heimatland einzureichen. Die Ermöglichung dieses Verfahren hätte zwei zentrale Aus-
35 wirkungen: zum einem würden weniger Flüchtlinge in die Not geraten, dass sie auf-
36 grund ihrer illegalen Einreise straffällig werden und zum anderen könnte die Arbeit des
37 BAMF optimiert und vereinfacht werden.

39 Daher fordern wir die Bundesregierung dazu auf:

40

- 41 - Asylverfahren auch außerhalb von Deutschland zu ermöglichen.
- 42 - Die Bewertung von Asylverfahren auch darauf hin prüfen, ob humanitäre und soziale
43 Einschränkungen im Herkunftsland vorhanden sind.
- 44 - Die Entkriminalisierung von Flüchtlingen, die illegal in die Bundesrepublik Deutschland
45 eingereist sind zu prüfen und bei bestehenden relevanten Fällen eine Niederlegung
46 des Strafverfahrens in Erwägung zu ziehen.

49

50 **Begründung:**

51

52 Es aktuell fast unmöglich ein Asylverfahren in der Bundesrepublik Deutschland einzu-
53 leiten, wenn dies auf legalem Wege passieren soll. Betroffene reisen meistens auf ille-
54 galem Wege ein und müssen auf ihrem Weg mit der permanenten Angst des Aufflie-
55 gens leben. Dies wiederum würde dazu führen, dass sie ein Asylverfahren in dem Land,
56 wo sie das erste Mal registriert worden, einleiten müssten.

57

58 Zwar sieht die Europäische Union eine Gleichberechtigung bei Asylverfahren vor. Je-
59 doch ist dies faktisch nicht der Fall. Ein Asylverfahren in Italien, Malta oder Bulgarien
60 führt eher nicht zu einer Bestätigung des Rechts auf Asyl, während die Wahrscheinlich-
61 keit auf die Erteilung des Asylstatus in Schweden und Deutschland bedeutend höher
62 ist.

63

64 Des Weiteren muss bedacht werden, dass Betroffene einen weiten, schweren und zum
65 Teil lebensbedrohlichen Weg auf sich nehmen müssen, um überhaupt in die Europäi-
66 sche Union beziehungsweise in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen. Diese
67 Torturen könnten mit einem Asylverfahren im eigenen Land reduziert werden.

68

69 Menschen könnten vor Ort ein Asylverfahren eröffnen und in ihrem gewohnten Um-
70 feld leben. Obgleich dies sicherlich schwierig und teilweise nicht möglich ist.

71

72 Hinzu kommt, dass eine Bewertung von Asylverfahren leichter erscheint, wenn sich die
73 zur Beurteilung eines Asylverfahrens entscheidenden Personen, im jeweiligen Land
74 aufhalten. Es ist naheliegend, dass diese Personen weitaus mehr Informationen über
75 die aktuelle Lage im Land haben und somit eine Entscheidung schnell und realistisch
76 entscheiden können.

77

78 Bei der Bewertung müssen auch humanitäre und soziale Aspekte mit hinzugezogen
79 werden. So sollte die gezielte Ausgrenzung von ethnischen, religiösen oder sexuellen
80 Minderheiten, ebenso ein Grund auf Asyl sein.

81

82

83 **Empfehlung der Antragskommission:**

84 *Votum erfolgt auf dem Parteitag*

85

1 E 4 TiSA, so nicht!

3 *AntragstellerInnen: Jusos Region Hannover*

5 Weiterleitung: Bezirksparteitag

7 Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen:

9 Derzeit wird das Trade in Services Agreement (kurz TiSA) zwischen 50 Ländern und
10 auch der Europäischen Union verhandelt. Wir Jusos verfolgen diese Verhandlungen
11 sehr kritisch und sehen die folgenden Punkte als essentiell wichtig:

- 13 - Die Verhandlungen werden unter demokratischer Beteiligung der Parlamente
14 und der Zivilgesellschaft mit größtmöglicher Transparenz geführt. Auch nach
15 Abschluss der Verhandlungen sind die Vereinbarungen und Ausgestaltung des
16 Abkommens dauerhafter demokratischer Kontrolle zu unterwerfen.
- 17 - Liberalisierte Dienstleistungen können wieder rekommunalisiert werden.
- 18 - Öffentliche Dienste wie die Wasserversorgung und das Bildungssystem bleiben
19 in öffentlicher Hand, um eine Kommerzialisierung dieser, bewusst einzuschrän-
20 ken.
- 21 - Eine Positivliste legt die Dienstleistungen fest, die liberalisiert werden können.
22 Die sogenannte Negativliste lehnen wir klar ab.
- 23 - Auch die Subventionierung ausländischer Unternehmen lehnen wir ab.
- 24 - ArbeitnehmerInnen-, VerbaucherInnen- und Umweltschutzaspekte müssen fest
25 in die Abkommen integriert werden, um die Standards zu halten.
- 26 - Ohne demokratische Einflussnahme, dürfen nach Vertragsabschluss keine wei-
27 teren Marktchancen für Unternehmen eingerichtet werden.

29 Sollten diese Punkte nicht berücksichtigt werden, lehnen wir das TiSA Abkommen ab.

31 **Begründung:**

32 Das Trade in Services Agreement (TiSA) wird derzeit hinter verschlossenen Türen ver-
33 handelt und eine Präsentation der Ergebnisse ist spätestens fünf Jahre nach Abschluss
34 der Verhandlungen geplant. Öffentliche Dienste sollen bezahlbar und universell ver-
35 ffügbar sein, der Markt kann dieser Aufgabe aber nicht nachgehen. Die in TiSA vorgese-
36 henen Liberalisierungen dieser Dienste könnten dazu führen, dass die Gesundheitsver-
37 sorgung oder gar das Trinkwasser zu einem Privatgut würden und eine Konkurrenz
38 entstünde. Die Absichten der VerhandlungspartnerInnen sind hier klar: einen möglich

39 hohen Gewinn erhalten. Gescheiterte Privatisierungen könnten im Sinne TiSAs nicht
40 von den Regierungen aufgefangen werden, falls eine Rekommunalisierung von vornhe-
41 rein ausgeschlossen wird. Die Regulierungsmöglichkeiten der Staaten werden massiv
42 eingeschränkt und die Gefahr, dass selbst das Bildungssystem privatisiert wird, be-
43 steht, falls sich TiSA tatsächlich durchsetzt.

44 **Empfehlung der Antragskommission:**

45 *Votum erfolgt auf dem Parteitag*

46

1 E5 Wir wollen mehr Europa: Innerparteiliche Europäisierung voran- 2 treiben

3

4 *Antragsteller: Jusos*

5 Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge folgende Resolution be-
6 schließen:

7

8 Wir haben im letzten Jahr einen ganz intensiven Europawahlkampf geführt. Wir haben
9 dafür gekämpft, dass unsere Partei die stärkste Kraft wird, dass Bernd Lange sowie Nils
10 Hindersmann in das Europäische Parlament einziehen und dass Martin Schulz nach der
11 Wahl Präsident der EU-Kommission wird.

12

13 Das Resultat solch einer Arbeit kann sich sehen lassen: Wir haben europaweit zulegen
14 können. Das Ergebnis ermöglicht Martin Schulz das Amt des EU-
15 Parlamentspräsidenten wieder anzutreten, was ein enormer Erfolg ist, auch wenn wir
16 das eigentliche Ziel nicht erreichen konnten, ihn zum EU-Kommissionspräsidenten zu
17 wählen. In der Region Hannover wurden wir zum ersten Mal stärkste europäische
18 Kraft. Und vor allem bundesweit fuhren wir einen historischen Zugewinn von 6,5 Pro-
19 zentpunkten ein.

20

21 Nach den Wahlen ist es innerparteilich leider wieder sehr still um das Thema Europa
22 geworden. Es werden keine Gespräche oder Diskussionen zu den aktuellen politischen
23 Ereignissen in der EU-Kommission und im EU-Parlament geführt. Auf unserer täglichen
24 Agenda stehen ausschließlich kommunale, landes- und bundespolitische Angelegen-
25 heiten drauf. Aber genau jetzt nach dieser Wahl, nach den ordentlichen Ergebnissen
26 und der Entwicklung in der EU muss es unser innerparteilicher Anspruch sein, für viel
27 Europa und insbesondere „Mehr Europa“ in der Partei zu stehen. Gerade als internatio-
28 nalistische Partei müssen wir das breite Feld Europa regelmäßig mit Informationsver-
29 anstaltungen bewässern. Wir bringen damit nicht nur unseren Mitgliedern die EU nä-
30 her, sondern zeigen den Menschen da draußen, dass die EU nicht ein kompliziertes
31 weit entferntes politisches System irgendwo in Brüssel und Straßburg ist. Und das alles
32 muss gerade jetzt unsere Aufgabe sein, wo wir uns in einer Situation befinden, in der
33 die EU-Skepsiswelle täglich ansteigt und zahlreiche populistische Parteien auf dieser
34 erfolgreich mitschwimmen.

35

36 Wir Jusos fordern deshalb folgenden Sechspunkteplan spätestens nach dem nächsten
37 Parteitag umzusetzen:

38

- 39 - Auf jeder SPD-Vorstands- und Beiratssitzung sowie auf jedem Parteitag muss
40 immer ein kurzer allgemeiner europäischer Bericht erfolgen, in dem die wich-
41 tigsten Dinge wiedergegeben werden. Dieser soll von unserem Europapolitiker
42 Bernd Lange, seinen wissenschaftlichen Mitarbeiter, von einer/einem anderen
43 FunktionärIn oder einer/einem gewählten „Europabeauftragten“ gehalten wer-
44 den.
- 45 - Die/Der „Europabeauftragte“ soll den ständigen Kontakt zum Europabüro im
46 Kurt-Schumacher-Haus halten. Weiterhin soll diese Person auf der einen Seite
47 als AnsprechpartnerIn im Vorstand für europäische Fragen dienen (anfallende
48 Fragen müssen nicht sofort auf Sitzungen geklärt werden, sie können per Mail
49 nachgetragen werden) und auf der anderen Seite die europäische Arbeit (Positi-
50 onierungen, Aktionen und Veranstaltungen planen/organisieren/begleiten) in-
51 nerhalb des Parteivorstandes größtenteils in Kooperation mit dem Europabüro
52 koordinieren. Die Funktion der/des „Europabeauftragten“ soll im Rahmen der
53 Aufgaben- und Kompetenzverteilung innerhalb des Vorstandes geklärt werden.
54 Im Laufe der Zeit soll darüber nachgedacht werden, diese Funktion in die UB-
55 Satzung bei erkennbarem Erfolg fest mit aufzunehmen.
- 56 - Jeden dritten Monat soll mindestens eine Informations- und Diskussionsveran-
57 staltung zu einem wichtigen europäischen Thema – die unsere Stadt bewegt
58 bzw. bewegen könnte – von unserem Europapolitiker Bernd Lange und seinem
59 Büro, von dem Parteivorstand oder einer Arbeitsgemeinschaft im Unterbezirk im
60 Rotationsprinzip organisiert werden. Den Auftakt soll unsere Partei in Koopera-
61 tion mit Bernd Lange machen. Anschließend soll der Parteivorstand immer dar-
62 über beraten, wer sich mit der nächsten Veranstaltungsorganisation befassen
63 muss. Die Arbeitsgemeinschaften können nur einen Auftrag innerhalb des am
64 Anfang genannten Zeitraumes erhalten und erst wieder dann zur Organisation
65 beauftragt werden, wenn der Parteivorstand oder das Europabüro mit einer Ver-
66 anstaltung nachgezogen sind. Sollte einer von ihnen aus unterschiedlichen
67 Gründen nicht in der Lage sein, eine Veranstaltung zu organisieren, wird diese
68 übersprungen und ihr erst wieder zum nächsten Quartal die Europa-Staffel
69 übertragen.
- 70 - Eine gesamtparteiliche Aufgabe muss es sein, am Europatag eine große gemein-
71 same Aktion und/oder Veranstaltung – Bernd Lange, das Europabüro, alle Vor-
72 standsmitglieder, Parteifunktionäre und Arbeitsgemeinschaften aus der Region
73 Hannover – zentral zu organisieren.
- 74 - Wichtig bei diesen ganzen Sachen sind, dass alle unsere Europa-Aktivitäten
75 nicht nur parteiintern beworben werden, sondern auch in die breite Stadtgesell-
76 schaft hineingetragen werden.
- 77 - Am Ende jeder Vorstandsperiode soll die Europaarbeit in der Partei objektiv und
78 kritisch diskutiert werden. Dabei müssen sich Punkte zur Verbesserung und Wei-
79 terentwicklung dieser Aufgabe herauskristallisieren.

80

81 Die EU ist die Zukunft, die EU ist der Fortschritt. Nur wenn wir uns täglich neu zu die-
82 sem Friedensprojekt bekennen, kann es wachsen und florieren. Deshalb müssen wir
83 uns innerparteilich Europäisieren – inhaltlich wie auch strukturell.

84

85 **Empfehlung der Antragskommission:**

86 *Votum erfolgt auf dem Parteitag*

1 E 6 Europäische Jugendintegration muss bei uns beginnen - EFD
2 in den Fraktionen Hannovers jetzt verwirklichen

3

4 *AntragsstellerIn: Juso Region Hannover*

5 Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen und an die
6 SPD-Ratsfraktion der Stadt Hannover sowie an die SPD-Regionsfraktion zur Kenntnis
7 geben:

8 Wir fordern die Umsetzung des europäischen Freiwilligendienstes in den Fraktionen
9 der Stadt und der Region Hannover. Zum derzeitigen Zeitpunkt haben die Geschäfts-
10 stellen der SPD-Ratsfraktion der Stadt Hannover sowie der SPD-Regionsfraktion Han-
11 nover keineN europäischeN FreiwilligeN. Deshalb fordern wir die SPD-Ratsfraktion der
12 Stadt Hannover und die SPD-Regionsfraktion der Region Hannover dazu auf:

13 1) die Stadt- und Regionsverwaltung mit einem Prüfverfahren bezüglich der Schaf-
14 fung von Stellen für europäische Freiwillige in den Fraktionen zu beauftragen,
15 diese Prüfverfahren sollen innerhalb eines Jahres abgeschlossen sein.

16 2) Bei positiven Beurteilungen sollen in den nächsten zwei Jahren die entspre-
17 chenden Voraussetzungen geschaffen werden. Des Weiteren fordern wir die
18 SPD-Fraktionen dazu auf, diese Stellen zur nächst folgenden Bewerbungsphase
19 auszuschreiben.

20

21 Begründung

22 Es müssen Anreize geschaffen werden, damit Jugendliche eine Chance auf dem Ar-
23beitsmarkt bekommen können. Es ist offensichtlich, dass viele europäische Märkte
24 entweder ausgelastet sind oder große Probleme haben. Es bedarf der europäischen
25 Solidarität, um jedem arbeitslosen Jugendlichen eine wirtschaftliche Zukunft zu ge-
26 währen.

27 Eine erste Möglichkeit könnte der Europäische Freiwilligendienst sein. Er bietet jungen
28 Menschen von 16 bis 30 Jahren die Möglichkeit zwischen zwei Monaten und zwölf Mo-
29 naten in einem anderen Land zu arbeiten. Dabei handelt es sich um eine gemeinnützi-
30 ge Tätigkeit in den Bereichen Soziales, Jugend, Umwelt oder Kultur. Ziel des Europäi-
31 schen Freiwilligen Dienstes ist es, jungen Menschen die Chance zu geben, Kompeten-
32 zen zu entwickeln, die eine aktive Beteiligung am gesellschaftlichen Leben und am
33 Ausbau eines mobilen Europas ermöglichen.

34 Die Jugendarbeitslosigkeit nimmt in den Mitgliedstaaten und Regionen der Europäi-
35 schen Union dramatische Ausmaße an. Fast jeder vierte Jugendliche in Europa hat kei-
36 ne Arbeit oder einen Ausbildungsplatz. Damit sind nahezu sechs Millionen junge Men-
37 schen im Alter zwischen 15 und 25 Jahren arbeitslos. In manchen Regionen Spaniens

38 und Griechenland sind sogar über 70 % der jungen Menschen von Arbeitslosigkeit be-
39 troffen.

40 Deutschland, Niedersachsen und die Region Hannover haben im europäischen Ver-
41 gleich eine niedrige Jugendarbeitslosenquote bei den unter 25-jährigen. Die hohe Ju-
42 gendarbeitslosigkeit in Europa vernichtet nicht nur Zukunftsperspektiven von Millio-
43 nen junger Menschen, sie richtet in hohem Maß volkswirtschaftliche Schäden an. Laut
44 einer Studie der Europa-Universität Viadrina kostet die hohe Jugendarbeitslosigkeit die
45 EU-Staaten jährlich rund 75 Milliarden Euro und hat für die Betroffenen zwischen 2009
46 und 2011 zu Wohlstandsverlusten von fast 227 Milliarden Euro geführt (vgl. *Die Welt*,
47 23.09.2013). Neben den Verlusten für die europäischen Volkswirtschaften sind die indi-
48 viduellen Folgen für die von Arbeitslosigkeit betroffenen Jugendlichen dramatisch. Ein
49 misslungener Einstieg in das Berufsleben birgt für jede Jugendliche und jeden Jugendli-
50 chen die Gefahr der Orientierungs- und Perspektivlosigkeit und sozialer Ausgrenzung.
51 Vor diesem Hintergrund ist es geboten, präventiv anzusetzen und den Weg in Ausbil-
52 dung und Beschäftigung zu unterstützen. Eine angemessene und qualifizierende schu-
53 lische, universitäre oder duale Ausbildung ist der beste Schutz gegen Jugendarbeitslo-
54 sigkeit.

55 Der Europäische Freiwilligendienst ermöglicht jungen Menschen neue Erfahrungen im
56 Ausland zu sammeln und darüber hinaus eine neue Sprache zu lernen. Die Teilnahme
57 an Begleitseminaren und an einem Sprachkurs sowie die Betreuung durch eineN Tuto-
58 rin sind obligatorisch. Die Kosten werden von der Europäischen Kommission getragen
59 und verursachen keine Kosten für die Auf- und Entsendeorganisationen.

60 Die Geschäftsstelle der SPD-Ratsfraktion der Stadt Hannover sowie die Geschäftsstelle
61 der SPD-Regionsfraktion Hannover haben derzeit keine europäischen Freiwilligen. Die
62 Eingliederung eines jungen Menschen in die Rats- oder Regionsarbeit würde die kom-
63 munale politischen Ebene öffnen und so eine neue Perspektive für die jungen Freiwilli-
64 gen ermöglichen.

65 Die SPD ist international auf allen Ebenen, dies gilt es überall zu verwirklichen - egal ob
66 kommunal oder international!

67

68 **Empfehlung der Antragskommission:**

69 *Votum erfolgt auf dem Parteitag*

70

1 E 7 Wirtschaftsprofit vor Menschenrechte? Nicht mit uns.

2

3 *AntragsstellerInnen: Jusos Region Hannover*

4 Die Juso Landeskonferenz möge beschließen und an den SPD Landesvorstand und die
5 SPD Landtagsfraktion weiterleiten:

6 Die Jusos Niedersachsen fordern die niedersächsische Landesregierung auf zukünftig
7 bei der Frage von wirtschaftlichen Partnerschaften des Landes Niedersachsen die Men-
8 schenrechtssituation in den möglichen Partnerländern als Kriterium des Eingehens ei-
9 ner solchen Partnerschaft darstellen soll.

10 Dies umfasst insbesondere:

11 * Zustimmung zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR).

12 * gesicherte Frauenrechte, insbesondere der Gleichbehandlung von Frauen und Män-
13 nern.

14 * Das Recht auf freie Entfaltung der sexuellen Identität

15 * Religionsfreiheit

16 * Geschützter rechtlicher Status von Minderheiten.

17 * Meinungs- und Pressefreiheit.

18 * Schutz vor Folter.

19 * Rechtsstaatlicher Schutz vor willkürlichen staatlichen Bestrafungen.

20 * grundlegende Rechte von ArbeitnehmerInnen.

21 Begründung:

22 im Januar 2015 plante die Landesregierung eine Delegation von VertreterInnen von Po-
23 litik und Wirtschaft nach Saudi-Arabien und Katar zu entsenden. Nach dem Tod des
24 saudischen Königs Abdullah wurde zwar die Reise nach Saudi-Arabien abgesagt, die
25 Delegation reiste aber trotzdem nach Katar. Es wurde ebenfalls angekündigt, dass die
26 Reise nach Saudi-Arabien nur aufgehoben und nicht aufgeschoben sei.

27 Die Begründung für diese Reise ist die wirtschaftliche Perspektive, die in beiden Län-
28 dern zu finden sei. Völlig außer Acht gelassen wir aber die katastrophale Menschen-
29 rechtssituation in beiden Ländern.

30

31 In Saudi-Arabien steht Folter an der Tagesordnung. Dissidenten werden regelmäßig
32 von der Polizei durch Schlafentzug, Schläge und Beleidigungen. Durch diese Folter wer-
33 den Geständnisse für Gerichtsverhandlungen erpresst.

34

35 Die Todesstrafe wird in Saudi-Arabien für eine Vielzahl von Vergehen eingesetzt. Unter
36 anderem sind Koranschändung, Gotteslästerung, Konversion zu einer anderen Religion,
37 Hexerei, Ehebruch und Homosexualität von der Todesstrafe umfasst. Bis heute werden
38 Menschen für diese "Vergehen" zum Tode verurteilt.

39

40 Regelmäßig werden KritikerInnen der Regierung ohne Gerichtsverhandlung einge-
41 sperrt. Diesen DissidentInnen wird in den meisten Fällen ein Rechtsbeistand verwehrt,
42 die Haftbedingungen sind desolat.

43

44 Meinungs- und Glaubensfreiheit sind in Saudi-Arabien faktisch nicht existent. Regel-
45 mäßig werden JournalistInnen festgenommen und ohne Gerichtsurteil in Haft gelas-
46 sen. Andere Religionen als der sunnitische Islam dürfen nicht öffentlich ausgeübt wer-
47 den.

48

49 In beiden Staaten steht faktische Sklaverei an der Tagesordnung. Gerade im Zusam-
50 menhang mit der Fußball Weltmeisterschaft ist diese Problematik einer breiteren Öff-
51 fentlichkeit bewusst gemacht worden.

52

53 In Katar gibt es eine deutliche Diskriminierung von ImmigrantInnen. ImmigrantInnen
54 ist es verboten Gewerkschaften zu gründen, ArbeitgeberInnen dürfen ihren Arbeit-
55 nehmerInnen verbieten den Beruf zu wechseln, das Visa zu beenden und verbieten das
56 Land zu verlassen.

57 In Katar wird Homosexualität, kritische Meinungsäußerung und teilweise Religions-
58 ausübung mit Gefängnisstrafen geahndet.

59 Natürlich sind wirtschaftliche Partnerschaften für das Land Niedersachsen wichtig. Es
60 ist aber falsch autoritäre Regimes zu stützen, indem man wirtschaftliche Partnerschaf-
61 ten eingeht. Diesen Regimes wird dadurch eine Legitimation zu Teil, die sie ohne die
62 Unterstützung westlicher PolitikerInnen nicht erhalten würden.

63 Ein Wandel durch Annäherung scheint nicht Erfolg versprechend zu sein. Deutschland
64 unterhält seit 1954 politische und wirtschaftliche Beziehungen mit Saudi-Arabien.
65 Trotzdem hat sich die Situation der Menschenrechte nicht wesentlich gebessert.

66 Gleichzeitig gibt es in der Region Länder mit einer deutlich besseren Menschenrechtssi-
67 tuation, sodass man nicht pauschal davon ausgehen kann, dass es keine Alternativen
68 zu Wirtschaftsbeziehungen mit diesen Ländern gebe.

69 Die niedersächsische Landesregierung muss somit mit gutem Beispiel vorangehen und
70 endlich die Menschenrechtssituation in den möglichen Partnerländern zu einem ernst-

71 haften Kriterium in der Frage ob Beziehungen aufgenommen bzw. ausgeweitet werden
72 sollen machen.

73 **Empfehlung der Antragskommission:**

74 *Votum erfolgt auf dem Parteitag*

75

76

1 **E8 „Verantwortung wahrnehmen – Schutz bieten“**

2

3 *AntragstellerInnen: Jusos Region Hannover*

4

5 Weiterleitung: Bezirksparteitag, Bundesparteitag

6

7 Der Unterbezirksparteitag der SPD UB Region Hannover möge beschließen:

8

9 Wir bekennen uns aktiv zum Konzept der "Responsibility to Protect" (Schutzverantwor-
10 tung) zu bekennen sowie sich international für eine Etablierung dieser Norm einzuset-
11 zen. Das bedeutet für uns konkret:

12

13 **Die Pflicht zur Prävention:**

14 Um schwere Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, sollen zunächst präventive
15 Maßnahmen – etwa diplomatischer oder wirtschaftlicher Art – genutzt werden. Dar-
16 über hinaus muss eine Anklage vor dem Internationalen Strafgerichtshof geprüft und
17 gegebenenfalls erhoben werden.

18

19 **Die Pflicht zur Reaktion**

20 In Extremfällen muss die Internationale Gemeinschaft als Ultima Ratio auch militärisch
21 eingreifen, etwa bei Genoziden oder ethnischen Säuberungen. Das gilt auch für fol-
22 genden Fall: Sollte kein Beschluss des UN-Sicherheitsrates aufgrund des Vetos eines
23 ständigen Mitglieds zustande kommen, reicht ein Mehrheitsbeschluss der UN-
24 Vollversammlung aus, um eine humanitäre Intervention zu legitimieren.

25

26 **Die Pflicht zum Wiederaufbau**

27 Nach Beendigung der Konflikte muss ein Wiederaufflammen der Gewalt verhindert
28 werden. Konfliktparteien sollten entwaffnet werden und in konstruktive Verhandlun-
29 gen miteinander treten. Die Infrastruktur muss wieder aufgebaut werden.

30

31 **Begründung:**

32 Ruanda und Srebrenica: Das sind zwei Beispiele einer nicht enden wollenden Serie von
33 Völkermorden an nationalen, religiösen oder ethnischen Minderheiten. Seit dem Jahr
34 1948 ist der Genozid ein internationaler Straftatbestand. Doch geholfen hat das wenig.
35 Die Gründung des Internationales Strafgerichtshofes war ein weiterer, wichtiger

36 Schritt, um auf der einen Seite den Schutz der Menschenrechte zu stärken und auf der
37 anderen Seite schwere Menschenrechtsverletzungen zu ahnden. Das Jahr 2005 mar-
38 kiert einen Wendepunkt in der Geschichte des Völkerrechts: Die "Responsibility to Pro-
39 tect" wurde von der UN-Vollversammlung anerkannt – dieser Beschluss ist allerdings
40 nicht bindend.

41

42 Die Schutzverantwortung umfasst drei Dimensionen: Die Pflicht zur Prävention, die
43 Pflicht zur Reaktion sowie die Pflicht zum Wiederaufbau. Damit wird die Souveränität
44 der einzelnen Staaten erstmals eingeschränkt. Sie können nicht bestimmte Minderhei-
45 ten einfach töten oder brutal vertreiben, sondern sie sind zum Schutz der eigenen Be-
46 völkerung verpflichtet. Kommen sie dem nicht nach, muss die internationale Gemein-
47 schaft für den Schutz der Bevölkerung sorgen.

48

49 Was geschieht, wenn Tausende Menschen einfach abgeschlachtet werden und keine
50 Maßnahme greift, um diese Gräueltaten zu verhindern. In diesem Ausnahmefall muss
51 es möglich sein, die Menschen zu schützen und militärisch gegen die Täter vorzugehen.
52 Das gilt auch für den Fall das ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrats eine Entschei-
53 dung aus eigensinnigen Motiven blockiert. Wirtschaftliche oder politische Gründe kön-
54 nen kein Grund sein, den Menschen nicht zu Hilfe zu eilen – ein Beschluss der UN-
55 Vollversammlung muss hier ausreichen.

56

57 Es sollte keine leichte Entscheidung sein: Denn es gilt: Jede militärische Aktion zieht
58 weitere Menschenrechtsverletzungen nach sich. Doch ein tatenloses Zusehen wie in
59 Ruanda darf es nicht mehr geben.

60

61

62 **Empfehlung der Antragskommission:**

63 *Votum erfolgt auf dem Parteitag*

64

65

F1 Prüfung und Umsetzung von Bilanzierung in den Unterbezirken

Antragsteller: ASJ

Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen:

Beschlussempfehlung:

1. Die dafür zuständigen Gremien innerhalb des SPD-Unterbezirks der Region Hannover werden beauftragt, beim SPD-Bezirk Hannover die Prüfung auf eine mögliche Umstellung auf Bilanzierung in den einzelnen Unterbezirken durchzusetzen.
2. Sollte diese Prüfung positiv verlaufen, so werden die entsprechenden Gremien des SPD-Unterbezirks der Region Hannover damit beauftragt, die Bilanzierung auf der Unterbezirksebene einzuführen.
3. Sollte die Einführung der Bilanzierung für den Unterbezirk der SPD Region Hannover unabhängig von den oberen Punkten möglich sein, so werden die entsprechenden Gremien außerdem beauftragt, dies umzusetzen.

Begründung:

Für Vereine und damit auch für Parteien, ist es von elementarer Bedeutung, bei größeren Vermögensbeständen, bzw. Vermögenstransiten die Bilanzierung als Buchführungsmodell einzuführen, da nur durch eben diese eine absolute Aussagekraft in der Buchführung hinsichtlich der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (VFE-Lage) erreicht werden kann.

Durch die stichtagsbezogene Darstellung des tatsächlich vorhandenen Vermögens (Einnahmen – Ausgaben + Forderungen - Verbindlichkeiten, sowie Abgrenzungen) ist eine Planungssicherheit für die Folgezeit gegeben. Dies ist bislang nicht möglich, wäre durch die Umstellung allerdings für das erste Abrechnungsjahr unter Anwendung dieser Methode, sowie dem Folgezeitraum erzielbar.

Bei bloßer Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben nach dem Zu- und Abflussprinzip ist im Falle von kumulierten Einnahmen und Ausgaben (die sich über mehrere Jahre erstrecken können) immer eine Verzerrung (Schieflage) vorgegeben.

Durch die Ausweisung von Forderungen und Verbindlichkeiten/Erträge und Aufwendungen ist eine klare periodengerechte Buchführung möglich.

Bilanzen der Unterbezirke sind leichter als Unterbilanz in die Hauptbilanz des Bezirks zu integrieren, da hier nicht erst von einer fremden Buchungsart umgewandelt werden

44 muss, dadurch entfällt eine umfangreiche Umrechnung der von den Unterbezirken
45 vorgelegten Ergebnisse. Die Zahlen können eins zu eins übernommen werden.

46

47

48 **Empfehlung der Antragskommission:**

49 *Votum erfolgt auf dem Parteitag*

50